

50
DUPLICATE
HOOVER LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA



Die Kommunistische
Internationale

027 / HEFT 45/46

BERLIN, DEN 16. NOVEMBER

60 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Zehn Jahre proletarischer Diktatur / Zwei Briefe Lenins aus den Oktober-
tagen / Varga: Die ersten zehn Jahre der Niedergangsperiode des Kapi-
talismus / Dengel: Der Einfluß der Revolution in Rußland auf die deutsche
Arbeiterbewegung / Protokolle des ZK. der SDAPR (B)

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 45,46 16. NOVEMBER

I N H A L T

	Seite
Zehn Jahre proletarischer Diktatur	2179
Zwei Briefe Lenins aus den Oktobertagen	2189
Bèla Kun: Die Parolen des Oktober	2196
E. Varga: Die ersten zehn Jahre der Niedergangsperiode des Kapitalismus	2206
Andrew Rothstein: Ueber Lenins Methode	2216
Philipp Dengel: Der Einfluß der Revolution in Rußland auf die deutsche Arbeiterbewegung	2223
Newski: Die Partei der Bolschewiki (Kommunisten) in der Vor-Oktober- Periode 1917	2229
M. M. Gorkitsch: Der Oktober und die KJI	2251
Protokolle des ZK der SDAPR (B)	2258

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

PROPERTY OF RADAR PROJECT
DUPLICATE
HOOPER LIBRARY

ZEHN JAHRE PROLETARISCHER DIKTATUR

Inmitten des Weltschlachtens, des chauvinistischen Rausches und des allseitigen Verrats der sozialdemokratischen Parteien unterzog der große Revolutionär, auf der Suche nach den Wegen zur Revolution, die Widersprüche der imperialistischen Epoche einer Analyse. Seinem Kopf entsprang der kühne Gedanke, daß der imperialistische Krieg in den Bürgerkrieg münden müsse, daß dies nicht gleichzeitig in allen europäischen Ländern vor sich gehen könne, daß das Proletariat der rückständigsten unter den Großmächten, das Proletariat Rußlands, die Initiative am leichtesten ergreifen kann, mehr als alle anderen hierzu verpflichtet ist und daß im Interesse dieser Revolution die russischen Revolutionäre offen den Wunsch nach einer Niederlage ihrer Regierung aussprechen müssen, wie dies übrigens die Revolutionäre aller kriegführenden Länder tun müssen.

Auch Lenin trat als Patriot auf, aber nicht als Patriot seines bürgerlichen Vaterlandes, sondern als Patriot seiner vaterländischen Revolution. Der großrussische Stolz — so sagte er — muß darin gipfeln, daß der Prolog der Weltrevolution gerade im rückständigen Rußland seinen Anfang nehme:

„Ist uns, den großrussischen klassenbewußten Proletariern, das Gefühl des Nationalstolzes fremd? Natürlich nicht. . . . Unser Stolz ist, daß diese Gewalttätigkeiten (der zaristischen Henker — des Adels und der Kapitalisten) in unserer Mitte, inmitten der Großrussen Widerstand hervorgerufen haben, daß aus dieser Mitte Radischew, die Dekabristen, die revolutionären Plebejer der 80er Jahre, hervorgegangen sind, daß die großrussische Arbeiterklasse im Jahre 1905 die mächtige revolutionäre Massenpartei gebildet hat. . . . Gerade deshalb, weil wir ein freies Rußland wollen, sagen wir: Man kann im 20. Jahrhundert unmöglich in Europa, sei es selbst im fernöstlichen Europa, anders „das Vaterland verteidigen“ als durch den Kampf mit allen Mitteln gegen die Monarchie, die Gutsbesitzer und Kapitalisten des eigenen Vaterlandes, das heißt gegen die ärgsten Feinde unserer Revolution. . . . Man hält uns vielleicht entgegen, daß neben dem Zarismus und unter seinen Fittichen schon eine zweite historische Kraft erstanden und erstarkt sei — der großrussische Kapitalismus, der ja auch eine fortschrittliche Tätigkeit entfalte. . . . Wenn die Geschichte die Frage zugunsten des großrussischen Großmachtkapitalismus entscheidet, so wird die sozialistische Rolle des großrussischen Proletariats, als der hauptsächlichlichen Bewegungskraft der kommunistischen Revolution, die der Kapitalismus erzeugt, um so größer sein.“

Dies schrieb Lenin im Dezember 1914. Im gleichen Sinne sprach er sich im Juni 1915 aus:

„Gerade das Proletariat der rückständigsten unter den kriegführenden Großmächten mußte, insbesondere angesichts des schmachvollen Verrats der deutschen und französischen Sozialdemokraten, in Form seiner Partei mit der revolutionären Taktik hervortreten, die ohne „Mithilfe der Niederlage“ seiner Regierung vollkommen unmöglich ist, die aber allein zur europäischen Revolution führt. . . .“

Dieser kühne Gedanke erschien nicht nur den Sozialpatrioten und Pazifisten „unsinnig“, sondern auch den linken Menschewiki-Internationalisten. Genosse Trotzki beispielsweise erblickte in den defaitistischen Losungen Lenins „nationale Beschränktheit“, „Sozialpatriotismus mit verkehrten Vorzeichen“. Er legte den Wunsch nach einer Niederlage Rußlands als den

Wunsch nach Deutschlands Sieg aus und prophezeite, daß die Revolution in Rußland, die um den Preis einer Kriegsniederlage erkaufte würde, unfehlbar zusammenbrechen müsse:

„Bei einer katastrophalen Niederlage Rußlands“ — so schrieb Trotzki in seiner Broschüre ‚Der Krieg und die Internationale‘ — „kann der Krieg den Vormarsch der Revolution beschleunigen, doch nur um den Preis ihrer inneren Schwächung. . . . Daß unter solchen Bedingungen eine russische Revolution, selbst wenn sie zeitweilig siegreich wäre, eine Fehlgeburt bedeuten würde, bedarf keines weiteren Beweises.“

Dies war der Vorgenuß der Reden der Menschewiki Liber und Dan, daß die Oktoberrevolution nichts als ein „Soldatenaufstand“ sei, der zum Zusammenbruch verurteilt ist.

Nur eine Klasse schrak vor den defaitistischen Losungen Lenins nicht zurück und erkühnte sich, sie zu verwirklichen. Dies war das russische Proletariat, das, ohne sich durch den Hinweis schrecken zu lassen, daß es dem Feinde die Front öffne, im Februar 1917 aufstand und die zaristische Monarchie niederwarf.

In Rußland wurde die freieste Republik der Welt errichtet. Aber eben deshalb, weil sie die freieste Republik der Welt war, unterlagen breite proletarische und Bauernmassen der Illusion, daß jetzt, nach der Februarrevolution, der Krieg im Bunde mit der Entente gegen Deutschland kein imperialistischer mehr sein werde, sondern ein demokratischer, ein Verteidigungskrieg. Infolge dieser „gewissenhaften Verteidigungsbereitschaft“ der Arbeiter- und Soldatenmassen übergaben die Sowjets, die in Wirklichkeit als Organe der revolutionären Diktatur erstanden waren und von den kleinbürgerlichen Sozialisten, den Menschewiki und Sozialrevolutionären geleitet wurden, die Macht freiwillig der bürgerlichen Provisorischen Regierung. In dieser eigenartigen historischen Situation tat Lenin einen zweiten, noch kühneren Schritt. Er nahm den Kurs unmittelbar auf die sozialistische Revolution, auf die Entfaltung der demokratischen zur sozialistischen Revolution im rückständigsten Lande der europäischen Großmächte — in Rußland. Dies erschien nicht nur den linken Sozialdemokraten „unsinnig“, sondern auch schon einem Teil der Bolschewiki, Kamenew und anderen, die vor den kühnen Aprillosungen Lenins zurückschreckten und, ohne Verständnis für die Eigenart der neuen, durch den Krieg geschaffenen Lage, sich an die alten bolschewistischen Formeln aus dem Jahre 1905 klammerten.

Die bolschewistische Partei folgte dem „unsinnigen“ Lenin und nicht dem kleinmütigen Kamenew, und es war kein halbes Jahr vergangen, als auch die Mehrheit des russischen Proletariats den kühnen Leninschen Weg beschritt, ebenso wie die Bauernschaft, die entflammt worden war durch die bolschewistischen Losungen: „Boden“ und „Friede“, „Alle Macht den Räten“. Die gesamte russische demokratische Intelligenz, die in jener Zeit eine rötliche Färbung angenommen hatte, hielt die Machtergreifung des Proletariats in dem rückständigen und durch den Krieg zerstörten Rußland für ein verbrecherisches Abenteuer, und sogar ein Teil der Bolschewiki (Sinowjew, Kamenew) standen gegen den Plan Lenins auf und versuchten den Oktoberumsturz zu sabotieren, das ZK der bolschewistischen Partei aber, gestützt auf das Proletariat und die revolutionären Teile der Armee, schwankte nicht und ergriff die Macht.

So, im Kampfe gegen den Unglauben an die revolutionären und sozia-

listischen Möglichkeiten, die im rückständigen Rußland die Situation des verwesenden Kapitalismus in sich barg, bereitete sich der große Oktober vor. Werden die Bolschewiki die Macht behaupten? Auf diese Frage hatten alle Miljukows und alle Sozialdemokraten nur eine Antwort: Sie werden sich nicht einmal zwei Monate halten. Wir wissen, daß die Geschichte sich über sie lustig gemacht hat, daß die Bolschewiki sich schon zehn Jahre halten und keinerlei Vorbereitungen machen, je wieder abzutreten. Und welchen Umständen ist es zu danken, daß das Proletariat und seine bolschewistische Partei sich im gefährlichsten Uebergangsstadium an der Macht zu erhalten vermochten? Dank der Diktatur des Proletariats, die in Rußland aufgerichtet wurde, dank der richtigen Deutung, die Lenin diesem Worte gab — einer Diktatur nicht nur im Sinne erbarmungslosen Kampfes gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie, sondern auch im Sinne des engen Bündnisses mit der Bauernschaft unter der Hegemonie des Proletariats. Die Bolschewiki erhielten sich im kritischen, gefährlichen Moment an der Macht, weil sie der Bauernschaft in zwei wesentlichen Punkten Zugeständnisse machten. Im Dekret über den Boden schreckten sie nicht davor zurück, ein zeitweiliges Zugeständnis, vom Standpunkte ihres Programmes, zu machen und den Forderungen der ungeheuren Mehrheit der Bauernschaft entgegenzukommen. In Brest unterzeichneten sie, den Wünschen der ungeheuren Mehrheit der Bauernschaft willfahrend, den Brester Frieden, welchen Lenin selbst als einen „furchtbar schweren, ehrlosen“ bezeichnete. Die russischen Menschewiki-Sozialdemokraten erblickten in der Annahme des sozialrevolutionären Agrarprogrammes ein Zeichen von „Opportunismus“ und „Prinzipienlosigkeit“ Lenins. Die russischen Menschewiki, die Sozialrevolutionäre aller Schattierungen und die „linken Kommunisten“, darunter auch Trotzki, erblickten in der Unterzeichnung des Brester Friedens „Opportunismus“, „Kapitulation vor dem deutschen Imperialismus“. In Wirklichkeit offenbarte sich in diesen beiden Akten nicht ein „Opportunismus“ Lenins, sondern umgekehrt, sein ungeheurer Glaube an die Kraft der proletarischen Diktatur, an die Fähigkeit des Proletariats, das sich an der Macht befindet und die ökonomischen Kommandohöhen beherrscht, einerseits — allmählich die agrarischen Beziehungen im Dorfe vom sozialrevolutionären auf das kommunistische Gleis zu lenken, anderseits — die schweren Folgen des Brester Friedens im Maßstabe der Ausbreitung der Revolution im Westen zu liquidieren. In beiden Punkten gab ihm die Geschichte recht. Das Gesetz über die „Sozialisierung“ des Bodens und der Brester Friede vermochten nicht, die Sowjetrepublik vom Wege zum Sozialismus abzudrängen, weil die Diktatur des Proletariats aufrecht blieb, hingegen retteten sie die Revolution in den kritischsten Augenblicken. Wenn es den Bolschewiki gelang, durch drei Jahre verzweifelten Bürgerkrieges dem Drucke der inneren konterrevolutionären Kräfte und der imperialistischen Intervention standzuhalten, wenn es ihnen gelang, die demoralisierte, alte zaristische Armee zu zerschlagen und die neue, kühne Rote Armee zu schmieden, wenn es ihnen gelang, aus dem Bürgerkrieg siegreich hervorzugehen, so ist dies nur dadurch zu erklären, daß die Sowjetmacht die Diktatur des Proletariats im wahren Leninischen Sinne des Wortes verwirklichte, im Sinne des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft, unter Führung des Proletariats. Das Gelingen

war nur darum möglich, weil die Bauernschaft, die den Bolschewiki Boden und Friede zu danken hatte, bereit war, ungeheure Opfer für die Rettung der Sowjetmacht zu bringen.

Die Bauernschaft söhnte sich jedoch mit dem „Kriegskommunismus“, der die Initiative der kleinen Wirtschaften lähmte und ihnen den gesamten Ueberschuß fortnahm, nur für die Dauer des Bürgerkrieges aus. Als dieser ein Ende nahm, trat die Unzufriedenheit mit dem „Kriegskommunismus“ nicht nur seitens der ungeheuren Mehrheit der Bauernschaft, sondern auch eines bedeutenden Teiles der Arbeiterschaft klar zutage. Der Kronstädter Aufstand signalisierte die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Handelsfreiheit und des Verzichts auf die *Z w a n g s v e r t e i l u n g*. Lenin, der für die Stimmung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen ein wachsaues Ohr hatte, forderte die Einführung eines neuen Kurses, der „Neuen Oekonomischen Politik“. Alle Feinde der Sowjetmacht erblickten in diesem Uebergang zur Nöp den Beginn der Kapitulation vor dem Kapitalismus. Der Menschewik Martow, gleichsam ein Vorbeter der jetzigen trotzkistischen Opposition, stellte die Behauptung auf, daß der ökonomischen „Nöp“ die politische „Nöp“ folgen werde, die Entartung der Sowjetmacht und ihr Eintreten in die Periode des Thermidor. In den Reihen der bolschewistischen Partei selbst stieß die Neue Oekonomische Politik auf keinen ersten Widerstand, doch bloß deshalb, weil diese Frage in bedeutendem Maße bereits vor dem Uebergang zur Nöp, in der Diskussion über die Gewerkschaften, in der die „linken Kommunisten“ mit Trotzki an der Spitze durch ihr Festhalten an der weiteren Entwicklung des Kriegskommunismus die Partei beinahe zur Spaltung brachten, im voraus entschieden worden war.

Daß die „Nöp“ der Entwicklung kapitalistischer Beziehungen in der Sowjetrepublik Raum gewährte und daß sie in *d i e s e m S i n n e* ein Zurückweichen bedeutete, unterliegt natürlich keinem Zweifel. Wenn aber Lenin, um der Aufrechterhaltung des Bündnisses des Proletariats und der Bauernschaft willen, entschieden für die Nöp eintrat, so tat er dies in der vollen Ueberzeugung, daß die Diktatur des Proletariats eine *h i n r e i c h e n d e* Gewähr für die Ueberwindung der sich neu eröffnenden kapitalistischen Tendenzen durch deren Ueberholung bietet, durch den *ö k o n o m i s c h e n* Kampf zwischen den Elementen des Sozialismus und jenen des Kapitalismus in der Sowjetwirtschaft. Es war dies bei Lenin keineswegs ein neuer Gedanke. Schon von allem Anfang der Epoche des „Kriegskommunismus“, im Jahre 1918 im Kampfe mit den „linken Kommunisten“ sprach Lenin die Meinung aus, daß zwecks Ueberwindung der in dieser Zeit größten Gefahr, die von seiten der kleinbürgerlichen Elemente, von seiten der kleinen Spekulanten drohte, „es am besten wäre, wenn wir zunächst zum Staatskapitalismus gelangen und dann erst — zum Sozialismus“, „daß der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts wäre gegenüber der jetzigen ökonomischen Lage der Dinge in unserem Sowjetrußland“. Als Lenin schon im Jahre 1918 darlegte, „daß es für Sowjetrußland vorteilhafter wäre, die Phase des „Staatskapitalismus“ zu passieren, war er nichtsdestoweniger so tief überzeugt von dem möglichen nahen Sieg des Sozialismus in Rußland, trotz ökonomischer Rückständigkeit, daß er sogleich hinzufügte:

„Wenn der Staatskapitalismus sich bei uns in etwa einem halben Jahre festsetzen würde, so wäre dies ein ungeheurer Erfolg und die sicherste Gewähr dafür, daß in einem Jahre der Sozialismus bei uns sich endgültig befestigt und unüberwindlich wird.“

Genau so nahm Lenin im Jahre 1921 den Kurs auf die Nöp ohne den leisesten Zweifel an der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus im ökonomisch rückständigen Rußland aus inneren Kräften — unter der Bedingung der Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur. Dies bewies schon zur Genüge seine Rede auf dem 4. Kongreß der Komintern vom 13. November 1922, die er im Augenblick der Verlangsamung des Tempos der Weltrevolution hielt. In dieser Rede stellte er die ersten, nach unserem heutigen Maßstabe minimalen Erfolge in der Wiederaufrichtung der Wirtschaft der Sowjetrepublik fest —, daß der Kurs des Papierrubels schon während einer Periode von 5 Monaten Stetigkeit gezeigt habe, daß die Leichtindustrie sich bereits in zweifellosem Aufstiege befinde, während die Schwerindustrie noch darniederliege, endlich daß es uns gelungen sei, in unserem Handel etwas Kapital anzuhäufen, „vorläufig allerdings ein sehr bescheidenes, 20 Millionen Goldrubel nur wenig überschreitend“, daß wir auf diese Weise begonnen hätten, Mittel anzusammeln, um die Schwerindustrie auf die Füße zu stellen, was äußerst wichtig sei:

„Wenn wir diese Mittel (für die Schwerindustrie) nicht aufbringen, dann sind wir als zivilisierter Staat — vom sozialistischen gar nicht zu sprechen — dem Untergang verfallen.“

Und siehe da, während Lenin diese ersten, noch geringfügigen Erfolge auf dem Gebiete der Wiederaufrichtung der Wirtschaft feststellt, zieht er schon in dieser Rede daraus den Schluß, daß in der Sowjetrepublik von „Staatskapitalismus“ im wahren Sinne des Wortes gar keine Rede sein könne, daß ihr „Staatskapitalismus“ nicht dem gewöhnlichen Begriffe vom Staatskapitalismus entspreche, denn „wir halten in den Händen des proletarischen Staates nicht nur den Boden, sondern auch alle wichtigeren Teile der Industrie usw.“.

Im folgenden Jahre, in seinem berühmten Artikel über die Genossenschaften vom 23. Mai 1923, stellt er schon unser System dem „Staatskapitalismus“ direkt gegenüber und erklärt:

„In der Tat, alle großen Produktionsmittel sind im Besitz des Staates, die Staatsmacht ist in den Händen des Proletariats; Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen kleiner und kleinster Bauern, Sicherung der Führung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. —, ist das nicht alles, was man braucht, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher stiefmütterlich als krämerisch behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht auch jetzt unter der Nöp so zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um eine vollständige sozialistische Gesellschaft aufzubauen? Das ist noch nicht der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu diesem Aufbau notwendig und hinreichend ist.“ (Siehe Band XVIII, 2, S. 140 — „Ueber das Genossenschaftswesen“.)

Die Zugeständnisse, die Lenin in bezug auf die Hauptmasse der Bauernschaft machte, entsprangen keinem „Opportunismus“, wie dies die Kritiker von „links“ und rechts behaupteten, sondern umgekehrt, der tiefsten Ueberzeugung von der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus im rückständigen Rußland auf Umwegen, solange die Diktatur des Proletariats aufrecht erhalten, insoweit diese nicht durch auswärtige Intervention zerstört wird.

Darin unterschied Lenin sich in gleichem Maße sowohl von seinen Kritikern von rechts wie von seinen Kritikern von „links“, die in Unglauben und Pessimismus verfielen, sobald die Sowjetrepublik irgendwelche ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verspüren begann, sobald es nötig war, zu irgendeinem strategischen Manöver Zuflucht zu nehmen. Und Lenins Glaube an die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in Rußland teilte mit ihm unabänderlich das russische Proletariat. In den Zeiten des Kriegskommunismus verstreut, durch das Feuer des erbitterten Bürgerkriegs und durch die Hungerjahre schreitend, begann das Proletariat, kaum daß der Bürgerkrieg beendet war, zur Stadt zurückzuströmen, mit der ungeheuerlichsten Energie die Industrie Stein um Stein wieder aufzubauen, und vollendete den Wiederaufbau in so raschem Tempo, als in irgendeinem kapitalistischen Lande nach dem Kriege die Fabrik- und Werkindustrie wiederhergestellt wurde. Dies wäre natürlich vollkommen unmöglich gewesen, wenn nicht das russische Proletariat von sozialistischem Enthusiasmus erfüllt wäre, wenn es sich nicht in vollem Maße als Herr im Lande fühlen würde.

Der Wiederaufbau der Schwerindustrie war die erste Etappe auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus. Um weiter vorwärts zu dringen, mußten noch eine Reihe großer Schwierigkeiten überwunden werden, und bei einer jeden solchen Schwierigkeit verfielen unbeständige Elemente der Partei oder Elemente, die sich den Leninismus nicht zu eigen gemacht haben, in Pessimismus, der Grundblock der Partei und die Arbeiterklasse aber schritten rüstig vorwärts.

Im Frühjahr des Jahres 1923 kam es infolge des noch ungenügenden Eindringens des Planprinzips in die Wirtschaft zu einer Absatzkrise der Industrieerzeugnisse, öffnete sich die sogenannte „Schere“. Genosse Trotzki, der nur zeitweilig ein verlässlicher Weggenosse Lenins war — in der Zeit des Bürgerkriegs —, der aber niemals seine spezifisch trotzkistischen Ansichten von der Unlösbarkeit des Widerspruches zwischen Proletariat und Bauernschaft innerhalb der Grenzen des ökonomisch rückständigen, isolierten Rußland preisgab, schlug augenblicklich, im Zusammenhang mit der „Schere“, Alarm: die Sowjetmacht befinde sich am Rande des Abgrunds. Und als seine Angstmeierei in der Partei keinen Widerhall fand, trat er in Opposition zur Parteileitung, begann er von der Möglichkeit einer „Entartung“ der älteren bolschewistischen Generation zu sprechen, begann er die Einführung eines mehr oder minder menschowistischen Freiheitsregimes in der Partei zu fordern, begann er, der Partei zu raten, ihren Einsatz nicht auf die Arbeiter, sondern auf die studierende Jugend zu legen. Die Partei verwarf alle diese Ratschläge und erblickte in denselben die Aeußerung „kleinbürgerlicher Abweichungen“. Dank der energischen Anstrengungen der ganzen Partei gelang es, die „Schere“ schon im Laufe einiger Monate in bedeutendem Maße zu schließen, und das feste Vertrauen der Arbeiterklasse zur Partei trat darin genügend deutlich zutage, daß nach Lenins Tode mit einem Male 300 000 neue Arbeiter-Parteimitglieder in die Partei fluteten.

Im Jahre 1925 entstanden neue wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Partei, die ihre ganze Stoßkraft auf den Wiederaufbau der Staatsindustrie

konzentrierte, stand nicht in genügendem Maße mit „dem Gesicht dem Dorfe“ zugekehrt, nicht etwa prinzipiell, sondern in der Praxis, insbesondere an Ort und Stelle. Das Ergebnis war, daß eine Reihe von Symptomen anzeigten, daß die Dinge im Dorf nicht zum Besten standen. Morde an Bauernkorrespondenten, die Heldentaten von Kulaken an das Licht gebracht hatten, nahmen epidemischen Charakter an. Immer häufiger machte sich im Dorfe Eifersucht und Neid auf die Arbeiterklasse bemerkbar, immer öfter wurden Stimmen laut über die Notwendigkeit der Bildung von Bauernverbänden, als selbständige politische Bauernorganisationen. Als gleichzeitig klar wurde, daß man sich hinsichtlich der Getreideaufbringung arg verrechnet hatte, was die Notwendigkeit einer scharfen Schwenkung im Wirtschaftsplan zur Folge hatte, begannen die Genossen Sinowjew und Kamenew, die auch früher schon in gefährlichen kritischen Augenblicken Unbeständigkeit und Schwanken gezeigt hatten, obwohl sie wie vorher ihren Kampf gegen Trotzki fortsetzten, gleichzeitig, unmerklich für sie selbst, sich die trotzkistische Ideologie zu eigen zu machen. Von der Panikstimmung erfaßt, begannen sie zu behaupten, daß der Kulak tatsächlich schon im Sowjetdorf derart erstarkt sei, daß in seinen Händen 60 Prozent der Getreidevorräte konzentriert seien; sie traten mit der Behauptung hervor, daß die Sowjet-Staatsindustrie nicht sozialistisch, sondern staatskapitalistisch sei, daß wir in der technisch rückständigen Sowjetrepublik den Sozialismus wohl aufbauen, nicht aber vollenden können, wenn nicht die siegreiche Weltrevolution zu Hilfe komme. Die Partei unterlag dieser verhüllten Panikstimmung mit „linken“ Phrasen nicht einen Augenblick. Zur Aussöhnung des Dorfes und zwecks Trennung der Mittelbauern von den Kulaken stellte die Partei die Aufgabe der „Belebung der Sowjets“ auf die Tagesordnung und nahm eine Reihe wirtschaftlicher und rechtlicher Maßnahmen zur Hebung der mittelbäuerlichen Wirtschaft, zur Beseitigung dessen, was dieser Entwicklung im Wege steht, vor. Im Ergebnis ist im Verlaufe der seit dem 14. Parteikongreß verflossenen 2 Jahre das Bündnis des Proletariats mit den mittleren und den armen Bauern erstarkt, wie nie vorher, alle obenerwähnten Symptome einer Unzufriedenheit der Bauern sind verschwunden.

In diesen letzten 2 Jahren wurde der Prozeß des Wiederaufbaus der Wirtschaft bis auf das Vorkriegsniveau vollendet. Dabei hat der Wiederaufbau sich nicht nur quantitativ vollzogen, sondern die Wirtschaftsstruktur hat auch qualitativ eine immer wachsende Veränderung in der Richtung der Verdrängung der kapitalistischen Elemente der Wirtschaft durch die sozialistische erfahren. Dies kam in einer ganzen Reihe von Tatsachen zum Ausdruck: es hat sich der relative Anteil der sozialistischen Staatsindustrie erhöht, und innerhalb dieser selbst ist der relative Anteil der Produktionsmittel gestiegen, was eine Industrialisierung des Landes bedeutet. Unaufhaltsam war im staatlichen und Genossenschaftshandel die Entwicklung auf Kosten des Privathandels; das immer tiefer in die Sowjetwirtschaft eindringende Planprinzip kam zum Ausdruck: 1. in der Regulierung der Getreidepreise, in der Angleichung der Frühjahrsgetreidepreise an jene des Herbstes, in der Beseitigung der Unstimmigkeit zwischen Herbst- und Frühjahrspreisen, die sich die Kulaken auf Kosten der armen Bauern zunutze machten; 2. in der

beginnenden planmäßigen Preisermäßigung für Industriewaren. Auf dem Lande äußerte sich der prinzipielle Unterschied der neuen sozialistischen Oekonomie und jener des Vorkriegsdorfes darin, daß wir im ersten Falle ein gleichmäßiges langsames Wachsen der Wirtschaft aller Gruppen der Bauernschaft — arme Bauern, Mittelbauern, Kulaken — beobachten, während im russischen Dorfe der Vorkriegszeit ein Wachstum der beiden Pole (Dorfarmut und Kulaken) auf Rechnung der Mittelbauern vor sich geht. Endlich — was wichtiger als alles übrige ist — wuchs die Zahl des Proletariats von Jahr zu Jahr, stieg der reale Arbeitslohn, stieg der relative Anteil des Proletariats am Volkseinkommen, stiegen, in außerordentlich starkem Maße, das Kulturniveau des Proletariats und seine Beteiligung am Aufbau. In der Sowjetrepublik haben zweifellos noch sehr tiefe soziale Geschwüre ihren Sitz, der Arbeitslohn ist absolut noch sehr niedrig, wenn er auch schon das Vorkriegsniveau überschritten hat, die Arbeitslosigkeit ist, infolge der Wanderbewegung im Dorfe und der Verstärkung des Zuges zur Stadt, noch sehr akut, ebenso die Wohnungsnot, aber im großen und ganzen unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß von Jahr zu Jahr ein unaufhaltsames Wachstum in der Richtung zum Sozialismus vor sich geht.

Ungeachtet dieser großen Erfolge erwarteten die Sowjetmacht auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaus neue wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Wiederaufbauperiode näherte sich ihrem Ende. Es erhob sich die Frage der Rekonstruktion der Industrie, neuer Kapitalinvestitionen, die Herstellung einer neuen technischen Basis für die Sowjetwirtschaft. Der Uebergang von der Wiederaufbauperiode zum Neubau der Industrie setzte die Anlage von Kapitalien in einer für Sowjetverhältnisse unerhörten Höhe in der Industrie voraus, deren Nutzeffekt erst in einigen Jahren zum Ausdruck kommen kann. Damit ist auch die zeitweilige Verzögerung im Tempo des Wachstums der Produktion, der Anzahl der beschäftigten Arbeiter und endlich des Arbeitslohnes verbunden. Dieses Tempo wird auch in der Neuaufbauperiode rascher sein als in irgendeinem kapitalistischen Lande, verglichen mit der Wiederaufbauperiode hingegen muß natürlich eine Verlangsamung eintreten.

Diese neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie auch die Schwierigkeiten internationalen Charakters — die Niederlage im englischen Streik und die zeitweilige Niederlage der chinesischen Revolution — waren Wasser auf die Mühle der Opposition, die bereits zu einer Konsolidierung als rein trotzkistische Fraktion gelangte und den offenen Kampf mit der Partei begann, den faktischen Kampf für die Liquidierung der leninistischen Partei und für ihre Ersetzung durch eine trotzkistische. Diesmal hatten wir es schon nicht mehr mit bloßer Panikstimmung und Pessimismus zu tun, sondern mit einem böswilligen, verleumderischen Feldzug gegen die Partei, von Leuten, die dahin gekommen waren, sich von der Partei und der Arbeiterklasse loszureißen, und die endgültig allen Boden unter den Füßen verloren hatten.

Dieser Riß zwischen der Opposition und der Arbeiterklasse trat ganz deutlich zutage, kürzlich, aus Anlaß des Oktobermanifestes des Zentralkomitees der USSR. Das Manifest, das die Ergebnisse des 10jährigen

Bestehens der Sowjetmacht und ihres wirtschaftlichen Aufbaus seit Beginn der „Nöp“ aufzählte, verkündete gerade auf Grundlage dieser früheren Erzeugenschaften eine Reihe verschiedener neuer Maßnahmen — den Uebergang zum Siebenstunden-Arbeitstage, sowie bedeutende wirtschaftliche Erleichterungen für die Dorfarmut. Gleichzeitig wird in den Thesen des Oktoberplenums der KPSU eine Verstärkung des Kurses zur Offensive gegen die Kulaken und zu einer kräftigeren Entwicklung der kollektivistischen Formen der Wirtschaft im Dorfe festgelegt. Diese neuen Maßnahmen waren keineswegs Gelegenheitseinfälle. Sie sind eine logische Folge der ganzen Arbeit, die vorher verrichtet war. Der Uebergang zum Siebenstunden-Arbeitstag steht in enger Verbindung mit dem Prinzip sozialistischer Rationalisierung in der Industrie. Die energischere Offensive gegen die Kulakenelemente im Dorfe wurde möglich, weil es während der beiden letzten Jahre gelungen ist, die Verbindung des Proletariats mit den Mittelbauern zu verstärken und weil jetzt schon keine unmittelbare Gefahr mehr besteht, daß es den Kulaken gelingen könnte, den Mittelbauer im Kampfe gegen die Sowjetmacht in ihre Gefolgschaft zu bringen. Die Opposition aber, die die Verbindung mit der Partei und der schöpferischen Arbeit des Proletariats verloren und all' das verschlafen hat, was in den letzten Jahren die Partei und die Arbeiterklasse getan haben, beschloß, als sie sich unerwartet dem Manifest gegenüber befand, kurzerhand, daß alles, was von Nazareth kommt, von Uebel sei, und fand den traurigen Mut, in der Fraktion des Zentralexekutivkomitees sowie im Plenum des ZK der KPSU gegen das Manifest zu stimmen. Dieser Schlußakkord der Sabotage der Opposition rief einen Sturm des Unwillens der gesamten Partei sowie in der Arbeiterklasse überhaupt hervor, was mit genügender Deutlichkeit hervorgeht aus dem grimmigen Empfang, der den Oppositionellen jetzt in allen Zellenversammlungen zuteil wird.

Die Opposition gleitet, wie vorher schon, immer tiefer und ist jetzt bereits in den Sumpf des Menschewismus hinabgeglitten, die Partei aber und die Arbeiterklasse schreiten aufwärts, in der festen Ueberzeugung von der Möglichkeit, den Sozialismus in der Sowjetrepublik zu vollenden.

Jener Gedanke, den der große Revolutionär Lenin in den ersten Jahren des Weltkrieges formulierte, daß Rußland die Initiative zur Revolution und zum Durchbruch der imperialistischen Front ergreifen müsse, und sei es auch um den Preis der militärischen Niederlage, der noch kühnere Gedanke, der seinem genialen Hirn nach dem Februar 1917 entsprang, daß die rückständigste unter allen europäischen Großmächten — Rußland, unter den gegebenen Bedingungen den Weg zum Sozialismus beschreiten könne und müsse, gewinnt von Jahr zu Jahr mehr Leben, wird immer mehr zu Fleisch und Blut.

Doch Lenin betrachtete die russische Revolution nicht im national beschränkten Sinne, er sah sie als das Vorspiel zur sozialistischen Weltrevolution an. Er sprach von der „großen sozialistischen Rolle des großrussischen Proletariats, als der Haupttriebkraft der kommunistischen Revolution, die der Kapitalismus erzeugt hat“; er sagte, daß „gerade das Proletariat der rückständigsten unter den Großmächten . . . in Person seiner Partei mit der revolutionären Taktik hervortreten mußte, die . . . allein zur europäischen Revolution führt“. Und siehe, jetzt erklären die Kleinmütigen, daß der große

Plan Lenins nicht im lebendigen Werden sei, daß er verfallt: die Revolution im Westen und Osten, so sagen sie, schleppt sich von Niederlage zu Niederlage und die russische bolschewistische Partei, die sich mit dem wirtschaftlichen Aufbau beladen hat, werde immer mehr zu einer „national beschränkten“. Die Kleinmütigen und Wehleidigen aus der trotzkistischen Opposition, die so argumentieren, sind hoffnungslos erblindet.

Im „18. Brumaire“ schrieb Marx:

„Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!

Seitdem Marx diese Worte geschrieben, hat sich die historische Situation von Grund auf verändert. Die Welt ist in die Niedergangsperiode des Kapitalismus eingetreten. In der Sowjetrepublik, die den sechsten Teil der Erdkugel umfaßt, weht schon seit 10 Jahren die rote Fahne des Sozialismus. Das Proletariat des Westens und des Ostens hat jedoch unter diesen Umständen im Augenblicke scharfer revolutionärer Krisen Niederlagen erlitten. „zurückschreckend vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit seiner eigenen Zwecke“. Es hat Niederlagen erlitten, weil die imperialistische Front jetzt nicht durch Krieg erschüttert ist und weil die politische Führung des Proletariats unzureichend war. Die kommunistischen Parteien im Westen und Osten sind — junge Parteien, die nicht über jene alten revolutionären Traditionen verfügen, die die russische bolschewistische Partei besaß, als sie den Oktoberumsturz vollbrachte. Das Proletariat in den westeuropäischen Ländern schleppt an seinen Füßen den schweren Bremsblock der sozialdemokratischen Parteien, die seine Bewegung hemmen, es auf Schritt und Tritt verraten.

Das Proletariat des Westens und Ostens erleidet vorläufig, wie zu Marx' Zeiten, Niederlagen. Aber zum Unterschiede von jener Epoche vermochte die Oktoberrevolution schon in der kurzen Zeitspanne von zehn Jahren auf dem Hintergrund des verwesenden Kapitalismus drei mächtige revolutionäre Wellen auszulösen — die Reihe der Revolutionen in der Periode von 1918 bis 1920, die revolutionäre Krise in Deutschland im Jahre 1923 und endlich, in den letzten Jahren, den Generalstreik in England und die Revolution in China. Alle diese Revolutionen und revolutionären Bewegungen erhielten von der Oktoberrevolution nicht nur den Impuls. Das siegreiche russische Proletariat und seine Partei, die KPSU standen, auch unmittelbar oder im Wege der Komintern, diesen Revolutionen mit energischster Unterstützung an Mitteln, Leuten und Führung zur Seite, wodurch die kommunistischen Parteien im Westen und Osten nicht nur aus eigener Erfahrung, aus ihren Teilerfolgen und Niederlagen, sondern auch aus der Erfahrung der russischen bolschewistischen Partei, aus der Erfahrung der russischen Revolution lernen konnten, weiter lernen und immer besser lernen, „russisch“, „bolschewistisch“ zu reden.

Zur gleichen Zeit erfüllt jedes Jahr des weiteren Bestehens der Sowjetrepublik, jeder neue Erfolg des russischen Proletariats und seiner Partei auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaues die Herzen von Millionen Proletarier und Bauern der westlichen und Kolonialländer mit neuer Kühnheit und Energie. Dies ist eine außerordentliche Erleichterung ihrer Aufgabe, den großen Sprung zur Herrschaft des Sozialismus zu vollziehen, ohne „von neuem zurückzuschrecken vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer — eigenen Zwecke . . .“, wenn die Gestaltung der Dinge ihnen erneut zurufen wird: *Hic Rhodus, hic salta!*“

Wer dies nicht versteht, nicht sieht, der ist für den Leninismus endgültig verloren.

ZWEI BRIEFE LENINS AUS DEN OKTOBERTAGEN

I. Lenins „Schreiben an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki“

Der beifolgend abgedruckte Brief Lenins ist, wie aus dem Text zu ersehen, genau eine Woche vor dem Oktoberumsturz geschrieben.

Die der Niederschrift dieses Briefes vorausgegangenen Umstände sind in allgemeinen Zügen folgende: Am 10. (23.) Oktober traf Lenin, der damit riskierte, in die Hände der Konterspionage zu fallen, in Petrograd ein und erschien in der Sitzung des ZK der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki), wo er in seiner Rede die Unvermeidlichkeit des Aufstandes und die Notwendigkeit seiner technischen Vorbereitung betonte. Das ZK nahm gegen die beiden Stimmen von Kamenew und Sinowjew die von Lenin verfaßte Resolution an, in der festgestellt wurde, daß sowohl die internationale wie die innere Lage der russischen Revolution „den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setze“.

„In der Erkenntnis, daß der bewaffnete Aufstand unvermeidlich und vollkommen herangereift ist, weist das Zentralkomitee alle Parteiorganisationen an, sich dies als Richtschnur dienen zu lassen und alle praktischen Fragen (des Sowjetkongresses des Nordgebietes, der Entfernung der Truppen aus Petrograd, der Kundgebung der Moskauer und der Minsker usw.) unter diesem Gesichtspunkt zu erwägen und zu entscheiden.“

Am nächsten Tage, den 11. (24.) Oktober, wandten sich Sinowjew und Kamenew, die in der Minderheit geblieben waren, an die größten Parteiorganisationen mit dem bekannten Flugblattschreiben „Zur gegenwärtigen Lage“. In diesem Dokument sprachen sie sich entgegen dem Beschlusse des ZK energisch gegen den Aufstand aus.

Inzwischen gewann die Frage des Aufstandes immer aktuellere Bedeutung.

Am 16. (29.) Oktober fand eine Konferenz des ZK der RSDAP (B) mit verantwortlichen Parteiarbeitern statt, in der wiederum gegen die beiden Stimmen Kamenews und Sinowjews die von Lenin vorgeschlagene Resolution angenommen wurde, daß „die Versammlung die Resolution des ZK begrüßt und vollkommen unterstützt, und alle Organisationen wie alle Arbeiter und Soldaten zur allseitigen und intensivsten Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, zur Unterstützung der hierfür vom Zentralkomitee geschaffenen Zentralstelle aufruft und der tiefsten Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß das ZK und die Sowjets rechtzeitig uns den günstigen Moment und die zweckmäßigen Mittel für die Aktion angeben werden“.

Als praktisches Zentrum zur Leitung des Aufstandes wurden gewählt: Swerdlow, Stalin, Dserschinski, Bubnow und Urizki.

Am gleichen Tage wurde auch das Revolutionäre Militärkomitee beim Petrograder Sowjet gebildet.

In diesen für den Aufstand entscheidenden Tagen erschien in der „Nowaja Shisnj“ vom 17. (30.) Oktober ein Aufsatz von W. Basarow, der den Inhalt eines Flugblattschreibens „zweier angesehenen Bolschewiki“ gegen die Aktion wiedergab, und am 18. (31.) Oktober erschien in dem gleichen Blatt eine Notiz J. Kamenews über die „Aktion“. Darin erklärte Kamenew in seinem und Sinowjews Namen, es sei ihre Pflicht, sich „unter den gegebenen Umständen gegen jedweden Versuch, die Initiative zum bewaffneten Aufstand zu übernehmen, auszusprechen, da dieser zum Scheitern verurteilt ist und für die Partei, für das Proletariat und das Schicksal der Revolution die verderblichsten Folgen haben würde. All dies auf die Karte einer Aktion in den nächsten Tagen zu setzen, würde einen Verzweiflungsakt bedeuten“.

Die Antwort auf diese Kundgebung Kamenews und Sinowjews in der „Nowaja Shisnj“ war der Brief Lenins an die Parteimitglieder, der ein Dokument von außerordentlich historischer Bedeutung bildet.

Der Brief ist mit schwarzer Tinte auf vier Seiten, fast ohne Ausstreichungen, gedrängt geschrieben.

Das Lenin-Institut.

*

Genossen! Die Petrograder Zeitungen vom Mittwoch, den 18. Oktober, habe ich noch nicht erhalten können. Als man mir telephonisch den vollständigen Text der Kundgebung Kamenews und Sinowjews in der „Nowaja Shisnj“, die keine Parteizeitung ist, mitteilte, wollte ich es nicht glauben. Zweifel waren jedoch ausgeschlossen, und so sehe ich mich veranlaßt, die Gelegenheit zu ergreifen, um dieses Schreiben den Parteimitgliedern zu Donnerstag abend oder zu Freitag früh zuzustellen, denn angesichts der Tatsache eines so unerhörten Streikbruchs wäre es ein Verbrechen, zu schweigen.

Je ernster die praktische Frage ist, je verantwortlicher und „angesehener“ die Leute sind, die den Streikbruch verübt haben, um so gefährlicher ist dieser, um so entschlossener müssen die Streikbrecher hinausgeworfen werden, um so unverzeihlicher wäre es, etwa wegen früherer „Verdienste“ der Streikbrecher zu schwanken.

Man überlege sich! In Parteikreisen ist es bekannt, daß die Partei seit dem September die Frage des Aufstandes erwägt. Von einem Schreiben oder von einem Flugblatt einer der genannten Personen ist niemandem etwas zu Ohren gekommen! Jetzt aber, man kann sagen, am Vorabend des Sowjetkongresses, treten nun zwei angesehene Bolschewiki gegen die Mehrheit und, was ganz klar ist, gegen das ZK auf. Dies wird nicht direkt ausgesprochen; dadurch entsteht aber der Sache ein um so größerer Schaden, denn mit Anspielungen zu sprechen, ist noch gefährlicher.

Aus dem Wortlaut der Erklärung Kamenews und Sinowjews geht klar hervor, daß sie sich gegen das ZK wenden, denn sonst wäre ihre Erklärung sinnlos, aber welcher Beschluß des ZK gerade von ihnen angefochten wird, das wird nicht gesagt.

Warum?

Das ist ganz klar: Weil das ZK ihn nicht veröffentlicht hat.

Was ergibt sich nun?

In der wichtigsten Kampffrage, am Vorabend des kritischen 20. Oktober, eröffnen zwei „angesehene Bolschewiki“ in der nicht zur Partei gehörenden Presse, und zwar gerade in einem Blatte, das in der gegebenen Frage mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterpartei Hand in Hand geht, einen Angriff auf einen nicht veröffentlichten Beschluß der Parteizentrale!

Das ist ja tausendmal gemeiner und millionenmal schädlicher als beispielsweise alle Kundgebungen eines Plechanow in der nicht zur Partei gehörenden Presse in den Jahren 1906—1907, die von der Partei in so scharfer Weise verurteilt wurden! Damals handelte es sich doch nur um Wahlen, jetzt aber geht es um einen Aufstand zur Eroberung der Macht!

In einer solchen Frage, nachdem die Zentrale einen Beschluß gefaßt hat, diesen nicht veröffentlichten Beschluß im Angesicht der Rodsjanko und Kerenski in einem Nichtparteiblatt anzufechten — kann man sich eine verräterischere, streikbrecherischere Handlungsweise vorstellen?

Für mich wäre es eine Schmach, wenn ich etwa deshalb, weil ich diesen ehemaligen Genossen früher nahestand, in deren Verurteilung schwankte. Ich sage es gerade heraus, daß ich die beiden nicht mehr als Genossen ansehe und daß ich sowohl im ZK wie auf dem Parteitag mit allen Mitteln für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.

Denn eine Arbeiterpartei, die vom Leben immer häufiger vor die Notwendigkeit eines Aufstandes gestellt wird, ist nicht imstande, diese schwere Aufgabe zu lösen, wenn unveröffentlichte Beschlüsse der Zentrale nach ihrer Annahme in der nicht zur Partei gehörenden Presse angefochten und in die Reihen der Kämpfer Schwanken und Verwirrung hineinragen werden.

Mögen die Herren Sinowjew und Kamenew eine eigene Partei mit einigen Dutzend Leutchen, die den Kopf verloren haben, oder Kandidaten der Konstituante gründen. Die Arbeiter werden dieser Partei nicht beitreten, denn ihre erste Losung wird sein:

„Den in der Frage des Entscheidungskampfes in einer Sitzung des ZK unterlegenen ZK-Mitgliedern ist gestattet, sich an die parteigegnerische Presse zu wenden, um nicht veröffentlichte Parteibeschlüsse anzugreifen.“

Mögen sie eine solche Partei aufmachen; unsere Arbeiterpartei der Bolschewiki wird dadurch nur gewinnen.

Wenn alle Dokumente veröffentlicht werden, wird der Streikbruch Sinowjews und Kamenews noch deutlicher hervortreten. Bis dahin mögen sich die Arbeiter folgende Frage vorlegen:

„Nehmen wir an, der Hauptvorstand einer Gewerkschaft hätte nach monatelanger Diskussion und mit einer Mehrheit von über 80 Prozent beschlossen, daß man einen Streik vorbereiten müsse, zunächst aber weder von dem Termin noch sonst etwas zu veröffentlichen. Nehmen wir weiter an, daß zwei Mitglieder, die sich verlogenerweise durch eine „Sondermeinung“ decken, nach dem Beschlusse nicht nur an die Ortsgruppen wegen einer Ueberprüfung des Beschlusses schreiben, sondern auch die Veröffentlichung ihrer Briefe in der nicht zur Partei gehörenden Presse zulassen würden. Nehmen wir endlich an, daß sie selbst in dieser Presse den Beschluß angreifen, obwohl er noch nicht veröffentlicht ist, und den Streik den Kapitalisten gegenüber verunglimpfen.“

Es fragt sich nun, würden die Arbeiter zögern, derartige Streikbrecher aus ihrer Mitte auszuschließen?“

*

Was die Frage des Aufsandes im gegenwärtigen Augenblick, in solcher Nähe des 20. Oktober betrifft, so kann ich aus der Ferne nicht beurteilen, inwieweit die Sache durch die streikbrecherische Kundgebung in der partei-

gegnerischen Presse verdorben ist. Ohne Frage ist ein sehr großer praktischer Schaden zugefügt worden. Um die Sache wieder gut zu machen, muß man vor allem die Einheit der bolschewistischen Front durch den Ausschluß der Streikbrecher herstellen.

Die Schwäche der ideologischen Argumente gegen den Aufstand wird um so klarer werden, je mehr wir sie ans Tageslicht zerren. Ich sandte vor einigen Tagen einen Aufsatz darüber an den „Rabotschij Putj“, und wenn die Redaktion es nicht für möglich erachtet, ihn zu veröffentlichen, so werden ihn die Parteimitglieder wahrscheinlich im Manuskript kennen lernen*.

Diese „ideologischen“, mit Verlaub zu sagen, Argumente laufen auf zweierlei hinaus: erstens, auf die „Erwartung“ der Konstituierenden Versammlung. Warten wir doch, vielleicht ziehen wir's bis dahin hinaus, das ist das ganze Argument. Vielleicht werden wir es mit dem Hunger, mit der Zerrüttung, mit der erschöpften Geduld der Soldaten, mit den Schritten der Rodsjankos zur Uebergabe Petrograds an die Deutschen (vielleicht mit Aussperrungen) noch hinausziehen!

Vielleicht und möglicherweise, das ist die ganze Stärke der Argumente!

Zweitens, lauschreiegender Pessimismus. Bei der Bourgeoisie und bei Kerenski ist alles vorzüglich bestellt, bei uns liegt alles im Argen. Bei den Kapitalisten ist alles wundervoll vorbereitet, bei den Arbeitern steht alles schlecht. Die „Pessimisten“ schreien sich über die militärische Seite der Sache heiser, während die „Optimisten“ schweigen, denn es dürfte wohl kaum einem anderen als Streikbrechern angenehm sein, gegenüber Rodsjanko und Kerenski irgend etwas aufzudecken.

*

Eine schwere Zeit. Eine schwere Aufgabe. Ein schwerer Verrat!

Und dennoch wird die Aufgabe gelöst werden, die Arbeiter werden sich zusammenschließen, der Bauernaufstand und die äußerste Ungeduld der Soldaten an der Front werden das ihrige tun! Wir wollen die Reihen enger schließen, das Proletariat muß siegen!

N. Lenin.

*

Der zweite Brief Lenins

Der nachfolgende Brief Lenins wurde von ihm nach dem oben angeführten Briefe — entweder am 18. Oktober (31. Oktober) abends (an diesem Tage fand die im Texte erwähnte Sitzung des Petrograder Sowjets statt, in der Genosse Kamenew auftrat), oder am 19. Oktober (1. November) geschrieben. Der Brief wird nach einer Kopie (Schreibmaschinenkopie) aus dem Jahre 1917 gedruckt, die im Archiv der Oktoberrevolution aufbewahrt wird und vom Archiv dem Institut zur Verfügung gestellt wurde. Im Text des nach der alten Orthographie geschriebenen Briefes sind einige Schreibfehler vorhanden, die aus der Unzulänglichkeit unseres damaligen technischen Apparates wie auch aus der allgemeinen Fieberatmosphäre der Oktobertage zu erklären sind. Offenkundige Schreibfehler haben wir ausgemerzt. Im übrigen hielt das Institut es für notwendig, den Text in der Form wiederzugeben, wie er in unsere Hände gelangt ist, ohne irgendwelche stilistischen Verbesserungen vorzunehmen.

Das Lenin-Institut.

* Dieser Aufsatz: „Brief an die Genossen“ wurde im „Rabotschij Putj“ vom 19., 20. und 21. Oktober veröffentlicht. Die Red.

Liebe Genossen! Eine Partei, die sich selbst achtet, kann kein Streikbrechertum und keine Streikbrecher in ihrer Mitte dulden. Das ist ganz klar. Je mehr man sich aber in die Kundgebungen Sinowjews und Kamenews in einem Nicht-Parteiblatt hineindenkt, um so zweifelloser wird es, daß ihr Verhalten den vollkommenen Tatbestand eines Streikbruchs darstellt. Die Ausflucht Kamenews in der Sitzung des Petrograder Sowjets ist eine direkte Gemeinheit: er sei mit Trotzki vollkommen einverstanden. Ist es denn aber wirklich so schwer, zu verstehen, daß Trotzki den Feinden nicht mehr sagen konnte, als er gesagt hat, daß er dazu kein Recht hatte, daß er es nicht durfte? Ist es wirklich so schwer zu begreifen, daß die Partei, die vor dem Feinde ihren Beschluß (die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes, daß dieser vollkommen herangereift sei, die allseitige Vorbereitung hierzu usw.), geheimgehalten hat, geradezu verpflichtet ist, bei öffentlichen Kundgebungen nicht nur die Schuld, sondern auch die Initiative auf den Gegner abzuwälzen? Nur Kinder können so etwas nicht begreifen. Die Ausflucht Kamenews ist einfach ein Gaunerstück. Das gleiche muß von der Ausflucht Sinowjews gesagt werden, zumindest von seinem „Rechtfertigungsbrief“ (ich glaube im ZO), den ich gerade erst gesehen habe (denn eine Sondermeinung, eine angebliche Sondermeinung, von der die bürgerliche Presse posaunt, habe ich, ein Mitglied des ZK, bisher nicht gesehen). Aus den Argumenten Sinowjews: Lenin habe seine Briefe „vor der Annahme irgendwelcher Beschlüsse“ versandt, ohne daß dagegen protestiert wurde. So schreibt Sinowjew wörtlich, indem er das Wort vor vierfach unterstreicht. Ist es denn wirklich schwer zu verstehen, daß man vor dem Beschlusse der Frage des Streiks durch das Zentrum für und wider agitieren kann, daß aber nach dem Beschlusse zugunsten des Streiks (und nach dem ergänzenden Beschlusse, dies vor dem Feinde zu verheimlichen), gegen den Streik zu agitieren, Streikbruch bedeutet? Jeder Arbeiter wird es begreifen. Die Frage des bewaffneten Aufstandes wurde in der Zentrale seit September diskutiert. Damals konnten und mußten Sinowjew und Kamenew schriftlich hervortreten, damit alle angesichts ihrer Argumente ihre vollkommene Kopfflosigkeit feststellen konnten. Mit seinen Ansichten der Partei gegenüber einen ganzen Monat lang bis zur Annahme des Beschlusses hinter dem Berge zu halten und seine Sondermeinung erst nach dem Beschlusse verbreiten, das heißt nichts anderes als Streikbrecher sein.

Sinowjew tut so, als verstünde er diesen Unterschied nicht, als verstünde er nicht, daß nach einem Streikbeschluß, nach einem Beschluß der Zentrale nur Streikbrecher in den unteren Instanzen gegen den Beschluß agitieren können. Jeder Arbeiter wird dies begreifen.

Sinowjew hat aber agitiert und Beschlüsse der Zentrale sowohl in der Sonntagsversammlung, wo er und Kamenew nicht eine einzige Stimme erhielten, als auch in seinem jetzigen Schreiben sabotiert. Sinowjew besitzt die Unverschämtheit, zu behaupten, daß „die Partei nicht befragt worden“ sei und daß solche Fragen „nicht durch 10 Menschen entschieden werden dürfen“. Man denke nur. Alle Mitglieder des ZK wissen, daß auf der entscheidenden Versammlung mehr als 10 Mitglieder des ZK anwesend waren,

daß die Mehrheit des Plenums anwesend war, daß Kamenew auf dieser Versammlung selbst erklärte: „Das ist eine beschlußfähige Versammlung“, — daß von den abwesenden Mitgliedern des ZK genau bekannt war, daß deren Mehrheit mit Sinowjew und Kamenew nicht einverstanden ist. Und nun, nach dem Beschlusse des Zentralkomitees in der Sitzung, die Kamenew als eine beschlußfähige anerkannt hat, besitzt ein Mitglied des ZK die Dreistigkeit, zu schreiben: „Die Partei ist nicht befragt worden“, „solche Fragen dürfen nicht durch 10 Mitglieder entschieden werden“; das ist der vollkommene Tatbestand eines Streikbruches. Bis zum Parteitag hat das ZK die Entscheidung. Das ZK hat sich entschieden. Kamenew und Sinowjew, die vor dem Beschluß schriftlich nicht hervorgetreten waren, begannen den Beschluß des ZK anzufechten, nachdem er zustande gekommen war.

Dies ist der vollkommene Tatbestand eines Streikbruches. Nach der Beschlußfassung ist keine Anfechtung zulässig, wenn die Sache die sofortige und heimliche Vorbereitung eines Streiks betrifft. Sinowjew besitzt die Stirn, uns jetzt die „Warnung des Feindes“ in die Schuhe zu schieben. Hat denn die Schamlosigkeit gar keine Grenzen? Wer anders hat die Sache verdorben, hat den Streik durch „Warnung des Feindes“ verraten, als die Leute, die in der parteigegnerischen Presse hervorgetreten sind?

In einer Zeitung, die in der gegebenen Frage mit der ganzen Bourgeoisie Hand in Hand geht, gegen einen „entscheidenden“ Beschluß der Partei aufzutreten!

Wenn die Partei das duldet, macht sie sich unmöglich, richtet sie sich zugrunde.

Das eine „Sondermeinung“ zu nennen, was Basarow erfährt und in einem Nicht-Parteiblatt veröffentlicht — das heißt, sich über die Partei lustig machen.

Die Kundgebung Kamenews und Sinowjews in einem Nicht-Parteiblatt war auch deshalb besonders gemein, weil die Partei ihre intrigantenhafte Lüge offen nicht widerlegen kann: mir sind die Beschlüsse über den Zeitpunkt nicht bekannt, schreibt und veröffentlicht in seinem und Sinowjews Namen Kamenew. (Sinowjew ist für das ganze Verhalten und für die Kundgebung Kamenews nach einer solchen Erklärung voll verantwortlich.)

Wie soll das ZK dies widerlegen?

Wir können ja den Kapitalisten gegenüber nicht die Wahrheit sagen, nämlich, daß wir den Streik beschlossen, und ebenso, daß wir beschlossen haben, die Wahl des Zeitpunktes vor ihnen zu verheimlichen.

Wir können die intrigantenhafte Lüge Sinowjews und Kamenews nicht widerlegen, ohne der Sache noch mehr zu schaden. Darin besteht ja die maßlose Niedertracht, der wahre Verrat dieser beiden Personen, daß sie den Kapitalisten gegenüber den Plan der Streikenden preisgegeben haben, denn, wenn wir in der Presse schweigen, dann merkt jeder, wie die Sache steht.

Kamenew und Sinowjew haben den Beschluß des ZK ihrer Partei über den bewaffneten Aufstand und über die Verheimlichung der Vorbereitung

des bewaffneten Aufstandes vor dem Feinde, der Wahl des Zeitpunktes für den bewaffneten Aufstand an Rodsjanko und Kerenski verraten. Das ist eine Tatsache. Diese Tatsache ist durch keinerlei Ausflüchte zu widerlegen. Zwei Mitglieder des ZK haben durch eine intrigantenhafte Lüge den Kapitalisten den Beschluß der Arbeiter verraten. Darauf kann und darf es nur eine Antwort geben: den sofortigen Beschluß des ZK:

„Nach Feststellung des vollständigen Tatbestandes eines Streikbruchs in der Kundgebung Sinowjews und Kamenews in einem Nicht-Parteiblatt schließt das ZK beide aus der Partei aus.“

Es fällt mir nicht leicht, dies über ehemals mir nahestehende Genossen zu schreiben, ich würde jedoch hier ein Schwanken als Verbrechen betrachten, denn eine Partei von Revolutionären, die angesehene Streikbrecher nicht bestraft, ist verloren.

Die Frage des bewaffneten Aufstandes ist, selbst wenn die Streikbrecher, die die Sache an Rodsjanko und Kerenski verrieten, sie auf lange Zeit hinausgeschoben haben, nicht aufgegeben, von der Partei nicht aufgegeben. Wie kann man aber zum bewaffneten Aufstand rüsten, wie kann man ihn vorbereiten, wen man in seiner Mitte „angesehene Streikbrecher“ duldet? Je angesehener, um so gefährlicher, um so unwürdiger eine „Verzeihung“, wie der Franzose sagt. Zum Verräter kann ja nur einer aus der eigenen Mitte werden.

Je „angesehener“ die Streikbrecher, um so größer die Pflicht, sie durch Ausschluß sofort zu strafen.

Nur so kann man die Arbeiterpartei gesunden, sie von einem Dutzend charakterloser Intellektueller reinigen, indem man die Reihen der Revolutionäre zusammenschließt; nur so kann man den großen und größten Schwierigkeiten begegnen, nur so kann man mit den revolutionären Arbeitern gehen.

Wir können die Wahrheit nicht veröffentlichen, daß nach der entscheidenden Sitzung des ZK Sinowjew und Kamenew die Dreistigkeit hatten, eine Revision auf der Sonntagsversammlung zu verlangen, daß Kamenew schamlos rief: das ZK hat Fiasko erlitten, denn es hat eine Woche lang nichts unternommen (ich konnte dies nicht widerlegen, denn man kann ja nicht sagen, was wirklich gemacht wurde); Sinowjew aber schlug mit unschuldiger Miene die von der Versammlung abgelehnte Resolution vor: „Vor der Konferenz mit den Bolschewiki, die am 20. zum Sowjetkongreß eintreffen, soll nichts unternommen werden.“

Man bedenke nur: nach dem Beschluß der Zentrale über den Streik einer Mitgliederversammlung vorzuschlagen, die Frage aufzuschieben, ihre Entscheidung dem Kongreß zu überlassen (dem Kongreß am 20., der vielleicht noch verschoben wird . . . die Sinowjew glauben den Liberdans*), einem solchen Kollegium überlassen, das das Statut der Partei nicht kennt, das über das ZK nicht zu verfügen hat, das Petrograd nicht kennt.

* Liber und Dan — zwei menschowistische Führer. Der Name Liberdan wurde vom Dichter Demjan Bjedny geprägt und diente dann als Gattungsname zur Bezeichnung der menschowistischen Führer. Die Red.

Und hernach hate Sinowjew noch die Stirn, zu schreiben: „So wird man wohl kaum die Einheit der Partei stärken.“

Wie soll man das anders nennen, als eine Drohung mit der Spaltung.

Ich antworte auf eine solche Drohung, daß ich bis zu Ende gehen werde, daß ich mir vor den Arbeitern die Freiheit des Wortes erringen, daß ich um jeden Preis den Streikbrecher Sinowjew als Streikbrecher brandmarken werde. Auf die Drohung mit der Spaltung antworte ich mit der Verkündung des Kampfes bis ans Ende für den Ausschluß der beiden Streikbrecher aus der Partei.

Der Vorstand einer Gewerkschaft hat nach monatlichen Debatten beschlossen: der Streik ist unvermeidlich geworden und herangereift, den Zeitpunkt werden wir vor den Unternehmern verheimlichen. Darauf gehen zwei Mitglieder des Vorstandes in die Mitgliedschaft, um den Beschluß anzufechten, fallen aber durch. Dann gehen die beiden zur Presse und geben durch intrigantenhafte Lügen den Beschluß des Vorstandes den Kapitalisten preis, machen damit den Streik zur guten Hälfte zunichte und verschieben ihn damit auf eine schlechtere Zeit, indem sie den Feind warnen.

Das ist der vollständige Tatbestand eines Streikbruches. Und das ist der Grund, weshalb ich den Ausschluß der beiden Streikbrecher fordere, indem ich mir das Recht vorbehalte (in Hinblick auf die Drohung mit der Spaltung), alles zu veröffentlichen, wenn die Zeit dazu gekommen ist.

BELAKUN:

DIE PAROLEN DES OKTOBER

I.

In der Parole verdichten sich, kristallisieren sich Theorie, Programm, Strategie und Taktik der revolutionären Klasse und ihrer führenden Partei. Die Politik — diese Wissenschaft der Führung von Millionen — findet in der Parole ihre höchste, künstlerische Ausdrucksform.

„Jede einzelne Parole — schrieb Lenin — müssen wir aus der Gesamtheit der besonderen Eigenheiten einer bestimmten politischen Lage entnehmen.“

Die marxistische Analyse zerlegt die vor ihr auftauchenden komplizierten Erscheinungen, zersetzt sie in ihre Elemente, löst sie auf im Scheidewasser der Zusammenhänge, verfolgt die Bewegung der flüssig gewordenen Masse, die Richtung ihrer Strömung. Die flüssige Masse setzt an der Oberfläche Kristalle ab: so entstehen die Parolen der marxistischen revolutionären Politik.

Die revolutionäre Parole ist meistens nicht mehr als ein einziger Satz. „Friede, Brot, Freiheit!“ „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!“ „Alle Macht den Sowjets!“ Ein Satz nur — aber niemals eine Phrase. Wenn die Parole zur Phrase geworden ist — auch wenn sie noch so revolutionär klingt —, ist sie keine revolutionäre Parole mehr.

„Die revolutionäre Phrase ist die Wiederholung revolutionärer Parolen ohne Berücksichtigung der objektiven Umstände. . . . Die Parolen sind großartig, hinreißend, erhebend — nur fehlt ihnen eben der feste Boden —, da habt Ihr das Wesen der revolutionären Phrase.“ (Lenin.)

Das Wesentliche der sich in der Parole offenbarenden politischen Kunst, man könnte sagen, das Wesentliche der Kunst der Schaffung von Parolen ist: die Aufmerksamkeit auf das betreffende Kettenglied — das wir, wie Lenin sagt, ergreifen müssen, um die ganze Kette mit fester Hand in Bewegung zu halten — so zu lenken, daß das Kettenglied von Millionen Händen der Millionenmassen erfaßt und die ganze Kette von ihrer zur Unbezwingbarkeit gesteigerten Kraft in Bewegung gehalten werde.

Die revolutionäre Parole gibt also dem elementaren Wollen, der Kraft der Massen Richtung und Ziel. Sie faßt den Inhalt ganzer Bände zusammen, um dieses formlose Wollen, diese ungeformte Wucht auf ein Ziel zu lenken, indem sie das Wollen zugleich in Organisation verwandelt und es durch die Organisation vervielfacht. Die analysierenden und zusammenfassenden Forschungen von Jahren und Jahrzehnten, alle Ergebnisse des Eindringens in das komplizierte Getriebe der Gesellschaft, alle Ergebnisse der Aufdeckung der sich oft wie die Wasserläufe der Felsenklüfte verbergenden Triebkräfte der Revolution müssen in einem Satz zusammengefaßt werden, in einfacher — und eben deshalb volkstümlicher, die Fortgeschrittensten befriedigender, die Zurückgebliebensten über alles aufklärender, mobilisierender, hinreißender Form von durchschlagender Kraft. Die Wissenschaft von der Führung der Millionen wird mit Hilfe der Parole zum Allgemeingut der Millionen; das Bewußtsein der fortgeschrittensten Elemente wird durch die Parole zu einer Kraft, die auch auf die zurückgebliebensten Elemente wirkt. Sie trägt die Bewußtseins-elemente in die zum Kampf berufenen Massen zwar „von außen hinein“, wie ja auch das sozialistische Bewußtsein „nur von außen her in die Arbeiterklasse getragen werden konnte“ (Lenin), aber alle ihre Elemente, aus denen sie sich herauskristallisiert hat, leben bereits unter den Massen, formlos, ungeklärt — die kristallisierende, organisierende Kraft erwartend. Der Transformator, der die Theorie in eine Macht verwandelt, ist die revolutionäre Parole, dieses Sprungbrett der revolutionären Tat.

Die Bolschewiki haben die höchste Vollkommenheit in dieser Kunst erreicht. All das, was die marxistische Forschung auf dem Gebiete der Erkenntnis der Gesellschaft geschaffen, all die Pläne, die die revolutionäre Avantgarde für die Führung ausgearbeitet hatte, all das machten die Bolschewiken den Massen zugänglich, deren geschichtliche Aufgabe die Vollbringung der Revolution war.

Die Parolen des Oktober waren:

Die dreifache Parole: „Frieden, Brot, Freiheit“ sowie die Parole, die die größte Umgestaltung der Geschichte einleitete, die Richtung der Kämpfe für mindestens ein Jahrhundert bestimmte: **A l l e M a c h t d e n R ä t e n !**“

Diese Parolen waren im Munde der Millionen, die zum erstenmal gesiegt hatten in einer vom Proletariat geführten Volksrevolution.

„Frieden, Brot, Freiheit!“ — brauste der Sturmwind des Oktober, als er die siegreiche rote Fahne aufsteigen, sie auf den höchsten, in der ganzen

Welt sichtbaren Masten flattern ließ, die rote Fahne, von der herab die andere Parole zu weiteren Kämpfen rief:

Alle Macht den Räten!

II.

Die Bolschewiki waren — mit Lenin an der Spitze — nicht nur Meister der revolutionären Theorie; sie gaben nicht nur der Taktik — der politischen Haltung der Partei und der Massen — Richtung mit der Sicherheit eines Steuermannes, der Schiff und Kurs bis in die kleinste Einzelheit kennt und dessen Aufmerksamkeit nichts entgeht. Sie zeichneten sich nicht nur dadurch aus, daß sie infolge der unglaublichen Elastizität, Zentralisiertheit, Disziplin ihrer Organisation überall gegenwärtig waren, wo Massen lebten, litten und kämpften — wenn die organisierte Avantgarde der Bolschewiki zeitweilig noch so klein war. Sie beherrschten, wie schon gesagt, auch meisterhaft die Kunst, die Politik der Partei in die Massen in klarster, einfachster, verständlichster, volkstümlichster, mitreißendster Form zu tragen. Alle diese Kräfte des Sieges sind im Gehirn und in den Muskeln der Partei im Kampfe gegen den Opportunismus herausgearbeitet worden. In bezug auf Taktik, auf Organisation hat das Lenin selbst wiederholt beschrieben. Was aber die Kunst betrifft, die sich in Agitationsparolen offenbart, so ist das weniger bekannt. Die Menschewiki waren — wie alle Opportunisten — gewöhnlich bestrebt, die Halbheit, den kleinbürgerlichen Charakter ihrer Politik hinter spitzfindigen, schleierhaften Umschreibungen zu verbergen. Dem unklaren Inhalt entsprechen unklare Formulierungen. „Streitet über die Taktik, aber gebt klare Parolen“ — so betitelt Lenin seinen 1905 gegen die Menschewiki gerichteten Artikel.

„Die Partei der kämpfenden Klasse muß sich vor Augen halten, daß auf die konkreten Fragen ihrer politischen Haltung vollkommen klare, nicht auf zweierlei Art zu deutende Antworten notwendig sind. Ja oder nein; müssen wir jetzt, in dieser gegebenen Situation das oder jenes tun, oder nicht? Diese klaren Antworten sind auch deswegen unbedingt notwendig . . . damit die Arbeiterklasse weiß, welche Ratschläge ihr in der gegebenen Situation diese oder jene Sozialdemokraten erteilen.“

Die Forderung der klaren Parolen entsprang aber nicht nur den Bedürfnissen des gegen den Opportunismus geführten inneren Kampfes, sie war nicht nur ein Mittel, die Menschewiki an die Wand zu drücken. Auch die kämpfenden Massen verlangten von den Führern der Partei klare, einfache Parolen. Genosse Tomski schrieb 1908, als er noch nicht als Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der UdSSR im Namen von gewerkschaftlich organisierten Zehnmillionenmassen sprach, sondern nur in einem Grüppchen der zersprengten bolschewistischen Partei die Flamme der Revolution nährte, vom Setzkasten der Petersburger Druckerei weg einen Brief an Lenin in die Redaktion des „Proletarij“ ins Ausland, in dem er folgendes über die Stimmung der Arbeiter sagt: „Es gibt keine Parolen — ein Teil der Parteiarbeiter sucht verworren und eifrig nach ihnen.“ Die durch die Niederlage geschwächten Massen, deren Organisationen von außen her die Schläge der zaristischen Reaktion auszuhalten hatten und von innen her durch die Provokatoren der Ochrana und die Vertreter der menschewistisch-liquidatorischen Intelligenz unterhöhlt wurden, wollten von der Partei Parolen. Aus dem Briefe geht ferner hervor, daß die Massen nicht nur

Parolen für den Tageskampf suchten, sondern auch Parolen, die weiter wiesen, in die Richtung der revolutionären, historischen Ziele, in die Richtung des Sozialismus. Sie brauchten solche Parolen als Richtschnur für ihren Tageskampf, als Mittel zur neuen Entfaltung des Befreiungskampfes.

Sogar in der Periode, die der Petersburger Arbeiterkorrespondent Michail Tomski als „infolge der schwärzesten Reaktion und der Massenverfolgungen jeder Politik bar“ charakterisiert, — selbst in dieser Periode hatten die Bolschewiki revolutionäre Parolen, die den unter den schwersten Anstrengungen organisierten Tageskampf mit dem sozialistischen Ziele verbanden, ihn zu einem sozialistischen, revolutionären Kampf machten. Zu jener Zeit, als die Menschewiki zusammen mit der Bourgeoisie die Revolution nach ihrer Niederlage endgültig liquidieren wollten und vom Zaren eine konstitutionelle Monarchie mit dem Zaren und einem verantwortlichen Ministerium an der Spitze erhofften — wurde die bolschewistische Politik in den Massen unter der Bezeichnung „drei Walfische“ bekannt. Ein russisches Volksmärchen glaubt, daß die Welt auf dem Rücken dreier Walfische ruhe. Die bolschewistische Politik beruhte auf drei Forderungen, drückt sich in drei Parolen aus: Konstituierende Versammlung; Achtstundentag; entschädigungslose Enteignung und Nationalisierung des Grundbesitzes. Dies waren die Parolen, die die Massen um das Höchste scharten, das die bürgerliche Revolution erreichen konnte: um die Forderung der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Die Februar-Revolution ist sofort über den Rahmen der demokratischen Bourgeoisrevolution hinausgewachsen. „Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft war (in gewisser Form und in gewissem Maße) bereits verwirklicht“, gleich nach dem ersten Ansturm der Februar-Revolution, und diese Parole war „schon veraltet“. Mit ihr zusammen verschwanden in der Sturmflut der Revolution auch die „drei Walfische“. Die Macht war in die Hände der Bourgeoisie übergegangen und insofern war die Bourgeoisrevolution abgeschlossen. Aber gleichzeitig und neben der Bourgeoisie bestand schon die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, und zwar in der Form der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputiertenräte. Die imperialistische bürgerliche „Provisorische Regierung“, unterstützt von der sozialrevolutionär-menschewistischen Mehrheit dieser Sowjets, war nur insofern eine Regierung, als sie von den Sowjets freiwillig unterstützt wurde. Es war das jene „Übergangsperiode in der Entwicklung der Revolution, in der die revolutionäre Bewegung über die üblichen demokratisch-bourgeoisien Revolutionen hinausging, die ‚reine‘ Diktatur des Proletariats und des Bauerntums aber noch nicht erreicht hat“. Es herrscht während der Provisorischen Regierung im Lande „Hunger, Verfall der Wirtschaft. Drohende Katastrophe. Greuel des Krieges. Schrecken jener Wunden, die der Krieg ins Fleisch der Menschheit geschlagen hat“ (Lenin). Was die Arbeiterklasse und das Bauerntum erreicht hat — z. B. der Achtstundentag, die Rechte der Soldaten — das hat nicht die Provisorische Regierung gewährt, das haben sich die Arbeiter und Bauern selbst genommen.

So war die Lage, als die „drei Walfische“ untertauchten, als die erste, die unmittelbaren Ziele der Revolution aufzeigende, die Massen mobilisierende, sie gleichzeitig auf eine höhere Stufe des revolutionären Kampfes erhebende, sie um ein weiter gestecktes Ziel zusammenschließende Parole geboren wurde, die Parole: **Frieden, Brot, Freiheit!**

Das war die Parole, die die ganze Periode der Revolution hindurch ertönte, vom Februar bis zum Oktober, während sie im Aufsteigen war und als sie abflaute. Die Teilkämpfe hatten auch andere Parolen: Produktionskontrolle! Verbrüderung an der Front! Fort mit der Todesstrafe! usw. Lenins Partei besaß für alle Situationen und für alle Schichten die geeigneten, einander ergänzenden und ablösenden, mobilisierenden Parolen. Aber die Parole, die vom Februar bis zum Oktober alle unbewaffneten wie bewaffneten Aktionen — bis zum letzten bewaffneten Aufstand, beherrschte, die die schwierigen Hände der Arbeiter- und Bauernsoldaten mit unbeholfenen Buchstaben, an die Wände aller Fabriken, Bahnhöfe, Kasernen, Krankenhäuser malten, die Parole, die im ganzen russischen Lande in den zerfallenden Bauernhütten und den Schützengräben widerhallte — die breitesten Massen vereinigte, sie von der Bourgeoisie und ihren „sozialistischen“ Parteien lostrennte und sie dem Proletariat und seiner kämpfenden Partei zuführte — das war die Parole: **Frieden, Brot, Freiheit!** Diese Parole bereitete die Köpfe der Massen darauf vor, die noch höhere, umfassendere und weitergehende Parole der Oktoberrevolution zu erfassen, die Parole: **Alle Macht den Räten!** Und diese Parole fand den Weg über die Drahtverhaue der Schützengräben hinweg zum „feindlichen“ Arbeiterbruder und bereitete ihn darauf vor, die Revolution auszubreiten zu einer internationalen Revolution.

Diese beiden Parolen schweißten die Tagesinteressen und die historischen Interessen des Proletariats und der anderen werktätigen Schichten zu einer unzertrennlichen festen Einheit im Befreiungskampfe zusammen. „Frieden, Brot, Freiheit!“, diese Parole hat die ganze Tiefe und ganze Breite der Volksrevolution aufgepeitscht, damit auf den Wellenbergen und -tälern das von den Bolschewiki gesteuerte Schiff des Proletariats die Höhe der proletarischen Diktatur erreiche und seinen Weg in die Zukunft — zum Sozialismus fortsetze.

III.

Der rechte wie der linke Flügel der Sozialdemokratie leugnet übereinstimmend, daß die Oktoberrevolution eine proletarische, sozialistische Revolution gewesen ist. „Sie ist eine Bauernrevolution, Volksrevolution, aber keine sozialistische, keine proletarische Revolution“ — sagen die „Linken“ mit Otto Bauer. Die Kautskyaner, die „Rechten“ wiederum fordern die ganze Welt zum Sturz der Sowjetmacht auf, weil sie „den Rechtsraub am Volke“ bedeute, weil sie „die Herrschaft der Usurpatoren über das Volk, die Diktatur über das Proletariat“ sei.

Die Sozialdemokraten haben es mit dieser Methode wirklich fertiggebracht, das Volk der Klasse entgegenszustellen. Es ist ihnen, mit den Methoden der „reinen“ Demokratie, so sehr gelungen, daß die SPD, als

sie ganz offen und endgültig erklärte, den deutschen Bourgeoisstaat, die Hindenburg-Republik als den eigenen Staat anzuerkennen, in ihrem Programm verkünden konnte, daß sie aus einer Klassenpartei zu einer — Volkspartei geworden sei. Die Sozialdemokratie kann — in ihrer revolutionsfeindlichen und konterrevolutionären Einstellung — nichts anderes tun, als entweder die Klasse im Volk verschwinden zu machen — oder zünftlerische Scheidewände zwischen der Arbeiterklasse und dem Volk, den anderen, nichtproletarischen (vom Standpunkt ihrer Rolle in der Produktion nichtproletarischen) Werktätigen zu errichten.

Nur der Bolschewismus, der alle Erfahrungen und Traditionen der großen Revolutionen zusammenfaßt, verarbeitet und verwertet, hat das „Volk“, die „Armen“, die „Dorfarmut“, die „Armen der Städte“, die „Werktätigen“, die „werkstätige Armut“ zu Faktoren der Revolution des Proletariats gemacht. Auch die Entwicklung des Wortschatzes der Literatur und Agitation der internationalen Arbeiterbewegung beweist das. Das „Volk“, die „Armen“ wurden und werden auch heute noch in der politischen Terminologie der „demokratischen“ Feinde der Revolution als das Element angeführt, in dessen Namen die „Berechtigung“ der Klassendiktatur des Proletariats verneint werden kann und muß. Das „Volk“ ist für die demokratische Konterrevolution nur der Deckmantel, um dahinter die Klasseninteressen der Bourgeoisie zu verbergen. Diesen Deckmantel liefert regelmäßig die Sozialdemokratie. Volk und Proletariat, die nicht rein proletarischen, halbproletarischen Schichten und die Arbeiterklasse einander entgegenstellen, heißt die Volksrevolution der proletarischen Revolution entgegenstellen. Die Arbeiterklasse im Volk aufgehen lassen, heißt, dem Volke, den armen Werktätigen den revolutionären Führer nehmen, die Führung nicht nur des „Volkes“, sondern auch der Arbeiterklasse der Bourgeoisie überlassen oder direkt ausliefern. Aus diesen zwei Gleichungen geht auch hervor, daß das Volk für die Bolschewiki, für die Kämpfer der proletarischen Revolution kein Deckmantel, sondern ein Verbündeter ist. In der Oktoberrevolution tritt das Volk auf der Bühne der Revolution — für die eigenen Interessen — deshalb selbständig auf, weil es unter der Führung des Proletariats auftritt. Das Proletariat ist deshalb in der Oktoberrevolution zum erstenmal siegreich — weil es an der Spitze der überwiegenden Mehrheit des ganzen Volkes, der werktätigen Armen, gegen die herrschende Klasse der Nation und die internationalen Unterdrücker auftritt. Dieser Sieg wäre weder mit jener Methode der politischen Führung möglich gewesen, die die die Klasse und das Volk einander entgegenstellt und zünftlerische Scheidewände zwischen ihnen aufrichtet; noch auch mit jener Methode, die die weitest entwickelte Klasse der Gesellschaft im Volke, in der formlosen Masse der werktätigen Armut aufgehen läßt, in der formlosen Masse, die das Volk und auch die werktätige Armut bedeutet, solange die Arbeiterklasse und ihre führende Partei sie nicht in der Revolution, im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind zur Organisiertheit formt. Gerade darin liegt das Geheimnis des Sieges der Oktoberrevolution. Nur mit Hilfe des Planes und der Parolen, die Lenin ausgearbeitet und — nach einem kurzen

Kampfe innerhalb der Partei — in die Massen hineinrug, konnte es geschehen, daß die nach Frieden, Brot und Freiheit strebenden Massen in einer umfassenden Volksrevolution zur Organisiertheit zusammengeschmiedet wurden, daß sie im Kampfe um ihre Tagesinteressen zusammen mit dem Proletariat ihren gemeinsamen Feind stürzten und an die Stelle des alten Regimes die Herrschaft der nach dem Sozialismus strebenden Arbeiterklasse in der Form der Sowjetmacht errichteten.

Am 17. März 1917 hat Lenin in Zürich, an Hand von lückenhaften Zeitungsnachrichten, zum erstenmal in der Form von (damals nicht veröffentlichten) Thesen die Antwort auf die Frage zusammengefaßt: Was hat das Proletariat in dieser Revolution zu tun? In dieser Antwort finden wir bereits die erste Parole vor: Aufgabe des Proletariats ist, „sich möglichst gut zu organisieren, seine Kräfte zu sammeln, sein Bündnis mit allen Schichten der werktätigen Massen in Stadt und Land zu festigen und auszubauen“, um die zaristische Reaktion endgültig zu schlagen und eine Regierung zustande zu bringen, die fähig ist, „dem Volk Frieden, Brot und vollkommene Freiheit zu geben“.

„Die neue Regierung kann weder den Völkern Rußlands noch jenen, die der Krieg mit uns verbunden hat, Frieden, Brot oder volle Freiheit geben, und deshalb muß die Arbeiterklasse ihren Kampf um den Sozialismus, um den Frieden fortsetzen.“

In dieser Antwort fehlt noch die Parole der Sowjetmacht. Aber sie enthält bereits den konkreten Inhalt der Forderung der Sowjetmacht: der Plan des Kampfes um die Herbeiführung eines solchen Verhältnisses der Klassenkräfte, unter denen die dreifache Parole verwirklicht werden kann:

„Frieden, Brot und volle Freiheit kann dem Volk nur eine Arbeiterregierung bringen, die sich erstens auf die ungeheure Mehrheit der Bauernmassen, auf die Landarbeiter und armen Bauern, zweitens auf das Bündnis mit der revolutionären Arbeiterschaft aller kriegführenden Länder stützt.“

Frieden kann die Provisorische Bourgeoisregierung nicht geben, weil sie die Regierung der Fortführung des imperialistischen Krieges ist. Brot kann sie nicht geben, höchstens eine, nach deutschem Beispiel „genial organisierte Hungersnot“, weil sie auf dem Standpunkt der Heiligkeit des Privateigentums an Boden und Kapital steht. Freiheit kann sie nicht geben, weil die Freiheit der Massen die Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges und das Heiligtum des Privatbesitzes an Boden und Kapital gleichermaßen gefährdet. „Nur der Sozialismus“ — schreibt Lenin — „ist imstande, den vom Kriege gefolterten Völkern Frieden, Brot und Freiheit zu bringen.“

Die dreifache Parole „Frieden, Brot, Freiheit!“ ist das Programm der Volksrevolution und zugleich der Hebel und das Programm der proletarischen Revolution, die berufen ist, den Sozialismus aufzubauen. Diese Parole enthält:

1. den Durchbruch der Front des Imperialismus und die Möglichkeit, daß die russischen Arbeiter und Bauern durch diese Bresche ihre Bruderhand allen unter dem Kriege leidenden Arbeitern und Bauern der Welt reichen;

2. die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufhebung des Privateigentums am Produktionsapparat des entwickelten Kapitalismus — Banken

und Großindustrie — zwar n o c h n i c h t die „Einführung“ des Sozialismus, a b e r b e r e i t s die Verwirklichung der zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen;

3. die Vernichtung der vom Volke abgesonderten und ihm feindlichen Macht, der bourgeoisen Staatsmacht, die Schaffung des W e r k z e u g s der Freiheit, des eigenen, von den Massen, für die Interessen der Werktätigen aufgebauten Staatsapparates, der Sowjetmacht und die S i c h e r u n g der Freiheit: die Bewaffnung der Werktätigen.

Die F r i e d e n s s e h n s u c h t ergriff die vom Kriege gefolterten, von der Massenschlächtereidezimierte, von Todesangst gepeinigten Massen von Tag zu Tag stärker. Die erschütterte Staatsmacht der Bourgeoisie war, trotz der Unterstützung der sozialistischen Verräter, schwächer als der Lebensinstinkt der in ständiger Angst vor der Vernichtung lebenden Massen; sie war nicht mehr imstande, sie auch weiter in die Einheitsfront der imperialistischen Eroberungssucht hineinzupressen; auch nicht mehr mit Hilfe der demokratischen Parolen. Die Massen wollten F r i e d e n — in k ü r z e s t e r F r i s t.

Der B r o t m a n g e l, der Hunger hat die ausgeplünderten Massen auf den Schwingen der gleichmachenden Verelendung der Armen und der aufreizenden gesteigerten Bereicherung der Reichen im Kriege, mit ver-hundertfacher Geschwindigkeit emporgehoben zur Höhe der Forderungen der Bolschewiki: K o n t r o l l e der Produktion und Verteilung der Produkte durch die Arbeiter, e n t s c h ä d i g u n g s l o s e E n t e i g n u n g und A u f t e i l u n g des Grundbesitzes ohne Gegenleistung, V e r s t a a t l i c h u n g der die Produktion und Verteilung in ihren Händen konzentrierenden Banken. Die Massen wollten B r o t — in k ü r z e s t e r F r i s t.

Die S e h n s u c h t n a c h v o l l e r F r e i h e i t stieß nicht nur auf die gestürzten, aber noch nicht zu Staub zermalmt, sich immer neu organisierenden, immer frecher auftretenden zaristischen gegenrevolutionären Kräfte. Selbst die vollkommenste Demokratie, die die Bourgeoisie, gestützt auf das Kleinbürgertum und einen Teil der Arbeiterklasse, den Werktätigen gewähren konnte, war ein Hindernis für die Verwirklichung der vollen Freiheit. Ein Hindernis für die Freiheit der M e h r h e i t war der Umstand, daß die Mittel zur Verwirklichung der Freiheit: Massenlokale, Druckereien, Papiervorräte usw., auch nach dem Sturz des Zarismus, auch während der Herrschaft der „rein sozialistischen“ Regierung, im Besitz der M i n d e r h e i t geblieben waren. Die Friedenssehnsucht riet den Massen, die Waffen w e g z u w e r f e n — die Sehnsucht nach voller Freiheit forderte sie zur B e w a f f n u n g auf. Die Massen wollten F r e i h e i t — in k ü r z e s t e r F r i s t!

Gegen das „U n v e r z ü g l i c h“ und „S o f o r t“ stand die Mehrheit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki der Sowjets, die eine „Volksrevolution“ wollten, eine Revolution, die über den Rahmen einer bürgerlichen Revolution nicht hinausging, die die Hindernisse, die der Verwirklichung der dreifachen Parole im Wege standen, nicht hinwegräumt, die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung nicht antastet. Dagegen stand die verräterische Mehrheit der Sozialisten, die sogar mit Hilfe der Sowjets, dieser Massenorganisationen der Werktätigen, die schwankenden Grundlagen der Bourgeoisie unter-

stützen, obwohl sie nicht einmal Frieden, Brot und Freiheit geben wollte. Aber je beharrlicher (infolge der Keulenschläge des Krieges, des Hungers, der Gegenrevolution, aber auch infolge der aufklärenden Arbeit der bolschewistischen Agitation) die Massen Frieden, Brot und Freiheit forderten — um so klarer, entschiedener, überzeugender wurde ihnen die dreifache Parole:

Die Sowjets müssen aus Organen des Verzichts der Macht zu Organen der Organisierung der Macht, zu Organen der Macht selbst, zu Organen der Eroberung von Frieden, Brot und Freiheit werden — und das sofort. So haben die Parolen des Oktober das, was nicht nur das Proletariat, sondern das ganze ausgebeutete Volk sofort, ohne Aufschub, heute, und nicht erst morgen, brauchte, mit den historischen Interessen und Aufgaben der endgültigen Befreiung von der Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistische Ordnung verknüpft.

„Die Sowjets umfassen neun Zehntel der Bevölkerung.“ In den Sowjets von Petrograd und Moskau stand die Mehrheit hinter den Bolschewiki. Die Volksrevolution und die proletarische Revolution sind eingeworden! Eine Revolution des Volkes für Frieden, Brot und Freiheit, die nur der Sozialismus wirklich endgültig und vollkommen sichern kann, deren Grundlage keine andere Demokratie der ganzen Welt schaffen kann als die Demokratie, die durch die in den Sowjets organisierte Macht des Proletariats geschaffen wird, die sich auf die gewaltigen Massen der Werktätigen stützt und unter der Führung der revolutionären Avantgarde steht — das war die Revolution des Oktober! Die Revolution der ungeheuren Mehrheit; im Interesse der ungeheuren Mehrheit, für den Sozialismus — eine solche Volksrevolution — ihr Herren Sozialdemokraten! — ist die proletarische Revolution!

IV.

Was wußten die Arbeiter und werktätigen Armen Westeuropas von den „inneren Kämpfen“ der russischen Revolution vor 1905, während der Konterrevolution, zwischen Februar und Oktober und während des Oktober? Nicht viel, kaum mehr als nichts! Sie waren von den „inneren Kämpfen“ während der Periode zwischen Februar und Oktober, zur Zeit des Oktober nicht nur durch die Schützengräben, Drahtverhaue, Minenfelder, durch zerrissene Telegraphendrähte getrennt. Die Rotationsungeheuer der bürgerlichen Lügenfabriken überzogen die russische Grenze mit einem dichten Rauchschleier von Verleumdungen, um das Licht des bolschewistischen Kampfes nicht zu den westlichen Arbeitern dringen zu lassen. Der westeuropäische Arbeiter und der russische Proletarier betrachteten von zwei verschiedenen Stufen der Entwicklung die „inneren Kämpfe“ der Revolution, in denen Sozialisten anderen Sozialisten, „irgendwelche Sowjets“ der Provisorischen „Revolutionären“ Regierung gegenüberstanden, und nicht einmal die Sowjets insgesamt, sondern nur ihre Minderheit, die Bolschewiki; die „sozialistische“ Mehrheit der Sowjets unterstützte „natürlich“ die „revolutionäre“ Regierung, die oft mehr als zur Hälfte aus „Sozialisten“ bestand. Der russische Arbeiter hat das — wenn auch im Nebel des allgemeinen kleinbürgerlichen Taumels — so doch mit den

Wunden der zwei Revolutionen und der Konterrevolution am eigenen Leibe, mit ihren Lehren und Erfahrungen im Kopfe — selbst erlebt. Die westeuropäische Arbeiterschaft — der Zögling der friedlichen Entwicklungs- und Verratsperioden der II. Internationale — konnte sich weder die Revolution im allgemeinen, noch weniger ihren konkreten Gang, ihre Methoden und Formen vorstellen. Ein Arbeiter, den seine Führer im Geiste des Hineinwachsens der kapitalistischen Ordnung in den Sozialismus erzogen haben, konnte sich von der Umwandlung der bürgerlichen Revolution in eine sozialistische Revolution, von den Übergängen der Revolution noch viel weniger Vorstellungen machen. Die Flamme von Zimmerwald, die der Zentrismus ohnedies unter der Asche begraben hat, konnte die bodenlosen Tiefen der Verrätereien der II. Internationale während des Krieges nicht durchdringen; auch die Organisierung der revolutionären linken Gruppen konnte im Westen nur schwächlich leuchtende Flammen entzünden. Ihr Leuchten sprang nur bei einzelnen Anlässen höher, wie es das Hervortreten Liebknechts war.

Aber die Parole „Frieden, Brot und Freiheit“ sprach eine internationale Sprache. Sie schlug eine Bresche in die Drahtverhaue der Schützengräben, führte die Arbeiter und Bauern aus den „feindlichen“ Stellungen heraus zur Verbrüderung, an Stelle der zerrissenen Telegraphen- und Telefonleitungen schmuggelten die in allen Sprachen geschriebenen Millionen und aber Millionen Flugblätter und Zeitungen die Forderung nach Frieden, Brot, Freiheit zu den Soldaten der gegenüberliegenden Schützengräben und erreichten auch die „organisiert Hungernden“ des Hinterlandes. Und als die Waffe des Oktoberaufstandes die Massenorganisationen des Friedens, des Brotes und der Freiheit, die Sowjets, zu Organen der Macht des Proletariats erhob, den Telegraphen, die Radioapparate, alles in den Dienst des Kampfes für Frieden, Brot und Freiheit stellte, als die uniformierten und nichtuniformierten werktätigen Massen die Botschaft der Revolutionären Regierung der Arbeiter und Bauern, des Rats der Volkskommissare „An Alle!“ erfuhren, da erkannten sie aus der Parole „Frieden, Brot, Freiheit“, daß die Bolschewiki Sozialisten sind, die für Frieden, Brot und Freiheit für das arbeitende Volk kämpfen und in diesem Kampfe jene „Sozialisten“ besiegt haben, die den Krieg weiter führen wollen und dafür wirken, daß Brot und volle Freiheit das Privileg der Reichen bleibe, während des Krieges und auch nach dem Kriege; daß die Sowjets — unter bolschewistischer Führung — jene Massenorganisationen sind, die den Massen Rußlands den sofortigen Frieden bringen, die der ganzen Welt den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen bringen wollen, die das Brot den Reichen wegnehmen, um es den Arbeitenden zu geben und für die ungeheure Mehrheit der Arbeitenden die Mittel und die Sicherung der vollen Freiheit schaffen; daß beide, die Bolschewiki und die Sowjets zusammen, wirkliche Kämpfer und Begründer des Sozialismus sind.

Die Parole „Frieden, Brot, Freiheit“ hat die russische Volksrevolution mit der russischen proletarischen Revolution und mit der proletarischen Weltrevolution verbunden. Die Parole ist zu einem wesentlichen Be-

standteil des Programms der russischen Volksrevolution, der russischen proletarischen Revolution, zu einem wesentlichen Bestandteil des Programms der proletarischen Weltrevolution geworden. Die dreifache Parole hat die Erfahrungen dreier Revolutionen, die Ergebnisse jahrzehntelanger Kämpfe zwischen Bolschewiki und Menschewiki in der ganzen Welt, im internationalen Maßstab ausgesät. Die Parolen des Oktober — sind die Grundsteine der Kommunistischen Internationale.

Die Welle der Revolution steigt und fällt. Sie fällt und steigt. Ein neuer imperialistischer Weltkrieg bereitet sich vor! Alle ehrlichen Werktätigen der Welt rüsten sich, um die ersten Errungenschaft des Oktober, die Sowjetunion, unter der Führung der Kommunistischen Internationale zu schützen, zu verteidigen.

Vergeßt den imperialistischen Krieg nicht, denkt aber auch daran, was den Krieg umwandelte in den Bürgerkrieg, denkt

an die Parolen des Oktober!

E. VARGA:

DIE ERSTEN ZEHN JAHRE DER NIEDERGANSPERIODE DES KAPITALISMUS

(Eine Skizze)

Der Kapitalismus hat während seines Bestehens viele schwere Krisen durchgemacht. Es gehört zum Wesen des kapitalistischen Systems, daß sein Gleichgewicht labil, seine Labilität beständig ist. In Zeiten des scheinbaren Gleichgewichts entfalten sich ununterbrochen die Elemente des Widerspruchs, bis dieser in der Krise zu einer gewaltsamen Lösung kommt und das Gleichgewicht für einen Moment wiederhergestellt wird.

„Die Krisen sind immer nur momentane, gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wieder herstellen.“ (Marx, Kapital III. Band, I. Teil, Seite 231.)

Die grundlegende, weltgeschichtliche Differenz zwischen allen früheren Krisen des Kapitalismus und jener Krise, die der Weltkrieg darstellt, besteht darin, daß die früheren Krisen das Gleichgewicht des kapitalistischen Systems für den Augenblick wieder herstellten, die Lösung der Widersprüche, wenn auch gewaltsam und unter schwersten Konvulsionen, aber innerhalb des Rahmens des kapitalistischen Systems erfolgte, diese Krise zur Sprengung des Systems selbst, zur Erkämpfung der proletarischen Diktatur in einem der größten Staaten der Welt führte. Der heutige Kapitalismus ist nicht mehr nur ein „sterbender Kapitalismus“, sondern ein zum Teil gestorbener Kapitalismus*.

* W. Sombart, einer der besten bürgerlichen Kenner des Kapitalismus, schreibt im Geleitwort zu seinem „Hochkapitalismus im Jahre 1927“ in seinem eigenartigen Stil:
„Wer die Entwicklung seit dem Kriege aufmerksam verfolgt, kann nicht im Zweifel

a) Das erste Problem, das sich bei der Rückschau auf das erste Jahrzehnt der Niedergangsperiode des Kapitalismus aufdrängt, ist die Frage:

Warum ist der Sturz des Kapitalismus nicht zuerst in einem der höchstentwickelten Industrieländer erfolgt, warum gerade in Rußland?

Lenin gab darauf die Antwort:

Weil Rußland das schwächste Glied der Kette war.

Worin bestand die „Schwäche“ des russischen Kapitalismus? Schlagwortartig können wir folgendes sagen:

Die russische Industrie, neu entstanden, war sehr stark konzentriert (mehr Betriebe mit über 1000 Arbeitern als in Deutschland!). Die kapitalistische Mittelindustrie wenig entwickelt, daher die Klasse der Bourgeoisie relativ schmal. Die kapitalistische Bauernwirtschaft erst in den Anfängen (Stolypinsche Agrarreform).

Die Agrarverhältnisse noch stark feudalistisch. Großgrundbesitz überwiegend in Kleinpacht. Bodenhunger der Bauernschaft. Nationale und religiöse Unterdrückung. Die Bourgeoisie hat keine organisierten Kräfte unter der Bauernschaft.

Das Proletariat in Riesenbetrieben zusammengeballt. Kaum die ersten Ansätze einer Arbeiteraristokratie. Keine legale reformistische Bewegung. Keine organisierte Zusammenarbeit der Bourgeoisie im Wege der Gewerkschaften. „Junges“ Proletariat, noch tausendfach mit dem Dorfe verbunden, daher zur Führung der Bauernschaft viel geeigneter als das „alte“ Industrieproletariat Westeuropas. Keine legalen Institutionen, keine parlamentarische Demokratie zur Vertuschung der Klassengegensätze, zur persönlichen Korruption der politischen Führer des Proletariats.

Das Zusammenfallen einer hoch kapitalistisch entwickelten Industrie mit einer noch stark feudalen Agrarverfassung und dementsprechend halbfeudalen politischen Ueberbau; das Fehlen breiter Mittelschichten — Mittelbourgeoisie, wohlhabende kapitalistische Bauernschaft, Arbeiteraristokratie —, die der Herrschaft der Bourgeoisie das breite Fundament geben; dies bildete die Schwäche des russischen Kapitalismus. Deshalb wurde die russische Bourgeoisie im Zusammenhang mit ihrer Niederlage im Weltkrieg gestürzt, während die Bourgeoisie der anderen Länder ihre Herrschaft erhalten konnte.

Zu diesen objektiven Momenten der Schwäche der russischen Bourgeoisie trat als nicht hoch genug einschätzbarer subjektiver Faktor das Vorhandensein der revolutionären Partei des Proletariats unter der Führung Lenins. . .

b) Die Herrschaft der Bourgeoisie in dem letzten Kriegsjahr, das das erste Jahr dieser Periode bildet, konnte auch im übrigen Europa nur mit der größten Kraftanspannung erhalten werden. Die Kriegswirtschaft bedeutete eine gewaltige Zentralisation des Vermögens, die sich bei einer allgemeinen Verarmung der Gesamtwirtschaft vollzog. Der riesige unproduktive Mehr-

darüber sein, daß der Kapitalismus in das geruhame Zeitalter, ganz gewiß noch nicht des Greisentums, aber der „besten Jahre des Mannes“ eingetreten ist. Die Zeit des tatkräftigsten Mannesalters ist vorbei: die letzten „Vierziger“ haben begonnen.“

verbrauch des Krieges wurde ermöglicht auf dem Wege der Einschränkung des Verbrauches der unteren Volksklassen (die in den vom Weltmarkt durch die Seeherrschaft Englands abgeschnittenen Ländern des deutschen Blockes bis zur chronischen Hungersnot ging); durch Aufzehrung der Konsumgütervorräte der Konsumenten — und eine weitgehende Verwandlung des produktiven Kapitals in fiktives Kapital (Kriegsanleihen). Der Klassengegensatz verschärfte sich außerordentlich. Meutereien, Hungerrevolten, Generalstreiks zeigen die Hochspannung. Die Bourgeoisie erhält sich an der Herrschaft, indem sie 1. alle nationalistischen Triebe aufs äußerste aufpeitscht, 2. die Friedenssehnsucht der Massen befriedigt durch die Parolen: „Dies ist der letzte Krieg“, „Vereinigung im Völkerbund zum ewigen Frieden“, 3. die wirtschaftliche Not beschwichtigt durch Versprechungen, wie: „Jedem Soldaten sein eigenes Heim“, „Jedem Bauern genügend Boden“, 4. jede revolutionäre Regung des Proletariats niederhält durch den ideologischen und organisatorischen Terror der Reformisten und durch die rücksichtslose Anwendung des Terrors des staatlichen Gewaltapparates.

c) Die Niederlage der Mittelmächte stärkte durch die patriotische Siegesstimmung die Herrschaft der Bourgeoisie in den Ententeländern, erschütterte sie aber grundlegend in den unterlegenen Ländern. Die siegreiche Bourgeoisie der Ententeländer legte — um im eigenen Lande eine Siegesstimmung als Gegengift gegen die Erbitterung der Massen zu schaffen — den Besiegten die erniedrigendsten Friedensbedingungen auf, ohne auf die sozialen Folgen in den besiegten Ländern zu achten. (Aufteilung, Entwaffnung, Reparationen in untragbarer Höhe.) Die moralische Autorität der herrschenden Klassen ging in den besiegten Ländern vollkommen verloren. Die Bourgeoisie befolgte die Taktik, vorübergehend jedes Opfer zu bringen, um das kapitalistische System selbst zu erhalten. Sie opferte die Monarchie. Sie verzichtete selbst auf den Versuch des Regierens und setzte überall die Sozialdemokraten an die ersten Stellen. Alle herkömmlichen politischen Forderungen des Proletariats: allgemeines, gleiches, geheimes Wahlrecht zu allen Institutionen; Abschaffung des Oberhauses; freies Koalitions- und Versammlungsrecht, freie Presse usw., wurden erfüllt. Ebenso die alten sozialen Forderungen: Achstundentag, allgemeine soziale Versicherung; alle demobilisierten Arbeiter wurden in jene Betriebe wieder eingestellt, wo sie früher arbeiteten, ob Arbeit vorhanden war oder nicht. Den Arbeitern im Betriebe wurden weitgehende Rechte (Betriebsräte) eingeräumt. Bei Lohnforderungen zeigte die Bourgeoisie weitestgehende Nachgiebigkeit. Die Bourgeoisie verzichtete zeitweilig auf die Ausbeutung, um die Voraussetzung der Ausbeutung, das kapitalistische System selbst zu erhalten. Sie beruhigte die Revolte der Massen durch Einsetzung von „Sozialisierungskommissionen“, durch Scheinvorbereitungen einer Agrarreform (durchgeführt wurde eine Agrarreform nur in einigen, an die Sowjetunion angrenzenden Staaten, wo ein Bauernaufstand sonst unvermeidlich schien, oder wo die Grundbesitzerklasse national-fremd war — Tschechoslowakei, Jugoslawien, Transsylvanien). Die Bourgeoisie mußte um jeden Preis Zeit gewinnen, um ihren zerfallenen Gewaltapparat wieder aufzurichten und den Reformisten die Möglichkeit zu

geben, die elementare Revolte der arbeitenden Massen „in geregelte Bahnen“ zu lenken.

Wir möchten hier — um irgendwelchen Mißverständnissen vorzubeugen — nachdrücklich betonen, daß wir das historische Wesen, den Sinn der Ereignisse darstellen; nicht das, was in dem unmittelbaren Bewußtsein der einzelnen handelnden Personen sich abspielte. Die Kapitalisten wichen individuell vor der proletarischen Revolte zurück, weil sie keinen Mut und keine Macht hatten, ihr zu widerstehen. Nur wenige führende bürgerliche Politiker hatten ein klares Bewußtsein der Tatsache, daß die Bourgeoisie als Klasse ein Rückzugsmanöver von historischer Bedeutung durchführt. Aber dies ändert nichts an dem historischen Wesen der Ereignisse.

d) Der zeitweilige Rückzug der Bourgeoisie vollzog sich in der äußeren Form einer siegreichen blutlosen Revolution des Proletariats. Aber der äußeren Form mangelte der Klasseninhalt. Die reformistischen Führer regierten, aber das Proletariat als Klasse war nicht an der Macht! Die Sozialdemokraten regierten, aber im Dienste der Bourgeoisie. Die Grundlage des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, wurde nicht angetastet. Der durch die Niederlage zerrüttete bürgerliche Staatsapparat wurde nicht zerschlagen, sondern durch Eingliederung der reformistischen Führer, die das Gewicht der hinter ihnen stehenden Arbeiterorganisationen der Bourgeoisie dienstbar machten, aufgefrischt und gestärkt. Was den Arbeitern als ihr Sieg erschien, daß ihre Führer Präsidenten, Minister, Staatssekretäre wurden, war tatsächlich ein Erfolg der Bourgeoisie. Die Führer der Bourgeoisie und ihre reformistischen Lakaien vereinigten sich zur Vermeidung der Diktatur des Proletariats*.

e) Auf die Dauer kann die Bourgeoisie natürlich auf den Profit nicht verzichten. Sie war zeitweilig zu schwach, um durch Gewaltanwendung das Proletariat zur Mehrwertsproduktion zu zwingen: um die Arbeitszeit zu verlängern, die Arbeitsleistung zu erhöhen oder die Löhne herabzusetzen. Aber es fand sich ein ausgezeichnetes Mittel, die Löhne auf einem Umweg herabsetzend, wieder zur Mehrwertsaneignung zu gelangen: die Inflation. Die historische Funktion der Inflation bestand darin, die Konzessionen, die die Bourgeoisie aus politischen Gründen dem Proletariat als Vorbeugung gegen die soziale Revolution gewährte, ökonomisch zu annullieren! Die Bourgeoisie befriedigte die Forderungen der Massen nicht aus ihrem eigenen Vermögen, sondern durch massenhaften Druck von Papiergeld, wodurch das Defizit des Staatshaushaltes gedeckt wurde. Der Reallohn sank stetig. Die materiellen Errungenschaften der Revolution gingen dem Proletariat im Wege der Inflation verloren. Während die Großkapitalisten jeweils zu Reproduktionspreisen verkauften, verkaufte die Kleinbourgeoisie (Handwerker, Kleinhändler, Bauern) zu altem Produktionspreis

* Fürst Max von Baden zitiert in seinen Memoiren das Wort Eberts: „Ich hasse diese Revolution...“

plus Durchschnittsprofitrate*, wurden daher nach jedem Umschlag ihres Kapitals ärmer. Die Inflation exproprierte das Vermögen der Rentner, befreite das industrielle Kapital von der Verzinsung des Leihkapitals, das es vorhergehend in produktives Kapital („Sachwerte“) verwandelt hatte. Die Großkapitalisten überwälzten auf diese Art die Last der Erhaltung des Proletariats zu einem bedeutenden Teil auf die Mittelschichten, auf die unabhängigen Produzenten. Auf der Basis einer fallenden Produktion ging eine Bereicherung der Großbourgeoisie durch die im Wege der Inflation wieder in Gang gekommene Mehrwertsproduktion und durch die sukzessive Expropriation des Vermögens der Mittelschichten vor sich. Die Verwertung des Kapitals war, wenn auch auf einer „unnormalen“, zeitweiligen, schwankenden Grundlage, durch die Inflation wieder hergestellt**.

f) Die Inflation gab der Bourgeoisie zugleich mit der materiellen die Möglichkeit einer sozialen Stärkung. Die Aufmerksamkeit des Proletariats wurde mit der Hilfe der Reformisten von den großen revolutionären Fragen auf die durch die Inflation nötig gewordenen täglichen Lohnverhandlungen abgelenkt. „Die Revolution löste sich in Lohnbewegungen auf“, wie Hilferding den historischen Kinn der Ereignisse nicht verstehend oder nicht verstehen wollend, es nannte. Die Erbitterung der sukzessiv exproprierten Mittelschichten wurde durch geschickte Propaganda gegen die „neureichen Kriegsgewinner“, gegen „die jüdischen Schieber“, gegen die „faulen Arbeiter“ gelenkt. Die Grundlagen für die Entstehung der faschistischen Bewegung wurden damit geschaffen.

g) Die Bourgeoisie nützte die gewonnene Zeit tüchtig aus. Sie sammelte und reorganisierte mit Hilfe der Reformisten den staatlichen Gewaltapparat. Sie schuf sich bewaffnete Klassentruppen auf faschistischer Basis. Mit der ideologischen und organisatorischen Hilfe der Reformisten, mit von Fall zu Fall jeweils verstärkter Gewaltanwendung schlug sie die Versuche der revolutionären Avantgarde, den Scheinsieg des Proletariats in eine echte proletarische Revolution zu verwandeln, nieder. Nach jeder Teilniederlage des Proletariats wurde ein Stück der Konzessionen, die die Bourgeoisie zu Kriegsende machen mußte, um die Revolte des Proletariats zurückzudämmen, zurückgenommen!

Dieser historische Prozeß zeigt sich in klassischer Form in dem Verlauf der Ereignisse in Deutschland von 1919 bis Herbst 1923. Jede Niederlage der Avantgarde — 1919 in Berlin, Ruhrgebiet, Bayern, 1920 Ruhrgebiet, 1921 Mitteldeutschland usw. benützte die Bourgeoisie, um etwas von den Erregenschaften der Arbeiterklasse rückgängig zu machen. Immer nur einen Bruchteil, da sie noch zu schwach war, das Proletariat mit einem Schläge

* Die Großbourgeoisie, scheinbar der Empörung der Arbeiter über die sprunghaft steigenden Preise Rechnung tragend, erließ Verordnungen, die die Kleinbourgeoisie zu dieser, bei fallendem Geldwert absurden Preisstellung zwang.

** Wir müssen wieder betonen: die Inflation war ökonomisch unvermeidlich, unter den gegebenen Klassenmachtverhältnissen. Sie wurde nicht von der Bourgeoisie bewußt arrangiert; aber historisch diente die Inflation dazu, die Mehrwertaneignung, die unmittelbar unmöglich war, mittelbar durchzusetzen.

niederzuschlagen; da sie im engsten Einvernehmen mit den Reformisten die Taktik verfolgte, die Avantgarde von der großen Masse des Proletariats zu trennen, zu verschleiern, daß die Avantgarde für die Interessen des Gesamtproletariats blutete. Erst im Herbst 1923, als die Inflation ihre ökonomische Tauglichkeit zur Bereicherung der Bourgeoisie bereits verloren hatte (die Inflation ist nur in einer gewissen Periode ein Mittel zur Bereicherung der Bourgeoisie), die Stabilisierung der Valuta für die Bourgeoisie eine unerläßliche Bedingung der Verwertung des Kapitals wurde, die Stabilisierung aber die vollständige Wiederherstellung der Diktatur der Bourgeoisie erforderte, holte sie zu dem letzten und entscheidenden Schlage gegen das Proletariat aus.

h) Die Hauptschwäche des Proletariats war selbstredend das Fehlen einer auf der Höhe ihrer Aufgaben stehenden Kommunistischen Partei, die es verstanden hätte, die Kämpfe der Avantgarde in Kämpfe des Gesamtproletariats zu verwandeln; die elementaren Revolten der Massen zu Kriegsende unter ihrer Führung in eine echte proletarische Revolution umzugestalten, in der Inflationszeit die Unzufriedenheit der breiten Mittelschichten für die revolutionäre Bewegung auszunützen, statt sie zum Ausgangspunkt des Faschismus werden zu lassen usw. Wie tief die Erschütterung des kapitalistischen Regimes ging, beweist, daß in einzelnen Ländern die Diktatur des Proletariats zeitweilig verwirklicht wurde; in Finnland, in Bayern und vor allem in Ungarn, wo das Proletariat 4½ Monate wirklich an der Macht war und nur durch den kombinierten Angriff der Reformisten im Innern und der kapitalistischen Heere von außen zu Fall gebracht werden konnte.

Die kommunistischen Parteien entstanden im Kampfe der Avantgarde mit der Bourgeoisie. Das Wesen des geschichtlichen Verlaufes liegt in der entgegengesetzten Entwicklung der objektiven und subjektiven Vorbedingungen der Revolution. Die objektiven Vorbedingungen waren in den besiegten Ländern maximal im Moment des militärischen Zusammenbruches. Die herrschenden Klassen hatten jede Autorität verloren. Ihr Gewaltapparat löste sich auf. Die Erbitterung der Massen, nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern und des Kleinbürgertums, ihre gefühlsmäßige, elementare Revolte gegen das Weiterbestehen des Systems, das den Weltkrieg mit all seinen Leiden heraufbeschworen hatte, war ungeheuer groß. Aber die wichtigste subjektive Vorbedingung einer siegreichen proletarischen Revolution, die Kommunistische Partei, war ideologisch und organisatorisch erst im Entstehen begriffen. Sie erstarkte rasch in den Kämpfen mit der Bourgeoisie. Aber ihre Erstarkung war in keinem Moment dieser geschichtlichen Periode rasch genug, um die gleichzeitig vor sich gehende Festigung der Macht der Bourgeoisie zu überholen, die Revolution unter den verschlechterten objektiven Vorbedingungen zum Siege zu führen.

i) die Hoffnung, daß das kapitalistische System im unmittelbaren Anschluß an die elementaren Revolten der Volksmassen bei Kriegsende in einer

ganzen Reihe von Staaten außerhalb der Sowjetunion gestürzt würde, hat sich als trügerisch erwiesen. Die Bourgeoisie hatte durch ihr großes Rückzugsmanöver Zeit gewonnen, um ihre Kräfte mit Hilfe der Reformisten zu konsolidieren und ihre Diktatur wieder aufzurichten. Es erfolgte die „Stabilisierung“ des Kapitalismus: das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie hat sich soweit zugunsten der Bourgeoisie verschoben, daß Kämpfe um die Macht vorläufig nicht mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden können.

Mittlerweile wurde die schwere Wirtschaftskrise, die die ganze kapitalistische Welt in dem Jahre 1920/21 durchmachte, in den neutralen und siegreichen Ländern vorläufig überwunden. Die wichtigsten Elemente dieser Krise, die nicht mit einer „normalen“ Krise im Kapitalismus gleichzusetzen ist, waren:

Das Zerfallen der kapitalistischen Welt in ein Ueber- und ein Unterproduktionsgebiet, Massenarbeitslosigkeit: in den Ueberproduktionsgebieten, da der Absatz wegen der allgemeinen Verarmung (insbesondere der unabhängigen Produzenten) stockte; in den Unterproduktionsgebieten, weil der materielle Produktionsapparat selbst während des Krieges zugrunde ging. Eine schwere Agrarkrise, da das verarmte Europa die Produkte der im Kriege rasch ausgedehnten Landwirtschaft der Ueberseeländer nicht kaufen konnte. Geldentwertung, weil die Bourgeoisie der meisten Länder das Defizit des Staatshaushaltes durch massenhaft gedrucktes Papiergeld deckte (und dadurch die Errungenschaften des Proletariats materiell annullierte).

Die Ueberwindung der Krise begann in jenen Ueberseegebieten, in denen der Kapitalismus noch eine aufsteigende Linie hat — vor allem in den Vereinigten Staaten und in den englischen Siedlungskolonien. Langsam erholten sich bis zu einem gewissen Grade auch die Ententeländer. Vorübergehend gewann die internationale Solidarität der Kapitalistenklasse aller Länder die Oberhand über die imperialistischen Gegensätze: die Bourgeoisie Mittel- und Osteuropas erhielt die Unterstützung Amerikas und Westeuropas, um die Unterproduktionskrise durch Kapitalimport zu überwinden, da bei Andauer der Zerrüttung der Wirtschaft die Gefahr einer Ausbreitung der proletarischen Diktatur nach dem Westen drohte. Die internationale Hilfe, die langsame wirtschaftliche Wiedererstarkung der unabhängigen Produzenten, Wiederbeginn der Akkumulation von Kapital, ermöglicht durch das Abflauen des revolutionären Kampfes der Arbeiter, sind die wesentlichsten Elemente der Stabilisierung in Ost- und Mitteleuropa.

j) Die Stabilisierung bedeutet aber keine einfache Rückkehr zu dem Vorkriegskapitalismus, nicht das Ende der Niedergangsperiode, nicht den Beginn eines allgemeinen, dauernden Aufstiegs des Kapitalismus, wie das die Reformisten verkünden!

Es geht ein Prozeß der Dezentralisierung des Kapitalismus vor sich. Während vor dem Kriege der Schwerpunkt der kapitalistischen Wirtschaft eindeutig in Westeuropa lag, befindet sich der Kapitalismus dieses Gebietes gegenwärtig in einem relativen Rückgang; die

früheren überseeischen Randgebiete des Kapitalismus machen eine sprunghafte Entwicklung durch: die Vereinigten Staaten bilden sich zu einem neuen Zentrum heraus.

In dem Verhältnis der imperialistischen Mächte zu den Kolonien vollzieht sich ein doppelter gegensätzlicher Prozeß. Der Krieg zerschlug zwei große Reiche: Oesterreich-Ungarn und die Türkei, und schuf an ihrer Stelle ein Dutzend unabhängige, sich tatsächlich im Schlepptau der imperialistischen Mächte befindende „Halbkolonien“. Ganz Osteuropa wurde „balkanisiert“. Im Gegensatz zu dieser Ausbreitung des halbkolonialen Gebietes in Europa* befinden sich die riesigen Kolonialgebiete Asiens und Nordafrikas, die die Grundlage der Extraprofite Westeuropas bildeten — allen voran China — in einer antiimperialistischen Revolution. Die Ausbeutung der kolonialen Völker wird immer schwerer, erfordert rasch steigende Kosten der militärischen Niederhaltung. Diese Revolution wird zweifellos siegreich sein; dadurch fällt eine der Säulen des Imperialismus. Die kolonialen Ueberprofite haben bereits abgenommen. Die Verminderung der kolonialen Ausbeutung führt zu einem verstärkten Wettbewerb der imperialistischen Mächte um die Beherrschung der Kolonien, da jede Macht den verminderten Ausbeutungsgrad durch Ausdehnung des Ausbeutungsgebietes kompensieren möchte. Als neuer Konkurrent treten immer entschiedener die Vereinigten Staaten in den Vordergrund.

Das Riesengebiet der Sowjetunion ist aus dem Kapitalismus ausgeschieden. Die geschlossene Kette des Kapitalismus ist endgültig gesprengt. Die Proletarier aller Länder sehen, daß die Kapitalisten überflüssig sind, daß das Proletariat fähig ist, die im Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte selbst zu beherrschen und planmäßig weiter zu entwickeln. Die Kenntnis dieser welthistorischen Tatsache setzt sich bei dem Proletariat aller Länder, trotz aller Gegenmanöver** durch, zerstört bei den breiten Volksmassen den Glauben an die Unentbehrlichkeit des Kapitalismus, einen der ideologischen Hauptpfeiler der Herrschaft der Bourgeoisie.

k) Die ökonomischen Ergebnisse der Stabilisierung dürfen nicht überschätzt werden. In dem halben Jahrhundert vor dem Kriege erweiterte sich das Volumen der kapitalistischen Produktion — ganz grob geschätzt — um durchschnittlich 3 Prozent jährlich. Dies würde für die Periode 1913 bis 1927 einen Zuwachs von 50 Prozent bedeuten. Wenn daher als großer Erfolg bezeichnet wird, daß gegenwärtig die Weltproduktion die der Vorkriegszeit erreicht oder um ein geringes überschritten hat, so muß dies mit der Entwicklung der Vorkriegszeit in Vergleich gebracht werden. Selbst in den letzten Jahren, nach der Stabili-

* Am widerspruchsvollsten ist die Lage Deutschlands. Seine Wirtschaft zeigt alle Merkmale des Imperialismus; es ist aber entwaflnet, seiner Kolonien beraubt, steht unter ausländischer Kontrolle, muß einen schweren Tribut zahlen. . . .

** Kapitalisten und Reformisten vereinigen sich, um das Proletariat von der Er kämpfung der Diktatur abzuschrecken. So lange die USSR mit den Folgen des Krieges, der Bürgerkriege, den Schwierigkeiten des Ueberganges und der Mißernte zu kämpfen hatte, war die Parole: „Diktatur des Proletariats bedeutet Elend und Hungersnot.“ Seitdem die Wirtschaft der USSR auf Grundlage der Nöp aufblüht, heißt es: „In Rußland gibt es keine Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern einen primitiven Kapitalismus, einen schlechteren Kapitalismus als anderswo.“

sierung, hat kein europäisches Land — vielleicht mit Ausnahme Deutschlands in der gegenwärtigen Hochkonjunkturphase — das durchschnittliche Ausdehnungstempo der Vorkriegszeit erreicht*.

Es ist dem europäischen Kapitalismus ferner nicht gelungen, die *chronische Massenarbeitslosigkeit* zu überwinden, das ganze Proletariat in dem Produktionsprozeß zu beschäftigen. *Rationalisierung* und *technischer Fortschritt*, als Hauptmethoden der Herabsetzung der Lohnkosten, zu welchen die Bourgeoisie der einzelnen Länder in ihrem Kampf um den Absatz gezwungen ist, vermindert relativ zum Produktionsvolumen die Zahl der produktiven Arbeiter *beigleichzeitiger Steigerung der Ausbeutung*. Im Gegensatz zur früheren Periode der geographischen Ausdehnung und des inneren Ausbaues der kapitalistischen Produktionsweise ist der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Niedergangsperiode nicht imstande, die freigesetzten Arbeiter wieder mit Arbeit zu versehen**.

Die *Agrarkrise* hat sich zwar in den letzten Jahren gemildert, die Schere fast geschlossen; es ist aber zweifellos, daß bei der nächsten akuten Weltwirtschaftskrise — deren Herannahen in den Vereinigten Staaten und Deutschland offensichtlich ist — die Agrarkrise wieder mit voller Schärfe hervortreten wird.

Es ist selbstverständlich, daß neben diesen, die gegenwärtige Periode des Kapitalismus besonders kennzeichnenden Momenten, die den Kapitalismus in allen Perioden gemeinsamen inneren Widersprüche, die ihn zu einer Gesellschaftsform von labilem Gleichgewicht machen, auch weiter bestehen.

1) Auch die *politische Form der Diktatur der Bourgeoisie* hat sich in der Niedergangsperiode gewandelt. An Stelle der durch die parlamentarische Demokratie verhüllten Diktatur der Bourgeoisie ist in weiten Gebieten Europas das *Regime des Terrors der Bourgeoisie* getreten. *Parlamentarismus* und *Demokratie* werden offen beiseite geschoben (Italien, Spanien, Polen) oder durch Terror zu einer *Komödie* gemacht (Balkan). Die parlamentarische Demokratie ist die *Ideologie* und die *Herrschaftsform* des aufsteigenden Kapitalismus, wo die Bourgeoisie noch den Glauben hatte, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten; der *faschistische Staat*, der *systematische Terror* im Interesse der

* Wenn wir die Weltproduktion von Kohle und Roheisen als richtunggebend nehmen, erhalten wir folgende Reihen:

	Stein- u. Braunkohle Mill. To.	Jährliche Zunahme in %	Roheisen Mill. To.	Jährliche Zunahme in %
1865	188	—	9,1	—
1875	283	5,05	14,1	5,60
1885	407	4,38	19,8	4,04
1895	583	4,35	29,4	4,84
1905	914	5,68	54,8	8,64
1913	1216a)	4,00	77,2	5,02
1925b)	1188a)	-- 0,23	75,2	-- 0,26

a) Ohne Braunkohle. b) Die Daten für 1926 sind wegen des englischen Kohlenstreiks zum Vergleich schlecht geeignet.

** Im August 1927, am Höhepunkt der Hochkonjunktur in Deutschland, gibt es noch immer 5 Prozent Arbeitslose in den Gewerkschaften; soviel als in der Vorkriegszeit in den schwersten Krisenphasen.

Kapitalisten ist die adäquate Regierungsform der Niedergangsperiode, wo die Herrschaft der Bourgeoisie akut bedroht ist.

m) Die bloße Existenz der im sozialistischen Aufbau vorwärtsschreitenden Sowjetunion ist der beste Beweis des Anhaltens der Niedergangsperiode des Kapitalismus. Sie ist zugleich die größte Bedrohung für den Kapitalismus, denn sie bildet den Polarisierungspunkt aller antikapitalistischen, aller anti-imperialistischen revolutionären Kräfte.

Die Kapitalisten der ganzen Welt rüsten, um die Sowjetunion niederzuschlagen. Alles, was an dem weiteren Bestand der Ausbeutung jeder Art interessiert ist, strebt nach einer Vereinigung gegen den „Feind der Zivilisation“. Während aber in unserem Lager eine auf der Gemeinsamkeit des Zieles beruhende prinzipielle Einigkeit herrscht, wird das Heerlager der Bourgeoisie durch die imperialistischen Gegensätze immer wieder gespalten. Die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten — in einem späteren Zeitpunkt der gegebene Führer des antirevolutionären Kampfes als stärkste kapitalistische Macht — fühlt sich heute noch nicht unmittelbar von der proletarischen Revolution bedroht. Der Gegensatz gegen die zwei anderen imperialistischen Weltmächte — England und Japan, ist heute noch stärker als der Gegensatz zur UdSSR. Die Versuche Englands, die europäischen Staaten in einem Blocke gegen die UdSSR zu vereinigen, hat alle verdeckten Gegensätze des balkaniserten Ost- und Mitteleuropa aufgedeckt. Die Bourgeoisie der mit der Union unmittelbar benachbarten Länder zögert, in den Krieg zu ziehen, da eine Niederlage den sofortigen Sturz ihrer Herrschaft nach sich ziehen würde usw.

Die Bourgeoisie der Welt, von inneren Gegensätzen gespalten, zögert mit dem Angriff. Unterdessen verschärfen sich die imperialistischen Gegensätze, mehren und organisieren sich die antikapitalistischen und antiimperialistischen Kräfte im Gebiet der Bourgeoisie, hebt sich die Wehrfähigkeit der UdSSR mit dem Fortschritt der Industrialisierung. All das drängt die Bourgeoisie der Welt zum Losschlagen. . . .

n) Die Niedergangsperiode des Kapitalismus, d. h. die Periode der proletarischen Revolution, ist nicht zu Ende. Wir stehen nicht am Beginn einer neuen Aufstiegsperiode des Kapitalismus. Der Kapitalismus hat seine relative Festigkeit, die er vor dem Kriege besaß, nicht wiedergewonnen und wird sie niemals mehr wiedergewinnen. Wir leben in der Periode der proletarischen Revolution. Innerhalb dieser Periode kann der Kapitalismus zeitweilig noch kurzlebige Hochkonjunktoren erzielen, kann dem Proletariat Niederlagen beibringen, über die antiimperialistische Freiheitsbewegung der Kolonialvölker Siege feiern: all dies ändert nichts an der Tatsache, daß das Sterben des Kapitalismus im Gange ist.

ANDREW ROTHSTEIN:
UEBER LENINS METHODE

(Was die Komintern aus der Russischen Revolution gelernt hat)

Einer der Hauptvorwürfe der Feinde der Kommunistischen Internationale gegen uns ist, daß bei uns die Kommunistische Partei der Sowjetunion eine Ausnahmestellung als Führer und Organisator einnimmt. Dieser Zug ist ohne Zweifel erstaunlich für jene, die in einer Arbeiterinternationale nichts anderes sehen als eine Gesellschaft von Parteibeamten, die sich, meist schriftlich, und alle drei Jahre einmal auf einem Kongreß, gegenseitig ihre Bewunderung aussprechen.

Klassenbewußte Arbeiter, die eine andere Auffassung von einer Internationale haben, finden hierin nichts Ueberraschendes. Sie betrachten die Internationale als ein Weltinstrument der Arbeiterklasse für ihren Kampf gegen die Kapitalisten. Aus dieser Auffassung heraus erscheint es ihnen nur natürlich, daß die Erfahrung und der Rat einer Partei, die es bereits vermocht hat, die Kapitalisten auf einem gewaltigen Teil der Erdoberfläche zu stürzen, besonders beachtet werden.

Einer der Hauptzüge der Komintern ist es darum, daß sie die Fortführung und Ausweitung der revolutionären Erfahrungen verkörpert nicht nur der internationalen Arbeiterklasse, sondern im besonderen des siegreichen Proletariats der Sowjetunion. Die Komintern dankt den Arbeitern der USSR mehr als nur das Asylrecht, das sie ihrem leitenden Organ und ihren verfolgten Mitgliedern gewähren. Sie dankt ihnen die Lehren ihrer langen Kämpfe unter der Führung Lenins — Lehren, die für die Arbeiter die Kunst zu siegen in sich schließen.

Es ist daher durchaus am Platze, daß im Zusammenhang mit dem zehnten Jahrestag der Novemberrevolution die Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter der Lehren gedenken, die die gesamte Kommunistische Internationale aus den revolutionären Erfahrungen der russischen Arbeiterklasse gezogen hat. Welches sind die hauptsächlichsten dieser Lehren?

Dank dem Beispiel der russischen Partei haben die Sektionen der Kommunistischen Internationale sich daran gewöhnt, ihren Diskussionen über die Strategie und Taktik der Partei eine sorgfältige Analyse der politischen und ökonomischen Situation voranzugehen zu lassen. Der hauptsächlichste Gegenstand der Debatten auf vielen Parteikonferenzen und zahllosen Parteiversammlungen der alten bolschewistischen Partei war der „gegenwärtige Moment“. Hier lernten es die russischen Genossen, einen Ueberblick zu gewinnen über die allgemeine Lage und in großen Zügen jenen allgemeinen Untergrund sozialer Strömungen zu umreißen, der allein eine korrekte marxistische Bestimmung der Taktik ermöglichte, die die Partei befolgen sollte. Lenin wurde niemals müde, solche Querschnitte des historischen Prozesses zu ziehen. Auf diese Weise

entwickelte die bolschewistische Partei nicht nur eine richtige Auffassung der Rolle der Partei im allgemeinen revolutionären Kampf innerhalb Rußlands, sondern auch der Zusammenhänge zwischen dem Kampf gegen den russischen Imperialismus und den Gegensätzen innerhalb des Weltimperialismus. Und dies war die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung eines wirklichen Selbstvertrauens und Selbstbewußtseins innerhalb der Partei.

Die Methode der bolschewistischen Partei ist heute die Methode der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen geworden. Die gründlichen Debatten auf dem 5. Weltkongreß im Jahre 1924 und auf der Erweiterten Exekutive im Jahre 1925 über den Grad und die Tendenzen der Stabilisierung innerhalb des Weltkapitalismus sind noch immer ein Leitstern für das Handeln der Kommunistischen Internationale, obwohl seitdem bereits mehr als zwei Jahre vergangen sind. In der Erfahrung unserer eigenen englischen Partei hat die auf den letzten drei Parteikongressen durchgeführte Analyse der internationalen und der englischen Kampffronten der Aktivität unserer Partei eine breite Grundlage geschaffen, der weder die Labour Party noch die Independent Labour Party mit ihrer hilflosen, von der Hand in den Mund lebenden Politik ähnliches an die Seite stellen können.

War dieses Blatt des russischen Buches für uns ein Gewinn? Zweifellos. Immer wieder hat sich, wie das Horner in seiner Begrüßungsrede auf unserm Parteikongreß darlegte, unsere Analyse als richtig erwiesen, während die Prophezeiungen des „Aufschwungs“, des „Wirtschaftsfriedens“, „einer neuen Aera kapitalistischer Expansion“ usw., die von den glänzendsten bürgerlichen Oekonomen und Finanzkennern, von den angesehensten „sozialistischen“ Politikern ausgingen, sich als absolut falsch erwiesen. Indem wir uns die marxistische und leninistische Methode aneignen, lernen wir es, objektive Selbstkorrektur zu üben, dank ihr hat sich unsere Perspektive als richtig erwiesen. Außerdem wirkte diese selbe Methode der Entwicklung des Opportunismus oder Sektierertums innerhalb der Partei entgegen, die beide im Grunde nur das Ergebnis des verlorenen Glaubens an die Arbeiter und an den revolutionären Prozeß sind. In der Labour Party und in der Independent Labour Party haben dagegen die Methoden einer hilflosen, von der Hand in den Mund lebenden, eklektischen Politik, von den Führern „hervorgezaubert“, so wie der Jahrmarktsgaukler aus einem Hut Kaninchen hervorzaubert, als Ermutigung sowohl wie als Schirm für den Opportunismus des denkbar schlimmsten Typus gedient — einen Opportunismus, der nicht das Schicksal oder die Bedürfnisse der Arbeiterklasse sieht, sondern das eine oder andere Pflästerchen („Mindestlohn“, „Besteuerung der Uebergewinne“ usw.), das die Massen für den Moment ablenkt.

Als Ergebnis unserer Würdigung unserer eigenen Kämpfe als Teil eines Weltprozesses lernt unsere Internationale und lernen unsere Parteien Schritt für Schritt die Erfahrungen der anderen Sektionen verwerten. In der alten Vorkriegsinternationale lebten die sozialistischen Parteien, deren revolutionärer Internationalismus aufgefressen worden war durch die Praxis der Klassenzusammenarbeit, genau so isoliert und unabhängig wie ihre „eigene“ Bourgeoisie. Sehr, sehr selten — bei-

spielsweise während der Diskussionen über den Generalstreik — machte die Zweite Internationale einige Anstrengung, die Erfahrungen der verschiedenen Parteien zu verwerten; und selbst dann — 1914 war der Beweis — waren ihnen Versuche dieser Art nur eine Gelegenheit zu allgemeinen Phrasen über die „gegenseitige Solidarität“, anstatt zu wirklichem Studium und wirklicher Ausnützung der Lehren für die verschiedenen Länder. Heute, in der „neuen“ Zweiten Internationale, hat man selbst diesen äußeren Schein fallen lassen. Das höchste Prinzip der Zweiten Internationale ist die „Autonomie“ ihrer Parteien, und die „Nichteinmischung“ ist die Grundnote ihres Glaubens. Jede Sektion muß die Freiheit haben, die Arbeiter an die Kapitalisten auf ihre Art zu verkaufen, „in Harmonie mit den nationalen Traditionen“.

Anders in der bolschewistischen Partei. Es hat kaum ein einziges politisches Ereignis von Bedeutung während der langen Jahre des Kampfes vor der Revolution gegeben, das von der Partei nicht zergliedert, einer gründlichen Analyse im Lichte jeder irgendwie erreichbaren Information unterzogen, immer und immer wieder durchdiskutiert, das nicht ausgewertet wurde zu direkten konkreten Lehren für den Kampf der russischen Arbeiter. Die Bände der Leninschen Schriften aus den Jahren 1906/07 bis 1914 sind in dieser Beziehung besonders reich an Beispielen. Durch ihre Seiten zieht sich ein Strom von Ereignissen in vielen verschiedenen Ländern, von Lenin aufs gründlichste ausgewertet, um aus ihnen irgendeine Lehre für die intelligentesten russischen Arbeiter zu ziehen: unter ihnen nicht wenige, die wir als aus unserer eigenen Bewegung stammend erkennen werden — Konferenzen der British Socialist Party und Independent Labour Party, die Frage der Zulassung der British Labour Party zur Internationale, Asquiths Home Rule Bill und der Aufstand von Ulster, der Bergarbeiterstreik von 1912 usw.

Und auch hier hat die Internationale die Methoden der bolschewistischen Partei übernommen. Wir können mit Stolz sagen, daß in den acht Jahren ihres Bestehens sich kaum eine einzige Frage vor der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft in irgendeinem Lande der Welt erhoben hat, die die Kommunistische Internationale nicht zu ihrer eigenen gemacht und ausgenützt hätte für die Klärung der marxistischen und leninistischen Prinzipien. Das Versagen der italienischen sozialistischen Partei im Jahre 1920, die es nicht vermochte, die Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter hinüberzuleiten in die Eroberung der Macht; der Versuch der deutschen Kommunisten im Jahre 1921, in den direkten Kampf um die Macht einzutreten, ohne es verstanden zu haben, sich in Kämpfen für bestimmte und praktische Forderungen den Rückhalt der Arbeiterklasse zu sichern; die Fehler von Mitgliedern unserer eigenen Partei im Jahre 1922, die bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik mehr die Führer im Auge hatten als die Massen; der katastrophale Beschluß der bulgarischen Partei im Jahre 1923, der die Arbeiter aufforderte, in einem bewaffneten Konflikt zwischen der faschistischen Bourgeoisie und der Bauernschaft „neutral“ zu bleiben; der Kampf gegen den Dawes-Plan im Jahre 1924 —, das sind nur einige wenige Beispiele aus einer ganzen Reihe, die die kommunistischen Parteien zu diskutieren und zu studieren gelernt haben.

War die Lehre von Nutzen? Wenn wir unsere eigene Erfahrung nehmen, so können wir nicht anders als mit ja antworten. Zweifellos war der Hauptfaktor, der unsere Partei antrieb, frühere Irrtümer in der Gewerkschafts- und Labour-Party-Arbeit zu korrigieren, ihre eigene Erfahrung. Aber ist es nicht eine Tatsache, daß die Durchführung ausgedehntester Einheitsfrontkampagnen (in der Minderheitsbewegung, mit der Independent Labour Party usw.) unser Selbstvertrauen stärkte dank dem Bewußtsein, daß die gesamte praktische Erfahrung der Kommunistischen Internationale für ihre Richtigkeit bürgte? Oder nehmen wir eine Situation, für die wir in unserer eigenen Erfahrung keinerlei Vorbild hatten — den Generalstreik: der Beschluß, die Losung einer „Arbeiterregierung“ am dritten Tage des Streikes auszugeben, ist nicht zum geringsten Teil zurückzuführen auf das kollektive Bewußtsein der Notwendigkeit, den Kampf auf eine höhere politische Ebene zu heben, geboren aus der Erfahrung der kommunistischen Parteien in Italien, Bulgarien und anderen Ländern.

Doch es gibt noch weitere Gelegenheiten für das Studium internationaler Erfahrung. Das Beispiel unserer österreichischen Bruderpartei, die während der Wiener Erhebung im letzten Juli nur so weit ging, wie unsere Partei, indem sie die Losung eines Regierungswechsels ausgab, und nicht verstand, daß die Erhebung eine höhere Stufe darstellte als der Generalstreik und darum eine revolutionäre Losung erforderte: „Bildet Sowjets!“ — dies ist ein Beispiel. Wir können jedoch heute schon sagen, daß die Kommunistische Internationale, als eine wirklich funktionierende Körperschaft, unendlich höher steht als die Zweite Internationale, weil sie die Erfahrungen der russischen Partei in früheren Jahren übernimmt und ausweitet.

Eine andere höchst wichtige Konsequenz der Tatsache, daß wir den internationalen Kampf gegen den Kapitalismus nie aus dem Auge verlieren, war die Herauskristallisierung der Politik der „Einheitsfronttaktik der Arbeiter gegen die Ausbeuter“ und „des Bündnisses zwischen den Arbeitern und allen Ausgebeuteten“ — in erster Linie und vor allem der Bauernschaft. Denn diese Politik dankt die Kommunistische Internationale direkt der alten russischen bolschewistischen Partei.

Wir würden in der Theorie und Praxis der Zweiten Internationale und aller reformistischen Parteien heute und in der Vorkriegszeit vergebens nach einer solchen Politik suchen. In den meisten vorgeschrittenen europäischen Ländern begnügte sich die in der Vorkriegszeit während der Jahre der imperialistischen Ueberprofite entstandene reformistische Bürokratie mit der Organisierung der oberen Schichten der Arbeiter, und zwar nur zu Zwecken eines sanften Druckes auf den kapitalistischen Geldbeutel, nicht aber eines wirklichen Kampfes gegen den Klassenfeind. Die unorganisierte Mehrheit der Arbeiter, im besonderen die ungelernten, waren sich selbst überlassen, und kein Mensch dachte an irgendeine allumfassende Organisation — in der Art der Fabrikkomitees —, um die Arbeit der Gewerkschaften zu vervollständigen durch die Mobilisierung der gesamten Kräfte der Arbeiterklasse. Die Bauernschaft interessierte das internationale sozialistische

Büro überhaupt nicht, höchstens als Gegenstand akademischer Studien; man betrachtete sie sogar voller Furcht, als das traditionelle Werkzeug der Bourgeoisie zur Niederschlagung von Arbeiterrevolten (wie während der französischen Revolution, der Pariser Kommune usw.). Und auf die sichersten Verbündeten der Arbeiter, die ausgebeutete Bauernschaft und das Proletariat der Kolonialländer wurde mit der gleichen hochmütigen Verachtung herabgeblickt, als der Beachtung eines Marxisten unwürdig, wie sie in dem famosen Argument des Mr. J. H. Thomas in Scarborough im Jahre 1925 zum Ausdruck kam, der in Beantwortung der von den Kommunisten eingebrachten Resolution mit der Forderung nach dem Rechte vollständiger Loslösung für die Kolonialvölker erklärte: „Wenn dieser Kongreß die Resolution annimmt, so wird sie zur Unabhängigkeit für Kenya führen.“

Wenn wir uns dagegen den Resolutionen, Diskussionen, Programmen der bolschewistischen Parteikonferenzen und Versammlungen zuwenden, so sehen wir ein anderes Bild. Wir erkennen hier, in russischer Verkleidung und den russischen Bedingungen angepaßt, alle charakteristischen Prinzipien der Strategie und Taktik, die heute auf einer höheren Stufenleiter das Rüstzeug der Kommunistischen Internationale bilden. Und das ist nicht überraschend, und noch weniger ist es etwas, dessen man sich zu schämen hätte: denn diese Prinzipien wurden erprobt durch eine siegreiche Machteroberung.

Die Bolschewiki eroberten die Führung über die Arbeiter von den Menschewiki in den Gewerkschaften der alten illegalen und halbillegalen Zeit, seit 1909, durch ihre hartnäckige Anwendung der wirklichen Einheitsfronttaktik — durch die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Front aller, die bereit sind zum wirklichen Kampf gegen die Kapitalisten, ohne dabei das revolutionäre Gesicht der Kommunisten und ihr Recht auf Kritik preiszugeben. In einem weit größeren Moment noch — in der Novemberrevolution — resümierten die Bolschewiki die langen Jahre ihres Kampfes für ein Bündnis zwischen den Arbeitern und der Bauernschaft gegen die Bourgeoisie (der Felsen, an dem der Menschewismus endgültig zersplitterte) durch ihren Block mit den Linken Sozialrevolutionären in der ersten Sowjetregierung (November 1917 bis Juni 1918).

Und die Kommunistische Internationale sieht heute in der Stellung der Kommunistischen Partei der SU zur chinesischen Revolution die folgerichtige Fortsetzung ihrer alten Stellung zu den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern als Verbündete des Proletariats der imperialistischen Länder —, deren Beispiel die Arbeit der Partei in Lettland, Finnland, Polen vor der Revolution, und ihre großen Anstrengungen in Zentralasien, in den tartarischen Republiken, im Kaukasus usw. seit der Revolution sind.

Hier ist gleichfalls kein Raum für einen Zweifel an dem Wert dieser Lehren. Leider haben bis jetzt nicht viel Parteien die Energie gezeigt oder die Möglichkeit gehabt, sie in ihren eigenen Kämpfen anzuwenden, soweit es ein Kampfbündnis mit den Kolonialvölkern betrifft. Die französische Partei, unsere eigene Partei, die holländische Partei haben hier mehr Mißerfolge als Erfolge zu buchen. Nichtsdestoweniger sind wir uns in England klar über den Zusammenhang des letztjährigen, auf Tod und Leben geführten Kampfes zwischen Kapital und Arbeit in England und den Siegen

der chinesischen Revolution. Was das Bündnis mit den Bauern und vor allem die Einheitsfront der Arbeiter gegen den Kapitalismus anbelangt, so sind diese bei einer Anzahl von Parteien heute schon mehr als nur Hoffnungen und Losungen. Unser eigener Fortschritt in der Gewerkschaftsbewegung, die Erfolge der deutschen Partei in der Volksabstimmung über die Hohenzollern-Enteignung im vergangenen Jahre und die letzten Wahlen in den Ländern, der Fortschritt der französischen Parteien unter der Bauernschaft, die glänzenden Leistungen der italienischen Partei auf dem Gebiete der Wiederaufrichtung der Gewerkschaftsbewegung, ihrer Illegalität und den Verfolgungen durch die Faschisten zum Trotz —, diese und andere konkrete Beweisstücke reden eine immer deutlichere Sprache.

Die Komintern hat aus der Erfahrung der russischen Bolschewiki die Lehre gezogen, daß die allersorgfältigste marxistische Analyse und die bestmögliche Strategie die arbeitende Klasse nicht zu befreien vermögen, wenn sie nicht eine kommunistische Partei besitzt, die im wesentlichen eine wirklich arbeitende, nicht nur redende Körperschaft ist, und die es versteht, die Führung der Massen durch ihre zentralisierte und disziplinierte Arbeit auf Hunderten verschiedener Gebiete des Klassenkampfes zu sichern.

Die stärkeren Parteien der alten Internationale hatten Parteibeamte in vielen verschiedenen Zweigen der proletarischen Aktivität, — Gewerkschaften, Genossenschaften, Parlament, Presse usw., und waren stolz auf ihre Parteidisziplin. Aber diese Disziplin war eine bürokratische Disziplin, die die „Massen“ der Partei an die „Führer“ der Partei und ihren Apparat band. Das Ziel der Parteiführer war nicht, die Massen zu mobilisieren für den Sturz des Kapitalismus, sie wollten vielmehr auf dem Wege parlamentarischer Abstimmungen in eine Position gelangen, in der sie die Möglichkeit hätten, die Kapitalisten zur Abgabe eines Teiles der imperialistischen Profite an „ihre“ Arbeiter zu überreden. Ihr Ziel war, die Bewegung in der bestmöglichen Weise der kapitalistischen Gesellschaft anzupassen. Daher wollten sie keine aktive Masse: was sie wollten, waren Wähler, die die Führer zur rechten Zeit unterstützten. Die Führer waren alles, die Parteimitglieder waren nur zum Wählen da.

Es ist natürlich, daß, als die Führer ihre Positionen in den verschiedenen angeführten Organisationen gesichert sahen, ihre Sorge nicht war die Förderung irgendeiner folgerichtigen revolutionären Politik — denn es gab keine revolutionäre Politik —, sondern der besonderen Interessen ihrer Organisation oder ihrer besonderen Beamtengruppe innerhalb dieser Organisation. Die sozialistische Disziplin existierte für die „Masse“, aber sie war nicht vorhanden für die Führer, die ihr eigenes Gesetz hatten und sehr oft die Führer einer eigenen Fraktion innerhalb der Partei wurden.

Auf dieser Basis entwickelte sich natürlich der ausgesprochenste und schamloseste Opportunismus, im besonderen unter den Parlamentariern und Gewerkschaftsführern.

Die bolschewistische Partei war auf durchaus anderen Prinzipien aufgebaut. Sie dankt ihren Ursprung Lenins Kampf auf dem Parteikongreß

der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1903 für eine Partei, basiert auf der Mitarbeit jedes einzelnen Parteimitgliedes in irgendeiner Parteiorganisation und nicht auf der bloßen „Anerkennung“ des Parteiprogramms und der Zahlung der Parteibeiträge, wie das die Menschewiki forderten. Hinter diesem Kampf verbirgt sich der Kampf zwischen den beiden verschiedenen Auffassungen von „Führer“ und der „Masse“. Wenn alle Parteimitglieder in irgendeinem Zweige revolutionärer Aktivität tätig waren, wurde es zur wichtigsten Aufgabe für die Führer, diese Arbeit zu koordinieren und zu leiten, und damit wurden die Grundlagen geschaffen für eine Disziplin, basiert auf dem gemeinsamen Interesse und Vertrauen. Wenn man sich hingegen darauf beschränkte, von den Parteimitgliedern die „Anerkennung“ eines Programms zu fordern, war sofort der Weg offen für eine Partei großer „Führer“ und passiver, dumpfer und gehorsamer „Massen“. Die eine Auffassung war unerlässlich für eine Partei, deren Ziel die Untergrabung und der Sturz des Kapitalismus war; die andere war ausreichend für eine Partei, der es darum zu tun war, in dem bestmöglichen Verhältnis mit dem Kapitalismus zu leben. Daher entschieden sich die bolschewistischen Arbeiter für die eine, während sich die menschewistischen kleinbürgerlichen Intellektuellen für die andere entschieden.

Der Unterschied zwischen den beiden Auffassungen und der Unterschied in der Stellungnahme zur Parteidisziplin, der davon nicht zu trennen ist, zeigt sich heute ständig auf internationaler Stufenleiter in dem gegenwärtigen Kampfe zwischen der Kommunistischen Internationale und der sogenannten „Sozialistischen Arbeiterinternationale“. In unserm Lande wird es nicht schwer sein, die gleichen feindlichen Prinzipien in dem Kampfe zwischen unserer Partei und der liberalen Führerschaft der Labour Party aufzuzeigen. Lenin weist in seinem Buche über die „Kinderkrankheiten“ auf einige der Zusammenhänge zwischen den organisatorischen Prinzipien der Kommunistischen Internationale von heute und jenen der russischen Bolschewisten in den verflossenen Jahren hin. Es ist einer der dringendsten Gründe für die schnellstmögliche Uebersetzung der wichtigsten vorrevolutionären Schriften Lenins ins Englische, daß wir in dem Maße, wie die Zeit voranschreitet und unsere Arbeit komplizierter und schwieriger wird, mehr und mehr die Führung der bolschewistischen Erfahrung benötigen.

Es bedarf nicht vieler Worte darüber, daß die heutige kommunistische Stellung zur Frage der revolutionären Ausnützung des Parlaments — als Tribüne zur Sammlung der Massen für den Sturz des Kapitalismus, nicht aber als Mittel zu seiner schmerzlosen Ueberwindung — nichts gemein hat mit der offiziellen Politik der alten Zweiten Internationale, daß sie vielmehr das direkte Ergebnis ist der Theorie und Praxis der russischen bolschewistischen Partei (insbesondere der Jahre ihrer legalen parlamentarischen Arbeit von 1912 bis 1914). Dasselbe trifft zu auf die kommunistische Politik in den Gewerkschaften, Genossenschaften usw. —, auf die Politik der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiter durch die tätige Teilnahme an ihren Tageskämpfen unter gleichzeitigem Hinweis auf die Notwendigkeit, diese Kämpfe auszuweiten zum Kampf gegen den Kapitalismus auf der ganzen Front.

Das trifft auch zu auf die Frage der Fraktionen innerhalb der Partei. Die

Kommunistische Internationale und alle ihre Sektionen wissen durchaus, wieso die Sozialdemokraten aller Länder (und im besonderen die russischen Menschewiki) die Trotzki-Opposition begrüßen als lang verlorene Brüder, sie wissen es dank ihrer Bekanntschaft mit der Geschichte des Kampfes für die Parteidisziplin innerhalb der Bolschewistischen Partei, sowohl vor als seit der Revolution.

Das sind einige der Hauptfragen, in denen die Kommunistische Partei und die Kommunistische Internationale als Gesamtheit der Erfahrung der Bolschewistischen Partei und dem Werke Lenins direkt zu Dank verpflichtet sind. Noch etwas müssen wir uns mit besonderem Nachdruck an diesem, dem Zehnten Jahrestag der Ersten Sozialistischen Revolution ins Gedächtnis rufen: die Tatsache, daß unsere Bruderpartei der Sowjetunion uns so viele objektive Lehren gegeben hat darüber, wie man an die Aufgabe des sozialistischen Aufbaues, allen Schwierigkeiten zum Trotz, herangehen muß, sobald man die Macht erobert hat. Wenn wir es lernen, den Moskauer Weg der Eroberung der Macht zu gehen, so dürfen wir sicher sein, daß es in der Folge nicht weniger wertvoll sein wird, den Moskauer Weg zum Aufbau einer sozialistischen Ordnung gehen zu lernen.

Wollen wir unsere erste Aufgabe gründlich leisten. Das wird ein guter, ein richtiger, ein nützlicher Entschluß sein für jeden Kommunisten am 7. November 1927.

PHILIPP DENGEL:

DER EINFLUSS DER REVOLUTION IN RUSSLAND AUF DIE DEUTSCHE ARBEITER- BEWEGUNG

Die mächtige Entwicklung des deutschen Imperialismus in der Vorkriegszeit hatte in dem größten Teil der deutschen Arbeiterschaft den Gedanken an die Revolution gründlich vernichtet. Die faktische Oberherrschaft einer durch und durch reformistischen Gewerkschaftsbürokratie innerhalb der sozialdemokratischen Partei war nur der Ausdruck für das Gefühl der Interessengemeinschaft der Arbeiteraristokratie mit der imperialistischen Aufwärtsentwicklung. Es schien zwar so, als ob das marxistische Zentrum die Grundprinzipien des Marxismus gegen den Revisionismus verteidigte; aber die theoretische Auseinandersetzung mit dem Revisionismus war längst zum Eklektizismus entartet, er wurde nicht befruchtet von der Beziehung der Theorie auf die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus und die daraus sich ergebenden Klassenkampfaufgaben. Die rasch sich zuspitzenden internationalen Gegensätze und die daraus sich ergebende Kriegsgefahr (Wettrüsten, Marokkofrage, vorderasiatische Frage) wurden zwar auf internationalen Kongressen behandelt; aber man kam über Deklamationen nicht hinaus. Auch das marxistische Zentrum machte keinen einzigen konkreten Vorschlag zur Vorbereitung der Arbeiterschaft auf den

Krieg. Hinter dieser praktischen Untätigkeit verbarg sich in Wirklichkeit die wachsende Solidarität mit dem eigenen „Vaterland“, d. h. mit der kapitalistischen Gesellschaft, mit dem Imperialismus des eigenen Landes. Das verhängnisvolle Wort August Bebel, daß er bei einem Krieg mit dem Zarenrußland selbst noch das Gewehr auf den Buckel nähme, das in zahlreichen Versammlung von sozialdemokratischen Rednern mit Stolz zitiert wurde, war schon der Ausdruck der Kapitulation vor dem Imperialismus, wenn auch versteckt hinter scheinradikaler Umkleidung.

Der kleine Kreis revolutionärer Marxisten um Rosa Luxemburg und um Franz Mehring verfügte nur über einen geringen Anhang. Die Tendenzen innerhalb der Arbeiterschaft selbst und das Gewicht der Tradition waren so schwer, daß diese Gruppe revolutionärer Marxisten, die zu ihrem Widerstand gegen die Entartung der Partei notwendigen organisatorischen Maßnahmen nicht finden konnten. Selbst Karl Liebknecht hat am 4. August noch nicht den Schritt aus der Disziplin einer durch und durch verfaulten Partei gewagt.

So verfügte diese Gruppe revolutionärer Sozialdemokraten bei Ausbruch des Krieges weder über eine eigene Organisation, noch über irgendwelche revolutionäre Erfahrung. Zwar hat Karl Liebknecht durch sein Beispiel und seine Tat ungeheuer revolutionierend gewirkt; aber die einzelne Tat konnte nicht den Mangel an Organisation und Erfahrung ersetzen. So bewundernswert die Tätigkeit der revolutionären sozialdemokratischen Gruppen während des Krieges gewesen ist, ihr Einfluß ging nicht in die Breite. Die schwächliche pazifistische Agitation der USP verwirrte mehr, als daß sie die wachsende Unzufriedenheit und Empörung hätte sammeln und auf ein Ziel richten können.

Die Februarrevolution in Rußland, der Sturz des Zarismus, war in der Wirkung auf das deutsche Proletariat an den Fronten wie in den Betrieben durchaus nicht einheitlich. Zwar wurde allgemein die Friedenssehnsucht größer; aber die große Mehrheit dachte an einen imperialistischen Frieden, an den Frieden des siegreichen kaiserlichen Deutschland. Der beispiellose Zynismus der Sozialimperialisten, die doch mit Berufung auf den Kosaken-einfall ihren Verrat vom 4. August verteidigt hatten, benutzte den Zusammenbruch des Zarismus und die Erleichterung der Lage der kaiserlichen Heere im Osten zu einer noch festeren Bindung an den deutschen Imperialismus.

Die deutsche Arbeiterschaft sah die Entwicklung der Ereignisse in Rußland seit dem Februar in einer ungeheuren Verzerrung. Die USP, zwar pazifistisch eingestellt, aber nicht defaitistisch im revolutionären Sinne, konnte die Kämpfe der Arbeiterschaft und der Bauernmassen gegen die beginnende Konsolidierung der russischen Bourgeoisie im Kompromiß mit den Gutsbesitzern nicht begreifen. Auf die Möglichkeit einer siegreichen proletarischen Revolution in Rußland, in diesem zurückgebliebenen Agrarland, war niemand vorbereitet. Deshalb sahen die Massen der deutschen Arbeiter in den Kämpfen nach dem Februar nur das Chaos als Folge der Revolution und des Druckes durch die deutschen Heere.

So ist es zu verstehen, daß die unmittelbare Wirkung der Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterschaft nur gering war. Aber es begann doch

sofort ein Kontakt von der Ostfront her, verstärkt durch die Friedensverhandlungen und durch das Bekanntwerden der Maßnahmen der Sowjetregierung, die bewiesen, daß jetzt die Macht tatsächlich in die Hände der Arbeiter übergegangen war. Die Februarstreiks, die rasche Zersetzung nach dem Scheitern der Offensive im Westen sind ohne diese Wirkung undenkbar.

Grundlegend freilich konnte die Situation innerhalb der deutschen Arbeiterschaft nicht geändert werden. Dazu fehlte es an theoretischer Klarheit und an Organisation. Der Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland im November 1918, sicherlich zum Teil beeinflußt durch die Oktoberrevolution in Rußland, gab der deutschen Arbeiterschaft die Macht in die Hände. Die Bourgeoisie war zunächst zu jeder Gegenwehr unfähig. Die deutsche Arbeiterschaft hat damals von der russischen Revolution die Arbeiter- und Soldatenräte übernommen. Da aber die Parteiorganisation zur revolutionären Führung der Arbeiter- und Soldatenräte fehlte, schlossen diese bald unter dem Einfluß der SPD mit den alten Machtorganen Kompromisse, statt ihre erste Aufgabe, die Zerschlagung des alten Machtapparates, durchzuführen. Die SPD-Führer, die beim Zusammenbruch noch die Monarchie zu retten versuchen, hatten bald die unbestrittene Führung der Arbeiter- und Soldatenräte bei faktischer Unterstützung durch den größten Teil der USP-Führung. In welchem Maße schon in den ersten Wochen nach dem 9. November die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte als Organe der proletarischen Macht umgebogen wurde, das zeigte sich in Berlin, wo die Träger des Januaraufstandes gegen die rasch erstarkende Konterrevolution unter der Führung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten nicht die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern die revolutionären Obleute gewesen sind. Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte des Jahres 1918 — nicht im Kampfe entstanden und gewachsen, beim Zusammenbruch des deutschen Imperialismus von der russischen Revolution einfach übernommen — waren bald nur noch Karikaturen ihres Vorbildes.

Die deutsche Arbeiterschaft hat sich die Macht, die ihr im November in die Hände gefallen war, verhältnismäßig leicht wieder rauben lassen. Es wurden in Berlin, im Ruhrgebiet, in München Tausende von revolutionären Arbeitern von der Konterrevolution, von den Noske-Garden abgeschlachtet. Ein allgemeiner Widerstand des Proletariats gegen die Konterrevolution bestand nicht. Die Ursache für diese Entwicklung war das Fehlen einer revolutionären Massenpartei. Die Berliner Arbeiterschaft, gewiß vom schärfsten Mißtrauen beseelt gegen die Ebert, Scheidemann, gewiß keine Anhänger des kleinbürgerlichen Pazifismus der Haase und Kautsky, verlangte am 9. November eine Regierung der Sozialdemokraten und Unabhängigen und als Garantie gegen den Verrat die Teilnahme Karl Liebknechts. Aber der Spartakusbund war für sie noch keine Organisation, deren Führung sie schon anzuerkennen bereit gewesen wären.

So beginnt die eigentliche Beeinflussung der revolutionären Entwicklung in Deutschland von welthistorischer Bedeutung durch die Oktoberrevolution erst nach dem November 1918, ja erst nach der Niederschlagung der deutschen Arbeiterschaft durch die Konterrevolution. Erst der Sieg des russischen Proletariats unter der Führung der bolschewistischen Partei hat die Lehren der drei russischen Revolutionen für das Weltproletariat in brei-

testem Umfange freigemacht. Diese Lehren waren für die Bildung einer revolutionären Arbeiterpartei von ausschlaggebender Bedeutung. Es gehörten dazu auch die objektiven Voraussetzungen, die durch die Niederlage des deutschen Imperialismus mit allen bekannten Folgen gegeben waren. Aber es ist kein Zweifel, daß die Geburt und die Entwicklung der revolutionären Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei, trotz der günstigen objektiven Verhältnisse, viel schwerer, unter viel größeren Zuckungen und Rückschlägen vor sich gegangen wäre, als ohne die Hilfe, die jetzt von der siegreichen bolschewistischen Partei angenommen wurde. Wir erinnern uns noch der teils sektiererhaften, teils zur Wiedervereinigung mit den sozialdemokratischen Parteien neigenden Elemente innerhalb des Spartakusbundes. Wir erinnern uns noch der halb syndikalistischen, halb spießbürgerlichen Spielereien innerhalb des linken revolutionären Flügels der USP. Daß die junge, als Ganzes gesehen, verworrene revolutionäre Bewegung sich eine revolutionäre Partei geschaffen hat, mit solcher Schnelligkeit, daß sie im Sommer und Herbst 1923 unter Umständen die Mehrheit der entscheidenden Teile des deutschen Proletariats zu führen imstande gewesen wäre, das war ohne die Hilfe der proletarischen Revolution in Rußland undenkbar.

Was hat verhindert, daß der Spartakusbund nach dem Heidelberger Parteitag nicht für lange Zeit an Blutleere ohnmächtig geworden ist? Hinter dieser durch die Abspaltung des sektiererischen Teils gerade in den wichtigsten Industriezentren außerordentlich, fast bis zur Vernichtung geschwächten Organisation stand die bolschewistische Partei, die Führerin Räterußlands. Die deutschen revolutionären Arbeiter, die den heroischen Kampf des revolutionären Rußland gegen die Intervention und gegen die weißen Armeen als ihren Kampf betrachteten, die in der Sowjetunion ihr wirkliches und einziges Vaterland erblicken lernten, sie wandten sich der Partei zu, die im Auftrag der von Lenin und der bolschewistischen Partei geführten Komintern in Deutschland sprechen durfte.

Daß auf dem Halleschen Parteitag der USP der größte Teil dieser Organisation den Beschluß faßte, sich mit dem Spartakusbund zu einer Vereinigten Kommunistischen Partei zu verschmelzen, war in der Hauptsache ebenfalls dem Einfluß der siegreichen proletarischen Revolution auf die linken USP-Arbeiter zuzuschreiben. Das baldige Abschwanken oder Ueberlaufen eines Teils der linken USP-Führer beweist das.

Aber die revolutionäre Massenpartei hätte sich nicht behaupten und hätte nicht wachsen können ohne eine richtige revolutionäre Theorie, ohne eine richtige revolutionäre Strategie und Taktik. Rosa Luxemburg und die revolutionären Marxisten hatten einen grandiosen Versuch gemacht, den revolutionären Marxismus wieder zum Leben zu erwecken für die proletarische Bewegung in Deutschland, der von den Revisionisten niederge trampelt und von den Zentristen entmannt und ins Kleinbürgerliche umgebogen worden war. Rosa Luxemburg war in vielen Fragen auch auf dem richtigen Weg. Aber in entscheidenden Fragen, wie die Rolle der revolutionären Partei, Beurteilung der Entwicklung des Imperialismus, Charakter des Imperialismus, Verhältnis zum Bauerntum, nationale Frage, hatte sie geirrt, oder war sie nicht vollständig zu den Konsequenzen des Leninismus gelangt.

Wir würden die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht richtig verstehen, wollte man die gewaltige Vorarbeit einer kleinen revolutionären Gruppe unter der Führung Rosa Luxemburgs nicht anerkennen. Nichts ist erbärmlicher als die Schmähung oder Verkleinerung dieser unvergänglichen Leistung. Aber das Unzulängliche und Falsche von Rosas theoretischer Arbeit mußte überwunden werden. Das theoretische Fundament, auf dem sich die revolutionäre Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei aufbaut, das ist der von Lenin wiedererweckte, fortgeführte und für die Epoche des Imperialismus und der Weltrevolution konkretisierte Marxismus.

Die bolschewistische Partei unter Lenins Führung hat der jungen Kommunistischen Partei die Theorie geliefert, die sie freilich erst verstehen und handhaben lernen mußte.

Auch das war nicht ganz leicht und einfach, obwohl Lenin selbst noch die Anweisungen gegeben hat. Es war Lenin, der gegenüber der Unklarheit der jungen kommunistischen Parteien auf dem 1. und 2. Weltkongreß mit aller Schärfe den Rahmen der kommunistischen Partei absteckte; es war Lenin, der in seinem Buche Die Kinderkrankheit des „Radikalismus“ im Kommunismus“ das Sektierertum, die radikale, kleinbürgerliche Phrase lächerlich machte und die jungen kommunistischen Parteien auf den Weg zur richtigen Arbeit unter den Massen stieß. Unter Lenins Führung hat der 3. Weltkongreß den Weg gezeigt, den die kommunistischen Parteien gehen müssen, wenn sie erfolgreich die Revolution vorbereiten wollen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat trotz dieser klaren Lehre Lenins sich durch schwere Fehler und Krisen hindurchringen müssen. Wenn die Krisen, die das Resultat der Fehler waren, nach 1923 und nach dem Offenen Brief verhältnismäßig leicht überwunden werden konnten, wenn diese Fehler nicht in Sackgassen führten, so verdankt das die KPD in erster Linie wieder der Hilfe durch die russische Bruderpartei.

Nach dem unglücklichen Oktober 1923 war die Gefahr der Auflösung der Partei in eine Reihe feindlicher Gruppen ungeheuer groß. Keine Gruppe wäre damals klar genug und stark genug gewesen, die Partei vor einem tiefen Absturz zu retten. Die überlegene und behutsame Beratung der Komintern hat die Partei vor dieser Zerrüttung bewahrt. Die tiefe Depression innerhalb der deutschen Arbeiterschaft nach dem Siege der Bourgeoisie, die Stabilisierung auf Kosten der Werktätigen in den Jahren 1924/25 steigerte in der KPD die aus der Vergangenheit mit herübergenommenen Reste sektiererhafter Einstellung. Kleinbürgerliche Elemente, unfähig zum Ertragen der Schwierigkeiten der revolutionären Massenarbeit, verwirrten die Partei. Die Politik der Parteiführung selbst löste die Partei immer stärker von den Massen, und immer klarer wurden die Bestrebungen gewisser Elemente, den Kontakt mit der russischen Revolution zu lockern. Auch aus dieser außerordentlich gefährlichen Entwicklung hat uns das Eingreifen der Leitung der Komintern, der bolschewistischen Partei Rußlands gerettet. Der Offene Brief wirkte wie ein reinigendes Gewitter, befähigte die Partei, sich von den kleinbürgerlichen Elementen zu befreien und Schritt um Schritt den Kurs auf die Massengewinnung zu nehmen.

So ist das wichtigste Ergebnis der Oktoberrevolution für die proletarische Bewegung in Deutschland: die Herausbildung einer revolutionären Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die unmittelbare Wirkung der Existenz des proletarischen Staates auf die Arbeiterschaft wuchs in demselben Maße, in dem es gelang, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden und den Sozialismus aufzubauen. Der Radikalisierungsprozeß der deutschen Arbeiterschaft in den letzten Jahren ist zu einem guten Teil das Ergebnis dieser Wirkung der siegreichen proletarischen Revolution auf das deutsche Proletariat. Es gab Zeiten, da die Liebe und die Begeisterung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft für die Sowjetunion viel breiter und stärker waren, als das Vertrauen zur Kommunistischen Partei. Auch heute noch besteht diese Diskrepanz. Das beweisen die sozialdemokratischen Arbeiterdelegierten, die trotz des stärksten Gegendruckes durch den Parteiapparat zur Feier des 10. Jahrestages der siegreichen proletarischen Revolution nach Sowjetrußland gefahren sind. Diese Hinneigung deutscher Arbeiter zum einzigen und ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt wird noch stärker werden, denn wir besitzen alle Garantien, daß der sozialistische Aufbau fortschreitet, daß die Gegenkräfte mit den Mitteln, die Lenin bereits aufgezeigt hat, überwunden werden. Gleichzeitig wird die Erkenntnis über die Unmöglichkeit der Befreiung aus Verelendung und Versklavung im kapitalistischen Staat wachsen. So war, ist und bleibt der Bestand der Sowjetunion die stärkste Hilfe für die Kommunistische Partei zur Verbreiterung und Vertiefung ihres Einflusses unter den werktätigen Massen.

Das hat die deutsche Bourgeoisie, das haben ihre Agenten im Arbeiterlager, die Sozialdemokraten, sehr gut begriffen. Deshalb hassen sie den Proletarierstaat als ihren größten Feind. Deshalb predigt der Renegat Kautsky, der den revolutionären Aufstand gegen die kapitalistische Diktatur, selbst wenn diese Diktatur die offene Form des Faschismus annimmt, verwirft, den Krieg und den Aufstand gegen die Sowjetunion. Deshalb versuchen die Zentristen die Liebe der Arbeiter zur Sowjetunion durch Lügen und Entstellungen zu zerstören. Deshalb stellt sich die wieder imperialistische deutsche Bourgeoisie immer eindeutiger auf die Seite des imperialistischen Englands, gegen die Sowjetunion, und die heimlichen, mit Energie betriebenen Kriegsrüstungen, die unter Duldung und Zustimmung des englischen Imperialismus durchgeführt werden, muß man heute schon als gegen das revolutionäre Rußland gerichtet erkennen.

Die Bilanz der siegreichen proletarischen Revolution bei der 10. Wiederkehr des Jahrestages ist ein Triumph für die Arbeiterschaft der ganzen Welt und eine furchtbare Drohung für den Kapitalismus. Deshalb werden die Anstrengungen zur Vernichtung dieser proletarischen Revolution umfassender und stärker werden. Die Kommunistische Partei muß gegen diese drohende Gefahr gerüstet sein. Das kann nicht besser geschehen, als wenn sie durch eine richtige Politik, durch gesteigerte Aktivität, durch Bewährung als Führerin in allen Tagesnöten und Kämpfen das Vertrauen der Massen

gewinnt. Diese Selbstbesinnung, Selbstüberprüfung, Verbesserung und Verstärkung ihrer Arbeit wird die beste Dankesgabe sein, die wir dem russischen Proletariat und ihrer ruhmreichen Kommunistischen Partei an ihrem Ehrentag darbringen können.

NEWSKI:

DIE PARTEI DER BOLSCHEWIKI (KOMMUNISTEN) IN DER VOR-OKTOBER-PERIODE 1917

I. Die Partei der Bolschewiki am Vorabend des Februar 1917

Der meist verbreitete Irrtum, dem man in den Urteilen über die Bolschewiki begegnet, ist, daß diese eine plötzliche Abkehr von ihrer bisherigen Taktik und ihrem bisherigen Programm vollzogen hätten, als sie nach dem Februar 1917 den Kurs nahmen auf die Vorbereitung des Aufstandes und auf den Kampf für die proletarische Revolution.

Bereits im Jahre 1905 schrieb W. Lenin in seiner bedeutsamen Abhandlung „Zwei Taktiken der russischen Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, daß der vollständige Sieg der Revolution „das Ende der demokratischen Umwälzung und der Beginn des Kampfes um den Sozialismus sein wird“. Indem er betonte, daß es nicht eine Situation geben könne, wo das Proletariat unmittelbar aus dem bürgerlichen System in den Sozialismus hineinspringe, wies Lenin dennoch daraufhin, daß

„mit der Verwirklichung der Forderungen der heutigen Bauernschaft, mit der vollkommenen Vernichtung der Reaktion, mit der Eroberung der demokratischen Republik die Bourgeoisie und selbst die Kleinbourgeoisie vollständig aufhören wird, revolutionär zu sein. Zugleich wird das der Beginn des wirklichen Kampfes um den Sozialismus sein“.

Es ist also nichts Verwunderliches auch an der Taktik, die die Bolschewiki zu befolgen begannen, als die Kanonenschläge im Juli 1914 der Welt verkündeten, daß die imperialistische Bourgeoisie gewillt war, die Klassenwidersprüche durch Blut und Eisen zu lösen.

In seinem Manifest schrieb das Auslandszentrum der Bolschewiki („Manifest des ZK der SDAPR“) u. a. folgendes:

„Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg — ist die einzig richtige proletarische Losung, die begründet ist durch die Erfahrung der Kommune, die skizziert wurde in der Baseler Resolution (1912), und die sich ergibt aus allen Bedingungen des imperialistischen Krieges zwischen den hochentwickeltesten bürgerlichen Staaten. Wie groß auch die Schwierigkeiten einer solchen Umwandlung in dem einen oder anderen Augenblick erscheinen mögen, so werden die Sozialisten doch niemals auf eine systematische, beharrliche, unentwegte vorbereitende Tätigkeit in dieser Richtung verzichten, sobald der Krieg Tatsache geworden ist. Nur so wird sich das Proletariat aus seiner Abhängigkeit von der chauvinistischen Bourgeoisie befreien und in der einen oder anderen Form, mehr oder weniger schnell entschlossene Schritte auf dem Wege zur wirklichen Freiheit der Völker und zum Sozialismus machen können.“

Unter den Sozialisten im Westen wie auch bei uns in Rußland herrschte aber bekanntlich in bezug auf die Frage des Krieges nichts weniger als Einmütigkeit.

Der Uebergang Plechanows zum Standpunkt der Vaterlandsverteidigung ist allbekannt, ebenso die Tatsache, daß die Führer der II. Internationale sich auf die Seite der chauvinistischen Bourgeoisie schlugen.

Trotzki und Martow hatten eine Zwischenstellung inne; Trotzki erklärte, daß er auf dem Standpunkt der Stuttgarter Resolution stehe, und schrieb u. a.:

„Die Aufgabe der revolutionären Marxisten besteht darin, durch theoretische, agitatorische und organisatorische Arbeit die Geburtswehen des neuen sozial-revolutionären Vorstoßes gegen den Klassenstaat abzukürzen, des Vorstoßes, der die historische Antwort des Proletariats auf die Ohrfeigen ist, die die Urheber des Weltkrieges der Zivilisation und Kultur versetzt haben.

Auf dem äußersten rechten Flügel standen die menschewistische Liquidatoren, die die „Verteidigung des Vaterlandes“ predigten; es waren dies im Auslande Larin (J. Lurje), Levin, Dalin; in Rußland die Menschewiki der Dumafraktion, wie z. B. Tschcheidse und die Literaten Petressow, Tscherewanin u. a.

Ganz andere Stimmungen herrschten unter dem russischen Proletariat. Ganz irrig ist die Ansicht, daß mit der Kriegserklärung sowohl die russische Arbeiterbewegung, die vor dem Kriege den Charakter großer revolutionärer Massenaktionen trug, zu Ende wäre und die Stimme der russischen revolutionären Sozialdemokraten verstummte.

Am Tage des Kriegsausbruches und später in der allerersten Zeit der Mobilisation veranstalteten die Arbeiter in der Hochburg der Selbstherrschaft, in der Residenz des Zaren — Petersburg — neben den patriotischen Manifestationen Protestdemonstrationen, und neben der Zarenhymne („Gott schütze den Zaren“) ertönten proletarische Revolutionslieder.

Einige Ziffern über die Arbeiterstreiks während des Krieges werden zeigen, daß die Stimmung des russischen Proletariats weder eine friedliche, noch eine patriotische war. Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1914 streikten etwas über 30 000 Arbeiter, aber bereits im Jahre 1915 erreichte die Zahl der Streikenden 538 828 (in 928 Streiks), im Jahre 1916 beteiligten sich an 1410 Streiks 1 299 248 Arbeiter, darunter an rein politischen Streiks 155 941 Personen im Jahre 1915 und 726 356 Personen im Jahre 1916. Im Jahre 1917, am Vorabend der Februarrevolution nahmen allein im Januar an 267 Streiks 232 025 Arbeiter teil.

Im Lande herrschte rücksichtsloseste Willkür und Gewalt: während die Agrarier und die Industriebourgeoisie die Möglichkeit hatten, ihre Stellungen zu befestigen, mußte die Arbeiterklasse und die Bauernschaft auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben ihr Leben hingeben.

Es war ganz klar, daß die Dinge zu einer Explosion führen mußten. Dies geschah auch durch die Februarrevolution, als unter dem Schutze der Bajonette der Bauernarmee die Vertreter der Kapitalisten als Provisorische Regierung in die Reichsduma einzogen und im Namen der Freiheit die Straßen Petrograds Arbeiterblut rötete.

Wie kam es nun, daß im Ergebnis der Februarrevolution die Vertreter der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer zur Macht gelangten?

Vor allem natürlich, weil eine solide sozialdemokratische Organisation fehlte; ferner, weil im Lager der Sozialdemokratie selbst in bezug auf eine so wichtige Frage, wie den Krieg, Meinungsverschiedenheiten herrschten, und endlich, weil es der Bourgeoisie gelungen war, einen Teil der Arbeiter zur Teilnahme an den kapitalistischen Organisationen zu gewinnen, die eben zu dem Zwecke geschaffen wurden, sich der Arbeiter zu bemächtigen (Kriegsindustriekomitees).

Schon die Zusammensetzung der Provisorischen Regierung zeigt, daß sie eine Regierung der industriellen Großbourgeoisie war mit Vertretern der Kleinbourgeoisie, als Geiseln aus der Bauernschaft und dem Proletariat — wie sich Rodsjanko, als Haupt dieser Regierung, ausdrückte —; von den Nationalisten — Rodsjanko und Schulgin, vom Zentrum — Lwow, von den Oktobristen — Dmitrjukow und Schidlowski, von den Progressisten — Karaulow, Konowalow und Rschewski, von den Trudowiki — Kerenski und von den Sozialdemokraten — Tschcheidse.

Kerenski und Tschcheidse waren eben die Geiseln im Lager der Großbourgeoisie.

Neben dieser Regierung erstand freilich auch ein neuer Machtfaktor — der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat; in ihm gewannen jedoch bereits am Abend des ersten Tages seiner Existenz die Oboronzy*, die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, die Oberhand, während die Bolschewiki in ihm zunächst keinerlei Rolle spielten.

Es ergab sich eine eigenartige Erscheinung: zwei Gewalten bestanden nebeneinander, die eine eine bürgerliche, die Provisorische Regierung, die andere eine revolutionäre Arbeiter- und Bauerngewalt, die Sowjets, wobei diese letzteren, die sich auf die Millionen Werktätigen stützten, die Macht nicht ausnützten, sondern sie der Bourgeoisie überantworteten, so daß sich in Wirklichkeit die Macht in den Händen der Kapitalisten, der Gutschkow, Rjabuschinski, Konowalow befand. Es ergab sich jene eigenartige Erscheinung, die Lenin als Doppelherrschaft bezeichnet.

Welches sind die Ursachen dieser Erscheinung? Sie sind darin zu suchen, daß die Mehrheit der Sowjets unter der Leitung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre stand, die inkonsequente, hin und her schwankende bürgerliche Demokraten, Oboronzy waren, die für ein Kompromiß mit der Großbourgeoisie eintraten. Wie konnte aber die Mitglieder Masse der Sowjets den Menschewiki und Sozialrevolutionären erlauben, ihre Macht der Bourgeoisie zu überantworten? Dies geschah, weil die einfachen Mitglieder der Sowjets und der Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre eben die Millionen jener kleinbürgerlichen Spießermassen repräsentierten, die sich nach dem Sturz der Selbstherrschaft der Politik zugewandt hatten. Die kleinbürgerliche Spießermasse spiegelte in den Sowjets in Gestalt der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Halbheit und Unbeständigkeit ihrer Natur, alle Schwankungen und die ganze Unentschlossenheit ihres Wesens wider. Diese Masse folgte der Großbourgeoisie, war deren ideologischer Gefangener, und gab, durch die chauvinistischen Vaterlandsverteidigungsphrasen benebelt, ihre Macht freiwillig mittels der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in die Hände der Klassenfeinde des Proletariats. Von ungeheurer

* Vaterlandsverteidiger.

Bedeutung war auch der Umstand, daß die Organisation der Bolschewiki damals erst dabei war, ihre Kräfte zu sammeln. Keine geringe Rolle spielte aber auch das Fehlen jener Präzision und Klarheit in unserer Taktik, die erst mit der Ankunft L e n i n s in die Erscheinung trat. Welches war damals die Taktik unserer bolschewistischen Organisation? Nehmen wir beispielsweise zwei Organisationen — das Petersburger und das Zentralkomitee, sowie das Zentralorgan der Partei, die „Prawda“.

„Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Zusammensetzung der Regierung und ihrer Aufgaben, — sagt Genosse Schljapnikow, der damals zusammen mit den Genossen Molotow und Saluzki Leiter des Büros des ZK der SDAPR war — gab es in unserer Mitte nicht. Wir schlugen dem Exekutivkomitee vor, eine Provisorische Revolutionsregierung aus den Reihen jener Parteien zusammensetzen, die um jene Zeit zum Bestande des Sowjets gehörten. Das Programm dieser Regierung sollte die Verwirklichung der Mindestforderungen des Programms der Sozialistischen Parteien und auch die Lösung der Frage der Beendigung des Krieges sein. Wir waren mit den Menschewiki darüber einig, daß wir in einen Zeitabschnitt der revolutionären Vernichtung des feudalen Leibeigenschaftssystems eingetreten waren, daß dieses abgelöst werde, durch alle möglichen „Freiheiten“, die zu den Wesenszügen der Bourgeoisie gehören. Unsere Meinungsverschiedenheiten bestanden nicht darin, daß wir als unmittelbare Aufgabe unserer Revolution die sofortige Verwirklichung des Sozialismus betrachtet hätten, und sie etwa dagegen gewesen wären. Wir sträubten uns dagegen, den bürgerlichen Charakter unserer Revolution in der vulgären Form aufzufassen, wie es die anderen taten.

Wir sahen die Hoffnung der Menschewiki und der Mehrheit der Sozialrevolutionäre in bezug auf die Durchführung der revolutionären Forderung der Arbeiter und Bauern mit Hilfe der Bourgeoisie als schädlich an.“

Genosse Kamenew, der einer der Redakteure der „Prawda“ war, formulierte in den Februartagen seinen Standpunkt zum Kriege so:

„Nicht die Desorganisierung der revolutionären und sich revolutionierenden Armee und nicht ein inhaltloses „Fort mit dem Kriege!“ Unsere Losung ist — Druck auf die Provisorische Regierung, um sie zu nötigen, in aller Offenheit vor der gesamten Weltdemokratie unverzüglich den Versuch zu machen, alle kriegführenden Staaten zur sofortigen Eröffnung von Verhandlungen über die Mittel zur Beendigung des Weltkrieges zu veranlassen; — bis dahin aber hat jeder auf seinem Posten zu bleiben.“

Die bürgerlichen imperialistischen Regierungen zum Frieden geneigt zu machen, auf seinem Posten bleiben und die Interessen dieser Regierungen schützen, — wie ist dies alles weit entfernt von der L e n i n s chen Losung der Verbrüderung und von der alten bolschewistischen Losung, die gleichfalls von Lenin bereits im Jahre 1905 zum Ausdruck gebracht und von Schljapnikow in seinen oben angeführten Worten wiederholt wurde: „Bildung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“; wie himmelweit sind doch diese gänzlich verschiedenen Begriffe voneinander entfernt!

Diese Schwankungen und Meinungsverschiedenheiten haben auf den Gang unserer Arbeit und Propaganda zweifellos ihren Einfluß geübt. Seit der Februarrevolution hatte jedoch unsere von der Illegalität befreite Organisation große Fortschritte gemacht, so daß die Partei zur Zeit der Aprilkonferenz bereits 79 204 Mitglieder zählte.

II.

Die Ankunft Lenins und seine Thesen

Die Erfolge unserer Arbeit steigerten sich noch weiter, als der am 16. (3.) April 1917 aus der Emigration eingetroffene W. I. Lenin mit seinen Thesen allem Schwanken und allem Pendeln ein Ende machte.

Schon vom Auslande her hatte W. I. Lenin den russischen bolschewistischen Organisationen leitende Hinweise („Briefe aus der Ferne“) gegeben; eine deutliche, klare, prägnante und plastische Formulierung erfuhren die Grundlinien der bolschewistischen Taktik durch Lenin jedoch erst unmittelbar nach seiner Ankunft in Petersburg: am 4. April trat er mit seinen Thesen in einer Versammlung auf und am 7. April erschienen diese Thesen in den Spalten der „Prawda“.

Die Thesen — sind 10 Leitsätze, die den Referaten und Aufsätzen Lenins über die wichtigsten Fragen der Revolution zugrunde lagen.

In der ersten These bezeichnet Lenin den imperialistischen Krieg als einen Raubkrieg und spricht, indem er sein unversöhnliches Verhältnis zu diesem Kriege betont, den Gedanken aus, daß die Arbeiterklasse nur unter der Bedingung des Ueberganges der Macht in die Hände des Proletariats und der revolutionären Bauern, des Verzichtes auf Annexionen und Kontributionen und nur unter vollständigem Bruche mit den Kapitalisten sich mit einem revolutionären Kriege einverstanden erklären könne. In der gleichen These wird auch die Propaganda dieses Standpunktes empfohlen. In der zweiten These wird auseinandergesetzt, daß die Macht infolge der ungenügenden Organisiertheit und des unzureichenden Klassenbewußtseins breiter Schichten des Proletariats in die Hände der Bourgeoisie übergegangen sei und daß die Februarrevolution deshalb nur eine Uebergangsetappe zu einer zweiten Etappe der Revolution sei, in der das Proletariat und die ärmsten Bauernschichten die Macht ergreifen würden. Lenin wies auch auf die Besonderheiten des Augenblicks hin, auf jene eigenartigen Bedingungen, in die die Partei gestellt sei und denen sie sich anpassen müsse, indem sie ihre Tätigkeit unter den durch die Revolution in den politischen Kampf hineingeführten breiten Arbeiter- und Bauernmassen zu entfalten habe.

Die dritte These zeigte das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Provisorischen Regierung und richtete sich in der Hauptsache gegen jene Schwankungen, die in der Partei bei einigen Genossen zum Vorschein kamen, die naiverweise glaubten, man brauche es von der imperialistischen Regierung bloß zu fordern, damit diese aufhöre, eine imperialistische zu sein. „Keinerlei Unterstützung“ einer solchen Regierung, so lautet diese These, die zugleich vorschlägt, den breiten Massen die ganze Verlogenheit aller Versprechungen der Regierung klarzulegen.

In der vierten These sagt Lenin, nachdem er die Tatsache, daß die Bolschewiki in den Sowjets in der Minderheit sind und daß die Massen den Oborony folgen, zugibt:

„Die Aufklärung der Massen darüber, daß die Arbeiter- und Soldatendeputierten die einzig mögliche Form einer revolutionären Regierung sind, und daß, solange diese Regierung dem Einfluß der Bourgeoisie nachgibt, unsere Aufgabe nur eine geduldige, systematische, beharrliche, sich besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen anpassende Klarmachung der Fehler und der Taktik sein kann.

Solange wir in der Minderheit sind, betätigen wir uns in der Kritik und in der Klärlegung der Fehler, indem wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Ueberganges der gesamten Staatsgewalt auf die Arbeiterdeputiertenräte propagieren, damit die Massen durch die Erfahrung sich von ihren Irrtümern befreien.“

„Nicht eine parlamentarische Republik!“ — verkündete Lenin in der fünften These —, „die Rückkehr von den Soldaten- und Arbeiterdeputierten zu ihr wäre ein Schritt rückwärts; sondern eine Republik der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputiertenräte

im ganzen Lande, von oben bis unten. Beseitigung der Polizei, der Armee, der Beamtschaft.“

In der sechsten These wird als sofortige unaufschiebbare Aufgabe die Enteignung aller gutsherrlichen Ländereien und die Nationalisierung des Grund und Bodens verkündet, wobei die Verfügung über den Grund und Boden in die Kompetenz der Landarbeiterdeputierten übergeht:

„Die sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer gesamt-nationalen Bank und die Einführung der Kontrolle über sie durch die Soldaten- und Arbeiterdeputierten“, — wird in der siebenten These verkündet.

Die achte These setzt auseinander, daß unsere u n m i t t e l b a r e Aufgabe „nicht die Einführung des Sozialismus“ sei, sondern lediglich der Uebergang zur K o n t r o l l e der gesellschaftlichen Produktion und Distribution der Erzeugnisse durch die Soldaten- und Arbeiterdeputierten.“

In der neunten und zehnten These forderte Lenin die sofortige Einberufung eines Parteitages, die Aenderung des Parteiprogramms in den Fragen der Stellung der Partei zum Imperialismus und zum Staate; für einen Kommunistenstaat, dessen Muster die Pariser Kommune war; ferner Verbesserung und Ergänzung des Minimalprogramms, Aenderungen des Parteinamens (Kommunistische statt Sozialdemokratische) und Erneuerung der Internationale.

Die Leninschen Thesen machten auf das ganze Land einen ungeheuren Eindruck. Die Bourgeoisie erblickte in ihnen ganz richtig eine Gefahr für ihre Herrschaft und fiel wütend über den Verfasser der Thesen und die Bolschewiki her, indem sie Lenin aller möglichen Verbrechen und selbst der Spionage beschuldigte. Verleumdung auf Verleumdung wurde durch die Bourgeoisie unter den Massen verbreitet, von der bürgerlichen Presse aufgegriffen und erzeugte eine Atmosphäre ständiger Hetze und glühenden Hasses gegen die Bolschewiki.

Andererseits aber nahmen die Arbeiter und fortgeschrittenen Bauernmassen die Aufrufe ihres Führers freudig auf. Im Grunde genommen war das, was Lenin verkündete, nur eine weitere Ausgestaltung jener Ideen, die in der Epoche der ersten russischen Revolution im Werke Lenins „Zwei Taktiken“ entwickelt worden waren.

Die Klarheit, Kühnheit, Entschlossenheit der Leninschen Gedanken zerstreute wie ein blendendes Licht die Dunkelheit und die Wirrnis, die die Schwankungen einiger Genossen in die Köpfe hineingetragen hatten.

Daß die Thesen zeigemäß waren, stand außer Zweifel, da selbst unter den Bolschewiki Unbeständigkeit und Schwanken zu beobachten waren.

Die einen meinten, daß man unverzüglich an die „Einführung des Sozialismus“ gehen müsse, die anderen glaubten, daß man, obwohl man nicht einmal die Sympathie aller Arbeiter- und Bauernmassen hinter sich hatte, den Sturz der Provisorischen Regierung herbeiführen müsse.

Wieder andere endlich vertraten die Ansicht, daß die Bolschewiki, ohne der Provisorischen Regierung beizutreten, diese durch ihren Druck veranlassen müßten, dem Krieg ein Ende zu machen; es fanden sich selbst Leute, die vorschlugen, man solle die Bajonette in die Erde stecken.

Gegen all diese Schwankungen richtete Lenin als Erläuterung seiner Thesen seine Arbeit „Briefe über die Taktik“.

Die Eigenart der Lage, in der sich unser Land befand, bestand nach Ansicht Lenins in der Doppelherrschaft. Diese Doppelherrschaft äußerte sich in dem Bestehen zweier Organe — eines bürgerlichen — der Provisorischen Regierung, und eines zweiten — der Sowjets, der sich auf die Mehrheit des Volkes, d. h. die Arbeiter und Bauern stützte.

Der Klassenursprung dieser Doppelherrschaft besteht darin, daß die russische Revolution nachdem sie die Monarchie gestürzt und die Macht der Bourgeoisie übergeben hatte, bis hart an die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gelangte.

Daher die besondere Taktik, die sich aus einer solchen eigenartigen Lage der russischen Revolution ergab: Gewinnung der proletarischen Massen, die im revolutionären Oboronzentrum befangen waren und dadurch die an der Macht befindliche imperialistische Bourgeoisie unterstützten; geduldige, unausgesetzte Propaganda, Kritik der Taktik der kleinbürgerlichen Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, denen die Massen noch folgen.

Die Losung „Nieder mit dem Kriege!“ ist richtig, man kann dem Kriege aber weder durch den Beschluß einer Seite noch durch das „Hineinstoßen des Bajonetts in die Erde“, noch durch ein Uebereinkommen der Sozialisten aller Länder ein Ende machen. Der einzige Weg zur Beendigung des Krieges ist der Uebergang der Staatsgewalt auf das Proletariat.

III. Die Partei in der Vorbereitungsperiode des Oktober

1. Die Partei im März - April 1917

Die Petersburger Organisation der Bolschewiki war in ihrer Gesamtheit auf der Straße, auf den Barrikaden.

Als legale, freie Organisation konstituierte sich das Petersburger Komitee am 2. März 1917. Dieser führenden Organisation gehörten alle in Petersburg anwesenden Mitglieder des alten, illegalen ZK, die das Gefängnis verlassen hatten (M. J. Kalinin, W. Schmidt, Antipow, Komarow, Saleschski, Schuttko, Orlow) an. Mitte März wurden dem ZK die alten illegalen Arbeiter Podwoiski, Michailow, B. Awilow, Stutschka, Njewski kooptiert. Dem ZK gehörte auch das Mitglied des ZK-Büros Schljapnikow an.

Trotz der Schwankungen einzelner Genossen nahm das ZK gegenüber der Provisorischen Regierung eine ziemlich bestimmte taktische Linie ein.

„In Hinblick auf die vom Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat gegenüber der Provisorischen Regierung angenommene Resolution erklärt das ZK der SDAPR, daß es der Macht der Provisorischen Regierung insoweit nicht entgegenwirken werde, wie ihre Handlungen den Interessen des Proletariats und der breiten demokratischen Massen des Volkes entsprechen, und kündigt zugleich seinen Entschluß an, gegen alle Versuche der Provisorischen Regierung, in irgendeiner Form die monarchistische Regierungsform wiederherzustellen, einen schonungslosen Kampf zu führen.“

So sprach sich das ZK bezüglich der wichtigsten Frage des Augenblicks — des Verhältnisses zur bürgerlichen Regierung aus, ohne gleichzeitig die andere vor ihr stehende Grundaufgabe — die Eroberung der in den vater-

ländischen Durchhalte-Illusionen befangenen Massen zu vergessen. Das ZK rief nicht die Massen zu einer unmittelbaren und sofortigen Aktion gegen die Provisorische Regierung auf, das ZK beschloß,

„die Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Gewinnung der Arbeiter- und Soldatenmassen zu richten, umgesäumt die Arbeitergarde zu organisieren und zu festigen, die sofortige Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitermassen zu betreiben, die Losung der Bildung von Bauernkomitees zwecks sofortiger Durchführung der Landenteignung aufzustellen.“

Solche Losungen aufzustellen war um so notwendiger, als auch in der Provinz, die auf die Stimme Petrograds hörte, unsere in den Kriegsjahren zerschlagene Parteiorganisation sich langsam erholte.

In Moskau, dem zweitgrößten Industriezentrum Rußlands, lebten wohl bekannte Parteiarbeiter (J. J. Skworzow, P. G. Smidowitsch, W. Jakowlewa, Semljatschka u. a.), ebenso funktionierte da das vom Genossen A. G. Schljapnikow organisierte Büro des ZK; man konnte jedoch während des Krieges eine ausgedehntere Tätigkeit nicht entwickeln, weil die Gruppe der erwähnten alten Parteiarbeiter unter dem polizeilichen Druck so sehr zu leiden hatte, daß von einer Beteiligung derselben an der Agitation unter den breiten Massen keine Rede sein konnte. Das ist auch der Grund, weshalb hier, obwohl der Gedanke der Organisation des Sowjets von den Bolschewiki ausgegangen war, in ihm zunächst die Oborony die Oberhand hatten. Freilich, auch hier hält das Komitee als Gegengewicht gegen die Oborony eine klare und präzise taktische Linie inne: in der Resolution über das Verhältnis zur Provisorischen Revolutionsregierung wurde der strenge Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie — keinerlei Vertrauen, keinerlei Unterstützung der offenkundig konterrevolutionären Regierung — durchgeführt.

Ebenso wie das ZK war unsere Moskauer Organisation der Ansicht, daß die Frage der Eroberung der Massen die wichtigste praktische Frage des Augenblickes sei.

In Petersburg wie in Moskau gehörte diese Aufgabe nicht zu den leichten, weil die Bourgeoisie, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre alle Mittel anwandten, um die Bolschewiki zu diskreditieren: Verleumdungen in der Presse, Spionagebeschuldigungen, alle möglichen Behinderungen (Verbot des Auftretens von Bolschewiki in Versammlungen, Entziehung von Räumen für die bolschewistischen Organisationen, Weigerung, den Bolschewiki eine Vertretung in den verschiedenen Organisationen zuzugestehen usw.) — all das machte die Arbeit überaus schwierig.

Trotz dieser Schwierigkeiten erfaßten jedoch die Bolschewiki mit ihrer Agitation und Propaganda sehr bald sehr breite Massen.

Vor allem mußte in Moskau und Petersburg eine Parteipresse geschaffen werden; dies geschah hier wie dort in den ersten Tagen der Freiheit. Am 3. März beschloß das PK (Petersburger Komitee), dem ZK vorzuschlagen, gemeinschaftlich mit dem PK die während des Krieges verbotene „Prawda“ wieder erscheinen zu lassen und schon am 5. März erschien die erste Nummer dieses Blattes.

Ferner wurde beschlossen, alle Maßnahmen für die Einberufung einer allrussischen Parteikonferenz zu treffen.

Darauf wurden sowohl in Petersburg wie in Moskau die ersten Schritte zur Gewinnung der Armee unternommen, die in der weiteren Entwicklung der Revolution von ungeheurer Bedeutung sein sollten: eine Gruppe der alten illegalen Arbeiter erhielt den Auftrag, die Armee zu gewinnen, die ganz unter dem Einfluß der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre stand. Die russische Armee ist eine Bauernarmee, die zu 90 Prozent aus Vertretern der Kleinbauern besteht, die noch nicht alle Vorurteile der kleinbürgerlichen Klasse überwunden haben. Die Armee gewinnen hieß einmal, die Sowjets erobern, und zweitens jene faktische Kraft, die Bajonette, die gegen uns gerichtet waren und die es nun galt, gegen die Klassenfeinde des Proletariats zu richten.

Bereits Ende März wirkte in Petersburg eine militärische Organisation der Bolschewiki (sie wurde geleitet und organisiert von N. I. Podwoiski, W. I. Newski, K. A. Mechanoschin, N. K. Beljakow, S. A. Tscherepanow; später gehörten der Organisation auch Antonow-Owsejenko, Krylenko, Kedrow u. a. an), die bereits im April ihre Zeitung „Soldaten-Prawda“ (mit einer für jene Zeiten sehr großen Auflage von 100 000 Exemplaren) und Ende Juni bereits mehr als 100 000 Mitglieder unter den Soldaten besaß, die an der ganzen Front und in der Etappe verstreut waren, so daß die Petersburger Organisation sich in eine allrussische verwandelte.

Eine ebenso machtvolle militärische Organisation (wenn auch in lokalem Maßstabe) schufen die illegalen Bolschewiki auch in Moskau (E. Jaroslawski, O. A. Warenzowa, M. F. Schkirjatow, A. Arossew, Krjukow, W. Wasiljewski, N. I. Smirnow u. a.). Die Organisierung der Massen machte auch in der Provinz ziemlich gute Fortschritte.

Im Uralgebiet hatten wir vor der Revolution neun Organisationen, im April bereits 43. Ueberall ging in diesen Organisationen ein Kampf gegen die Oboronzy vor sich. Im Wolgagebiet war die Herrschaft der Oboronzy noch stärker, beispielsweise kamen in Ssaradow auf hundert Parteimitglieder der Bolschewiki 700 Menschewiki-Oboronzy. In Tula, Brjansk und anderen Industriestädten des Industriegebiets wogte ebenfalls der Kampf gegen die Oboronzy; noch schlimmer stand es im Kaukasus, wo die Bolschewiki nur 500 Mann gegenüber 1500 Menschewiki besaßen.

Es waren jedoch zwei Umstände, die den Bolschewiki die Massen relativ schnell gewinnen halfen: die gänzliche Demokratisierung der Partei und der ganz auserlesene Bestand der Organisation. Diese war wirklich auf der Grundlage eines vollkommen demokratischen Zentralismus aufgebaut — Wählbarkeit und Freiheit der Diskussionen machten jedes Parteimitglied zu einem bewußten und aktiven Kämpfer, und die Kontrolle der Spitzen durch die ganze Masse veranlaßte diese Spitzen, in der gewissenhaftesten Weise auf die Stimme der Massen hinzuhören.

Der Partei gehörten erfahrene illegale Arbeiter an, Leute, die im Kampfe gestählt und durch die Revolution des Jahres 1905 erzogen worden waren.

Die Aprilkonferenz vertrat bereits an 80 000 Stimmen (79 204 Parteimitglieder), wobei auf Petersburg 14 600, auf Moskau 7000, auf den Ural 14 600 und auf das Donezbecken 4500 entfielen.

Die Sowjets radikalisierten sich allmählich trotz des wütenden Kampfes der Menschewiki und Sozialrevolutionäre gegen uns.

2. Die April-Konferenz 1917

Die April-Konferenz trat zusammen in einer Atmosphäre ungeheuerlicher Spannung der Klassengegensätze, die das ganze Land aufwühlten. Am 18. April (1. Mai neuen Stils) teilte Miljukow, der Minister des Auswärtigen, in einer Regierungsnote der Entente mit, daß das russische Volk beschlossen habe, den Krieg bis zum siegreichen Ende weiter zu führen, und daß die Regierung sich verpflichtet, die vom Zaren mit den Entente geschlossenen Verträge zu erfüllen. Auf diese Erklärung, die Politik des Zaren fortsetzen zu wollen, antworteten unsere Organisationen, indem sie die Massen zum Protest aufriefen: Am 2. Mai (19. April) erhielten die Massen Kenntnis von der Note Miljukows und am 3. bis 4. Mai (20. bis 21. April) gingen die Arbeiter und Soldaten Petersburgs auf die Straßen mit Fahnen, auf denen die Losung zu lesen war: „Alle Macht den Räten!“ Die Bourgeoisie provozierte, indem sie Zusammenstöße der regierungstreuen Truppen mit den Arbeitermassen hervorrief. Gegen die Bolschewiki wurde die Anschuldigung geschleudert, daß sie zum Bürgerkriege aufriefen, Lenin und die Bolschewiki erklärten jedoch, daß von einem Bürgerkriege, von einer Besitzergreifung der Macht solange nicht die Rede sein könne, wie die Massen nicht auf unserer Seite ständen.

Es gab wohl Genossen (z. B. Bogdatjew), die zum sofortigen Sturze der Regierung aufriefen, doch waren es nur vereinzelte Stimmen, die die Meinung der ganzen Partei nicht zum Ausdruck brachten; die Partei verurteilte diese Linie. Damals, im April 1917, konnte man an die Besitzergreifung der Macht deshalb nicht denken, weil 1. die Mehrheit der Arbeiter noch sozialpatriotisch gestimmt war, und 2. weil unsere Organisation noch keinen Massencharakter und jene eiserne Festigkeit noch nicht erlangt hatte, die sie in den Okobertagen auszeichnete: wir hatten im Lande keine Mehrheit.

Lenin beurteilte die erfolglosen Kundgebungen der damaligen linken Bolschewiki folgendermaßen:

„. . . Wir wollten nur eine friedliche Erkundung der feindlichen Kräfte durchführen, aber keine Schlacht liefern; das Petrograder Komitee steuerte aber ein wenig zu links, was im gegebenen Falle natürlich ein außerordentliches Verbrechen war. Zugleich mit der richtigen Losung „Es leben die Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte“ wurde die falsche Losung — „Nieder mit der Provisorischen Regierung“ aufgestellt. Im Augenblicke der Aktion auch nur ein wenig zu weit nach links zu steuern, war unangebracht. Wir betrachteten es als das größte Verbrechen, als Desorganisation.“

Indem er den Fehler der Linken so einschätzte, betonte Lenin hartnäckig die Notwendigkeit der Schaffung einer starken revolutionären Organisation.

„. . . In jedem Bezirk“ — schrieb die „Prawda“ vom 25. April 1917 — „in jedem Stadtteil, in jedem Betriebe, in jeder Kompagnie muß eine starke, einige Organisation sein, die fähig ist, wie ein Mann zu handeln.“

Wie erinnern doch diese Worte an die Losung Lenins in der Epoche der Reaktion, als er im Jahre 1912 im Kampfe für die sozialdemokratischen bolschewistischen Mitglieder der Reichsduma dazu aufrief, jede Fabrik, jeden Betrieb in eine revolutionäre Parteifestung zu verwandeln. Nur unter solchen Bedingungen werde der Feind die Arbeiterklasse nicht niederschlagen, nicht desorganisieren können.

Es ist nicht verwunderlich, daß diese hochwichtigen aktuellen Fragen auf der Aprilkonferenz im Lärm des Klassenkampfes leidenschaftliche Diskussionen hervorriefen, die oft den Charakter prinzipieller Meinungsverschiedenheiten trugen. So entstand ein Streit zwischen Lenin und Kamenew in der Frage des Charakters unserer Revolution. Genosse Kamenew behauptete, daß sich in Rußland eine bürgerlich-demokratische Revolution vollziehe, daß sie noch nicht vollendet sei, und daß der Irrtum Lenins eben darin bestehe, daß er die bürgerlich-demokratische Revolution als abgeschlossen ansehe, und mit einer sofortigen Umwandlung einer solchen Revolution in eine sozialistische rechne. Lenin wies darauf hin, daß eine derartige Fragestellung hoffnungslos scholastisch sei, und daß dort, wo das Proletariat in einer bürgerlich-demokratischen Revolution siegen wird, dieser Sieg auch zugleich der Beginn des Kampfes für den Sozialismus sein wird. Von den bereits im Jahre 1905 entwickelten Ideen ausgehend, behauptete Lenin, daß die demokratische Revolution sich zur sozialistischen Revolution entwickle und daß die sozialistische Revolution in ihrem Verlaufe die demokratischen Errungenschaften vollende, die die Bourgeoisie nicht durchführen will und kann, beispielsweise die Enteignung des gesamten Grund und Bodens.

Im Zusammenhang damit entstand ein Streit auch über die Grundfragen der bewegenden Kräfte der russischen Revolution.

Wenn die Ansicht richtig ist, daß wir gegenwärtig eine bürgerlich-demokratische Revolution durchleben, so ist auch die Ansicht richtig, daß die Bauern, durch die Errungenschaften dieser demokratischen Revolution befriedigt, ihr Bündnis mit dem Proletariat, das geschlossen wurde, um dem Feudalismus ein Ende zu machen, zerreißen werden, nachdem sie in den Besitz des Bodens gelangt sind. Genosse Kamenew hat eben die Frage so gestellt, indem er sagte, daß, wäre die bürgerlich-demokratische Revolution bereits beendet, dann gäbe es auch kein Bündnis der Bauernschaft mit dem Proletariat, und eine gemeinschaftliche Arbeit des Proletariats mit der Bauernschaft wäre „in diesem Augenblick unmöglich“.

Meinungsverschiedenheiten entstanden auf der Konferenz auch in der Nationalitätenfrage: Genosse Pjatakow wandte sich gegen das Recht der Nationen auf gänzliche Loslösung, Genosse Stalin trat für diese Forderung ein. Eine gewaltige Rolle spielte gerade der Umstand, daß die Konferenz sich auf die Seite Lenins und Stalins stellte: durch diesen Konferenzbeschluß versuchte unsere Partei, nicht mit Worten, sondern durch die Tat ehrlich sozialistisch eine der wichtigsten Fragen der modernen Gesellschaft zu lösen.

Lenin wandte sich auch gegen die Ansicht einiger Bolschewiki, daß man die Provisorische Regierung kontrollieren könne, ohne die Macht in Händen zu haben.

„Ohne die Macht“ — sagte Lenin — „ist die Kontrolle eine kleinbürgerliche Phrase, die den Verlauf und die Entwicklung der russischen Revolution hemmt.“

Ungeachtet dieser Meinungsverschiedenheiten faßte die Konferenz jedoch einmütig überaus wichtige Beschlüsse, die bis zum August die Taktik unserer Partei bestimmten: 1. Die Konferenz sprach sich für einen Aufruf an die Bauern aus, zur sofortigen Enteignung aller gutsherrlichen, kirchlichen Ländereien, der Kron- und Apanage-Güter zu schreiten, für den sofortigen Uebergang dieser Ländereien in die Hände der Bauernswjets; 2. wurde

der Beschluß gefaßt, unverzüglich an die Bewaffnung der Arbeiter zu gehen und sie der Armee anzunähern; 3. wurde beschlossen, auf die Kontrolle der Produktion hinzuarbeiten; 4. rief die Konferenz zur Absetzung der konterrevolutionären Behörden, zu revolutionärem Vorgehen gegen die Konterrevolutionäre auf; 5. rief die Konferenz zur energischen Arbeit innerhalb der Sowjets und in den Massen zwecks Heranziehung dieser Massen zur Partei; 6. zur Ablehnung der Unterstützung der Provisorischen Regierung und endlich 7. zur Schaffung einer Klassenorganisation des Landproletariats auf. Die Konferenz stand in der Frage des Krieges selbstverständlich auf dem Standpunkt Lenins: Nur der Uebergang der Macht in die Hände des Proletariats kann dem Krieg ein Ende machen.

Es wurde auch eine Entschließung angenommen über die Unzulässigkeit einer Beteiligung von Vertretern des Proletariats an einer bürgerlichen Koalitionsregierung. Ebenso wurde die Frage einer Ueberprüfung des Parteiprogramms gestellt, Resolutionen über die Sowjets, über die Lage in der Internationale, über die Vereinigung der Internationalisten gegen die Oboronyz angenommen und die Einladung der westeuropäischen Sozialdemokraten zur Stockholmer Konferenz zwecks Beratung von Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens abgelehnt.

Die Bedeutung der Aprilkonferenz für die Vorbereitung der Partei zur Oktoberrevolution war eine ganz ungeheure: Die Partei ist auf dieser Konferenz geschlossen, stark, mit einer festen und revolutionären Taktik, mit dem Glauben an den Sieg trotz aller Prüfungen hervorgegangen.

Und diese Prüfungen sollten bald eintreten.

3. Die Juliereignisse 1917 und der sechste Parteitag

Die Regierungskrise im April 1917 hatte eine neue Zusammensetzung der Regierung zur Folge: Am 18. Mai (5. Mai) wurde die neue Regierungsliste veröffentlicht. Miljukow war aus der Regierung ausgeschieden und die Sozialistenmenschewiki I. G. Zeretelli und M. I. Skobelew und der Sozialrevolutionär W. M. Tschernow, A. F. Kerenski nicht miteingerechnet, waren die Geiseln der Regierung. Keinerlei Koalitionen konnten jedoch die Situation retten; die Radikalisierung der Massen ging unaufhaltsam weiter. Besonders unzufrieden mit der Politik der Regierung waren die Matrosen und Soldaten. In Kronstadt war bereits im April die Macht im Sowjet faktisch in die Hände der Bolschewiki übergegangen, was dem Geschmacke der Kapitalisten und deren Führer Gutschkow wenig entsprach. Bereits im März war unter dem Drucke der aufständischen Massen der sogenannte Befehl Nr. 1 herausgegeben worden, durch den die alte zaristische Subordination in der Armee aufgehoben und Wahlorganisationen eingeführt wurden. Dadurch wurde die Macht der alten zaristischen Generale natürlich mit einem Male geschwächt und die Bedingungen für das Eindringen unserer Agitatoren in die Armee geschaffen. Sobald nun Gutschkow, der Kriegsminister war, sich fest im Sattel fühlte, hob er diesen Befehl Nr. 1 auf und rief mit seinem Befehl Nr. 2 unter den Soldaten und Matrosen einen Sturm der Entrüstung hervor. Die Soldaten hatten den Krieg satt und keinerlei Bemühungen der Regierung konnten dem abhelfen. Vergebens führte die Regierung eine strenge Disziplin ein, vergebens überfluteten

Tausende von Agitatoren, Kommissaren und Propagandisten der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Armee, vergebens hetzte die Bourgeoisie unter dem Patronat der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiki, die Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung ergriff immer größere Massen der Bevölkerung. Die bolschewistische Agitation niederzuschlagen, war unmöglich, und der Kampf um die Armee und die Bauernschaft entbrannte immer stärker. Um sich den Einfluß in der Armee zu sichern, beschloß die Regierung, an der Front eine Offensive zu beginnen. Die Armee hatte aber nicht nur für die Agitatoren der Kapitalisten kein Ohr, sie ließ auch die Anhänger Miljukows und Schingarjows nicht zu Worte kommen: nur die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich hinter der Fahne des Sozialismus versteckten, konnten es noch versuchen, die Massen hinter sich zu bringen. Kerenski bereiste die Front und rief die Soldaten zur Offensive auf. Die Ereignisse zeigten jedoch, daß die Armee und die Bauern denen, die die beiden Grundfragen, die Kriegsfrage und die Landfrage, nicht lösen wollten, keine Gefolgschaft leisten würden. Seit Anfang Juni entwickelten sich die Dinge mit unglaublicher Schnelligkeit und führten zu einer neuen Regierungskrise. Am 3. Juni wurde der allrussische Sowjetkongreß eröffnet, der von den Menschewiki und Sozialrevolutionären beherrscht wurde. Für ihre Resolution über das Verhältnis zur Provisorischen Regierung stimmte eine erdrückende Mehrheit: 543 Stimmen gegen 126 bei 53 Stimmenthaltungen. Scheinbar ein vollkommener Sieg. In der Luft lag aber Gewitter. Am zweiten Kongreßtage trafen in Petersburg die Matrosen aus Kronstadt ein, die von unserer militärischen Organisation herbeigerufen waren, um der Agitation der Menschewiki und Sozialrevolutionäre unsere Agitation entgegenzusetzen: am 4. Juni besetzten die Anarchisten die Villa Durnowo und die Druckerei der „Ruskaja Wolga“; um die gleiche Zeit erschien ein Befehl Kerenskis über die Entsendung des Ukrainischen Chmelniczki-Regiments an die Front, ein Befehl, der stürmische Proteste der Ukrainer auslöste; in Sewastopol setzten die Matrosen die Admirale Koltschak und Smirnow ab; am 8. Juni protestierten die Arbeiter des Wyborger Bezirks in Petersburg durch eine Demonstration gegen die Verweisung der Anarchisten aus der von ihnen besetzten Villa Durnowo; an die Provisorische Regierung wurde ein Protest des allukrainischen Truppenkongresses wegen der Politik Kerenskis in der Ukraine gerichtet und endlich fanden überall massenhafte Protestmeetings gegen die Provisorische Regierung statt; all das sprach für das Nahen einer neuen Krise.

Diese trat denn auch bald ein. Für den 10. Juni hatte unsere Partei eine bewaffnete Demonstration beschlossen. Die Menschewiki forderten, daß diese Demonstration unterbleibe. Zeretelli erklärte im Exekutivkomitee des Sowjets, daß diese Demonstration „den Sturz der Regierung und die Ergreifung der Macht“ bezwecke.

Dies traf nicht zu, wohl aber, daß die Armee sich dem Einfluß der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bereits entzogen hatte. Als endlich der 18. Juni anbrach, an dem die Demonstration mit Erlaubnis der Regierung stattfinden sollte, da war es allen klar, daß die Regierung keine Armee mehr besaß: zahllose Fahnen mit Losungen der Bolschewiki wehten über den

Köpfen der Hunderttausende von Soldaten und Arbeitern, die über das Marsfeld unter den Augen der verblüfften Führer der Menschewiki und Sozialrevolutionäre vorbeimarschierten. Die nicht zu fassenden, allgegenwärtigen, unsichtbaren und die Bewegung doch leitenden Bolschewiki konnten aber mit Genugtuung sagen, daß sie eine Heerschau ihrer Bataillone gehalten hatten.

Die Demonstration zeigte allen, daß ein neuer Konflikt und eine neue Regierungskrise im Anzuge waren. Und in der Tat, die Offensive war mißlungen, die Regierung war mit der Ukraine in einen Konflikt geraten, und der Austritt der Kadetten-Minister (Schingarjow, Manuilow, Schachowskoi und Nekrassow) aus der Regierung verschärfte die Lage noch mehr. An dem Mißerfolg der Offensive an der Front sollten die Bolschewiki schuld sein, an der wirtschaftlichen Zerrüttung ebenfalls, an den Mißerfolgen in der Ukraine waren die Bolschewiki schuld, mit einem Worte, es gab keinen Mißerfolg, an dem nicht die Bolschewiki schuld sein sollten. Aber je mehr Anschuldigungen auf die Köpfe der Bolschewiki niederprasselten, um so mehr Sympathien gewannen sie im Lande: das Land radikalisierte sich zusehends, die Regierung ging nach rechts, und die Kadetten nahmen jetzt bereits den äußersten rechten Flügel ein, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre schlossen sich ihnen an. Was Wunder, daß die Augen aller Arbeiter auf die Bolschewiki gerichtet waren.

Ende Juni fand in Petersburg eine Konferenz der militärischen Organisationen der Bolschewiki statt, die von der Petersburger Militärorganisation einberufen war. Diese Konferenz vertrat mehr als hunderttausend Soldaten, Mitglieder dieser Organisation; die Propaganda der „Soldaten-Prawda“, der Zeitung der Militärorganisation Petersburgs, zeitigte ihre Früchte; es gab nicht eine einzige große Truppeneinheit in der Etappe und an der Front, in der es keine Zelle der Militärorganisation der Bolschewiki gegeben hätte. Um diese Zeit arbeiteten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre für die Entsendung der Soldaten der Petersburger Garnison zur Offensive an die Front. Die Agitatoren der Regierung trafen auf die Agitatoren der Militärorganisation . . . und die ersteren verloren die Schlacht ebenso, wie Kerenski sie an der Front verlor. Die Soldaten weigerten sich, Petersburg zu verlassen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hatten ihre Popularität in den Massen eingebüßt. Der Zerfall setzte in ihren eigenen Reihen ein. Die Sozialrevolutionäre spalteten sich in rechte und linke; die ersteren hatten ihre Zeitung, die „Wolja Naroda“, die Linken gaben ihr Blatt „Semlja i Wolja“ heraus. In Petersburg brodelte es wie in einem Kessel.

Die Massen drängten ungestüm zum Kampf. Anfang Juli trat diese Gärung über die Ufer. Am 3. Juli begann die Aktion der Soldaten und Arbeiter. Als erstes trat das I. Maschinengewehrregiment auf der Wyborger Seite in Aktion, bald schlossen sich ihm die anderen Truppenteile an und es begann eine bewaffnete Demonstration unter der Losung: „Alle Macht den Räten“. Zu den Plänen unserer Partei gehörte damals der Sturz der Regierung nicht, die Demonstration hatte spontan begonnen, und die Zentralorgane der Partei, das ZK, das PK und das Büro der Militärorganisationen beim ZK hatten die Bewegung nur deshalb in die Hand genommen,

weil diese sonst ohne Führung sich in eine ordnungslose Aktion, die viele Opfer gekostet hätte, zu verwandeln drohte.

Die Regierung verlor den Kopf, sie war ohnmächtig, und selbst die Menschewiki flehten das ZK und die Militärorganisation an, die Leitung der Demonstration in die Hand zu nehmen, der Regierung Schutz zu gewähren, sie vor dem Zorne der Massen zu schützen, und versprach, im Falle eines günstigen Ausgangs der Demonstration, die „Rädelsführer“ ungeschoren zu lassen.

Als jedoch die Hunderttausende von Soldaten und Arbeiter auf dem Newski Prospekt erschienen waren, begann eine provokatorische Schießerei und die friedliche Demonstration verwandelte sich in einen bewaffneten Zusammenstoß zweier feindlicher Armeen — der Soldaten der Militärorganisation und der Kosaken und Junker der Regierung. Nur dank der Tatsache, daß die Demonstration unter Führung der Bolschewiki vor sich ging, endete die Sache mit einer relativ geringen Zahl von Opfern — es waren einige hundert Menschen zu Schaden gekommen. Kaum hatten aber die Soldatenmassen die Bewegung eingestellt, da griff die wutschäumende Regierung zu Repressalien. Die frech gewordenen Junker und Offiziere demolierten die Redaktion der „Prawda“, stürzten sich dann in die Bezirke und begannen die Bezirkskomitees der Partei zu demolieren. Das militärische Hauptquartier der Bolschewiki, die Militärorganisation — im Kseschinski-Palais — wurde von den unlängst von der Front eingetroffenen regierungstreuen Truppen umzingelt und nach einigen Stunden kampfflos genommen, da das Büro der Militärorganisationen Befehl gegeben hatte, die Räume widerstandslos aufzugeben. Nun setzte das Wüten der Reaktion ein: die bolschewistischen Regimenter wurden entwapnet, die Mitglieder unserer zentralen Institutionen verhaftet (die Genossen Kamenew, Trotzki, Lunatscharski, Krylenko, Kollontai, Raskolnikow, Mechanoschin), ferner wurde die Verhaftung Lenins, Sinowjews, Podwoiskis und anderer hervorragender Parteimitglieder angeordnet, es begannen Mißhandlungen von Soldaten und Arbeitern. Die Repressalien beschränkten sich nicht allein auf Petersburg, da die Bolschewiki auch in der Provinz und an der Front Kundgebungen veranstalteten. Die Repressalien an der Front waren noch grausamer und rücksichtsloser. Bald darauf begann auch der Prozeß wegen des bewaffneten Aufstandes in Petersburg: es wurde beschlossen, Lenin, Podwoiski, Kamenew und andere Bolschewiki zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Lenin definierte die nach dem Juli entstandene Lage wie folgt:

„ . . . Die Offensive an der Front und die Koalition mit den Kadetten im Hinterland treiben die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki in den Sumpf der Konterrevolution. In Wirklichkeit geht die Staatsgewalt in deren Hände über, in die Hände der Militärelique Kerenskis. Die Regierung Zeretellis und Tschernows ist lediglich das Aushängeschild derselben.“

Indem er die Lage so definiert, erklärt Lenin,

„daß man die Macht jetzt nicht mehr auf friedliche Weise ergreifen könne. Sie sei nunmehr nur zu erreichen, indem man die wirklichen Inhaber der Macht im gegenwärtigen Augenblick, nämlich die Militärelique Cavaignacs, die sich auf die nach Petrograd gebrachten reaktionären Truppen, auf die Kadetten und auf die Monarchisten stützt, in entschlossenem Kampfe besiege.“

Wer konnte die Konterrevolution und die diese schützenden Menschewiki und Sozialrevolutionäre besiegen? Allein die bewaffneten Arbeiter und Soldaten, antwortete Lenin und schlug vor, die gesamte Agitation auf die Klarlegung des konterrevolutionären Wesens der Regierung und der sie schützenden Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu richten.

„Gerade das revolutionäre Proletariat muß nach der Erfahrung des Juli 1917 selbständig die Staatsgewalt in die Hand nehmen — ohne diesen Sieg kann es keine Revolution geben.“

Nach den Juliereignissen erhob die Reaktion im Lande ihr Haupt. Die Partei war gezwungen, in die Illegalität zu gehen: Lenin, Sinowjew und einige andere Genossen lebten illegal; die bolschewistischen Zeitschriften wurden verboten; die bolschewistischen Versammlungen fanden teils konspirativ, teils unter dem Deckmantel der von der Regierung zugelassenen Organisationen statt.

In solcher Situation trat der 6. Parteitag zusammen. Lenin, Sinowjew und jene, die im Gefängnis saßen oder sich versteckt halten mußten, waren nicht anwesend.

Trotz der halblegalen Existenz waren auf dem Kongreß 187 Delegierte mit beschließender Stimme und 107 mit beratender Stimme anwesend, die rund 200 000 Parteimitglieder vertraten. Der Kongreß versammelte sich unter für die Partei höchst schwierigen Umständen; es nahmen an ihm als Vertreter der Meschrayonzy* der Genosse Manuilski und als Vertreter der Menschewiki-Internationalisten der Genosse J. Larin teil. Selbst Martow brandmarkte bei seiner Begrüßung des Kongresses Dan und Zeretelli als „Versailler“. Die Hauptfrage, die auf dem Kongreß zur Debatte stand, war die Frage der Macht. In der vom Kongreß angenommenen Resolution hieß es, daß der Augenblick herannahe, wo der friedliche Uebergang der Macht an die Sowjets unmöglich werde und wo also das revolutionäre Proletariat und die arme Bauernschaft die Macht nur mit bewaffneter Hand ergreifen könne, nachdem sie den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie gebrochen haben. Die Initiative in diesem Kampfe müsse die Partei der Bolschewiki auf sich nehmen, indem sie alle Errungenschaften der Revolution verteidigt und ihre Positionen in allen revolutionären Organisationen — Deputiertenräte, Gewerkschaften, Fabrikkomitees usw. — festigt. In der Resolution über die Gewerkschaften wurde die Rolle dieser Organisationen im Kampfe um den Sozialismus unterstrichen, ebenso ihr Wesen als Klassenkampforgane, und darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften diese revolutionäre Rolle nur dann spielen können, wenn sie mit der politischen Klassenpartei des Proletariats organisch verbunden sind.

Auf dem Parteitag wurde auch ein neues Parteistatut angenommen, ebenso eine Resolution über die Jugendverbände, die um diese Zeit überall spontan zu entstehen begannen.

Der Parteitag nahm auch eine Entschliebung an, daß Lenin vor Gericht nicht erscheinen soll, und begrüßte Lenin, Sinowjew und die anderen, die gezwungen waren, sich in der Illegalität verborgen zu halten; der Parteitag brandmarkte die konterrevolutionäre „Justiz“ Kerenskis und betonte, daß bei einer solchen „Justiz“ nicht nur keine Garantie für eine unparteiische

* Außerfraktionelle, lose Organisation von Sozialdemokraten-Internationalisten.

Prozeßführung, sondern nicht einmal für die elementarste persönliche Sicherheit vorhanden sei.

Schon damals zeichneten sich auf dem Parteitag jene wichtigen Meinungsverschiedenheiten ab, die heute, nach 10 Jahren, mit solcher Kraft erneut entbrannt sind: bei der Erörterung der Frage der Macht sprach der Genosse Preobraschenski den Gedanken aus (und beantragte, ihn in die Resolution aufzunehmen), daß man nur unter der Bedingung einer sozialistischen Revolution im Westen vom Aufbau des Sozialismus in Rußland sprechen könne.

4. Die Kornilowiade und die Vorbereitungen des Oktoberaufstandes

a) Die Kornilowiade

Obwohl der 6. Parteitag halbkonspirativ in Abwesenheit Lenins stattgefunden hatte, war er für die Partei von großer Bedeutung: einerseits war er eine Heerschau der Parteiarmee und andererseits legte er die taktische Linie fest, auf der die Partei den Kampf gegen die Konterrevolution furchtlos fortsetzen konnte.

Die Konterrevolution bereitete sich offensichtlich zu einem Angriff vor. Das wurde allen klar, als unmittelbar, nachdem der General Kornilow die Einführung der Todesstrafe nicht nur an der Front, sondern auch im Hinterland gefordert hatte, auf der von der Regierung einberufenen Reichskonferenz, einer Konferenz, wo die Vertreter der Bourgeoisie (der Stadtdumas, der Semstvos, der alten zaristischen Militärgruppen, Offiziere und Generale) neben den Menschewiki und den Sozialrevolutionären saßen und es für die Bolschewiki keinen Zutritt gab, wo die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sich mit der konterrevolutionären Bourgeoisie verbrüderten und wo die einzige revolutionäre Rede aus dem Munde Rjasanows kam, der im Namen der Gewerkschaften gegen die Nichtzulassung unserer Parteivertreter protestierte — als auf dieser elenden Karikatur eines „Parlaments“ die konterrevolutionären Generale (Kornilow, Kaledin, Alexejew) zusammen mit dem Kadetten Miljukow zur Beseitigung der Sowjets und zur Vernichtung der Bolschewiki aufriefen.

Die Reichskonferenz formulierte nur, was bereits vorher in Wirklichkeit vorbereitet wurde: Die Entfernung der revolutionären Truppen aus Petersburg, die Beorderung konterrevolutionärer Truppen von der Front nach der Hauptstadt, die Erschießung revolutionärer Arbeiter, die Vernichtung der bolschewistischen Partei; dafür versprochen die Engländer und Franzosen, d. h. die englische und französische Bourgeoisie, 5 Milliarden herzugeben unter der Bedingung, das Kerenski, die Kadetten, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre den Krieg fortsetzen.

Die Ausführung dieses Planes sollte durch General Kornilow geschehen. Heute ist bekannt, daß Kerenski, Sawinkow und andere Sozialrevolutionäre in diese Pläne eingeweiht waren. Es war beabsichtigt, konterrevolutionäre Truppen gegen Petersburg vorzuschicken, die revolutionäre Garnison aus der Hauptstadt abzuschieben und die revolutionären Matrosen mit Hilfe von Artillerie zu zwingen, aus Kronstadt an Land zu gehen.

Das Kräfteverhältnis im Lande war bereits der Konterrevolution nicht mehr günstig. Die Bolschewiki wachten über die Errungenschaften der Revolution, und als Kornilow die sogenannte „Wilde Division“ gegen Peters-

burg vorrücken ließ, erhoben sich auf den Aufruf der Bolschewiki hin alle Arbeiter und Soldaten wie ein Mann. Selbst die Menschewiki und die ehrlichen Sozialrevolutionäre begriffen, daß man nur unter der Führung der Bolschewiki Kornilow widerstehen könne: sie wandten sich um Hilfe an dieselben Organisationen der Bolschewiki, deren Namen sie vor gar nicht langer Zeit nicht einmal hören mochten.

Den Bolschewiki gelang es, die Pläne Kornilows zu durchkreuzen und damit zugleich ihre Kampforganisationen noch weiter zu stärken. Alle ehrlichen Elemente schlossen sich unserer Partei an. In den Sowjets ging die Mehrheit allmählich, aber immer entschiedener auf die Seite der Bolschewiki über: der Petrograder, der Moskauer und andere Sowjets wurden bolschewistisch, in den Neuwahlen zu den Sowjets, zu den Fabrikkomitees, zu den Städtumas wurden die Kandidaten der Bolschewiki gewählt. Darüber hinaus bereitete die Partei durch ihre Arbeit auch den Uebergang des revolutionären Teiles der Bauernschaft auf ihre Seite vor. Die aus Bauern bestehende Armee stand unter stärkstem Einfluß unserer Militärorganisation; diese Organisation schuf die sogenannten Landsmannschaften, d. h. Organisationen von Bewohnern des gleichen Dorfes, die in Petersburg lebten und entweder in Fabriken arbeiteten oder in einem Truppenteil dienten. Diesen Landsmannschaften gehörten Zehntausende an, die unter dem Einfluß unserer Agitation ins Dorf gingen und dort ihrerseits eine bolschewistische Agitation entfalteten. Die gleiche Rolle spielten die Agitationskurse, die von der Militärorganisation in Petersburg eingerichtet waren: Tausende von Soldaten und Arbeitern begaben sich von den Kursen direkt ins Dorf und entfalteten dort ebenfalls eine bolschewistische Agitation.

Unter der Führung der Militärorganisation entstand auch die Rote Arbeitergarde: die Bolschewiki haben in den Kornilowtagen unter Ausnützung der Verwirrung bei den Sozialrevolutionären und Menschewiki einen Teil der Arbeiter bewaffnet, und diese bewaffneten Abteilungen bildeten jene Kaders, aus denen dann die Rote Garde hervorstieg. Die Fabrikkomitees, die auf die Seite der Bolschewiki übergegangen waren, schritten mit Unterstützung der bolschewistischen Sowjets zur faktischen Kontrolle der Produktion.

Die Bourgeoisie begriff ebenfalls den Ernst der Lage. Sie führte das letzte Mittel ins Feld — die Vereinigung „aller lebendigen Kräfte des Landes“, d. h. sie versuchte die Koalition der Groß- und Kleinbourgeoisie, d. h. der Kadetten, der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki aufs neue zu befestigen. Um diese Zeit nun, als die Kadetten durch General Kaledin und Dutow im Süden und Südosten konterrevolutionäre Truppen sammelten, beriefen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die sogenannte Demokratische Konferenz der „Männer des öffentlichen Lebens“ ein. Die Bolschewiki verließen sehr bald dieses elende „Vorparlament“, wie es die Kadetten und Menschewiki nannten. Das „Vorparlament“ beschloß, eine Regierung ohne die Bourgeoisie zu bilden, doch brachte Kerenski am Tage nach diesem Beschlusse eine Regierung zusammen, der auch die Kadetten angehörten.

b) Die Vorbereitung des Aufstandes und die Rolle Lenins bei derselben

Lenin spielte bei der Vorbereitung des Aufstandes und in seiner Leitung eine hervorragende Rolle. Während seiner Illegalität veröffentlichte er eine

Anzahl hervorragender Werke, in denen sowohl die Grundlinien der Parteitaktik in der Periode vor und während des Aufstandes als auch praktische Ratschläge niedergelegt waren, die die Massen organisieren und die Kräfte sammeln halfen. Solche Arbeiten Lenins, wie „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“, solche Aufsätze, wie „Die Krise auf dem Höhepunkt“, „Briefe an das PK und MK (Moskauer Komitee) der SDAPR“, „Alle Macht den Räten“, „Briefe an die Genossen“, endlich solche taktischen Kampfarbeiten, wie „Ratschläge eines Fernstehenden“ — alles dies beleuchtete wie ein helles Schlaglicht den Weg, der beschritten werden mußte, und die Mittel, die für die Organisierung eines siegreichen Aufstandes erforderlich waren.

In all diesen Aufsätzen setzte Lenin auseinander, daß die Krise herangereift sei, daß der Kampf der verschiedenen Nationalitäten in Rußland bereits begonnen habe, daß die Armee fast ganz auf die Seite der Bolschewiki übergetreten sei, daß die politisch rückständigsten Arbeiter, wie beispielsweise die Eisenbahner, auf die Seite der Bolschewiki übergingen, daß selbst einige Elemente des revolutionär gestimmten Kleinbürgertums, wie z. B. die Linken Sozialrevolutionäre, sich von der Koalition trennten und sich den Bolschewiki anschlossen, und daß die konterrevolutionären Generale, nicht ohne Zutun der Entente, bereit seien, Riga und selbst Petrograd den Deutschen zu überlassen, nur um die Revolution niederzuschlagen, und daß infolge der entstandenen Situation der einzige Weg zur Ergreifung der Macht der Weg des bewaffneten Kampfes sei und deshalb die Frage der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes bereits auf der Tagesordnung stehe.

Die Arbeitermassen empfanden dies schon instinktiv, doch waren in der Partei Genossen, die sich mit der Ansicht Lenins nicht einverstanden erklärten.

Unter diesen traten besonders Sinowjew und Kamenew hervor. Am 10. Oktober faßte das ZK einen Beschluß, in dem klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht wurde, daß die entstandene internationale und innere Situation die Vorbereitung des Aufstandes als eine unaufschiebbare Aufgabe des Augenblicks diktiert. Gegen diesen Beschluß wandten sich Sinowjew und Kamenew, die am Tage darauf an die Partei einen Brief richteten, in dem sie darauf hinwiesen, daß unsere Partei im Lande noch keine Mehrheit besitze, daß die Bauernschaft schwanke, daß wir jedoch zugleich stark genug seien, um damit rechnen zu können, in der Konstituierenden Versammlung eine Mehrheit zu erhalten, daß die Mehrheit des internationalen Proletariats nicht auf unserer Seite sei, daß deshalb ein Aufstand nicht nur die Niederlage der russischen, sondern auch der internationalen Revolution bedeuten würde, und daß also der Verzicht auf den Aufstand und der Kampf für die konstituierende Versammlung die einzig richtige Taktik sei.

Am 29. (16.) Oktober fand eine Konferenz des ZK mit den verantwortlichen alten Parteimitgliedern statt. Hier wurde eine Resolution angenommen, in der die Konferenz sich dem Beschlusse des ZK anschließt und die Partei „und alle Arbeiter und Soldaten zu einer allseitigen, aufs höchste gesteigerten Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, zur Unterstützung des zu diesem Zwecke durch das Zentralkomitee geschaffenen Zentrums“ aufruft.

Lenin qualifizierte den Standpunkt Sinowjews und Kamenews als Aeußerung der „Kopfllosigkeit, der Panik und des Zusammenbruchs aller Grundideen des Bolschewismus und des revolutionären Internationalismus“.

Er selbst schlug folgenden Plan für den Aufstand vor:

1. Niemals mit dem Aufstand spielen, und wenn man ihn begonnen hat, genau wissen, daß man bis zu Ende gehen muß.

2. Man muß an der entscheidenden Stelle, im entscheidenden Augenblick ein großes Uebergewicht an Kräften zusammenziehen, denn sonst wird der Feind, der über die bessere Vorbereitung und die bessere Organisation verfügt, die Aufständischen vernichten.

3. Hat der Aufstand einmal begonnen, so muß man mit der größten Entschlossenheit handeln und unbedingt zur Offensive übergehen. „Die Verteidigung ist der Tod des bewaffneten Aufstandes.“

4. Man muß bestrebt sein, den Feind zu überrumpeln, den Augenblick abpassen, solange seine Truppen noch zerstreut sind.

5. Man muß danach trachten, Erfolge, und seien es auch kleine, zu erzielen, täglich (man kann sagen stündlich, wenn es sich um eine einzelne Stadt handelt), damit um jeden Preis das moralische Uebergewicht aufrechterhalten wird.

Marx faßte die Lehren aller Revolutionen in bezug auf den bewaffneten Aufstand mit den Worten Dantons, des in der Geschichte größten Meisters der revolutionären Taktik, zusammen: Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit!

In Anwendung auf Rußland und auf den Oktober 1917 bedeutet dies: Gleichzeitiger, möglichst überraschender und schneller Vorstoß gegen Petersburg, unbedingt von außen wie von innen her, sowohl von den Arbeitervierteln wie von Finnland, von Reval, von Kronstadt her, Angriff der gesamten Flotte, Konzentrierung eines gigantischen Uebergewichts an Kräften über die 15 000 bis 20 000 Mann (und vielleicht auch mehr) zählenden Truppen unserer „Bürgerlichen Garde“ (Junker), unserer „Vendee-Truppen“ (ein Teil der Kosaken usw.).

Unsere drei Hauptkräfte: die Flotte, die Arbeiter und die Truppenteile, sind so zu kombinieren, daß unbedingt: a) das Telephonamt, b) das Telegraphenam, c) die Bahnhöfe, d) die Brücken in erster Linie besetzt und um den Preis beliebig großer Verluste gehalten werden.

Die entschlossensten Elemente (unsere „Stoßtrupp“ und die Arbeiterjugend, wie die besten Matrosen) in kleinen Trupps aussondern zur Besetzung der wichtigsten Punkte und zur Beteiligung an allen wichtigen Operationen, z. B.:

Petersburg umzingeln und abschneiden, es durch eine kombinierte Attacke der Flotte, der Arbeiter und des Heeres erobern — das ist eine Aufgabe, die Kunst und dreifache Kühnheit erfordert.

Trupps der besten Arbeiter mit Gewehren und Bomben bilden für den Angriff und die Umzingelung des feindlichen „Zentrums“ (der Fähnrichschule, des Telegraphenamts und Telephonamts usw.) mit der Losung: „Den Feind nicht durchlassen, selbst wenn alle zugrunde gehen!“

IV. Der siegreiche Aufstand, die Bildung der Sowjetregierung und die Partei im Oktober

Die Sache ging ihrer Entscheidung entgegen. Als Antwort auf den Befehl des die Verfügungen Kerenskis zur Ausführung bringenden Generals Tscheremissow bezüglich der Abschiebung der revolutionären Truppenteile der Petrograder Garnison an die Front schuf der bolschewistische Petrograder Sowjet das „Revolutionäre Kriegskomitee“, das faktisch in Wirklichkeit den Aufstand leitete und durchführte. Dem Revolutionären Kriegskomitee gehörten an: Lenin, Swerdlow, Trotzki, Dserschinski, Podwoiski, Newski, Mechanoschin, Molotow, Galkin, Joffe, Urizki, Antonow-Owse-

jenko, Dybenko, Gussew und andere Genossen. Die politische Leitung des Aufstandes befand sich in den Händen des ZK und des PK; zu diesem Zwecke wurde vom ZK eine leitende Fünfergruppe gebildet, zu der Swerdlow, Stalin, Dserschinski, Bubnow und Urizki gehörten.

Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß Lenin in dem einen wie dem anderen Organ die Hauptrolle spielte.

Als am 24. Oktober (6. November) die Provisorische Regierung den Befehl gab, unsere beiden wichtigsten Kampfzeitungen: „Rabotschi Putj“ und „Soldat“ — das Zentralorgan der Partei und das Organ der Militärorganisation — zu schließen, befahl das Revolutionäre Kriegskomitee, die Druckerei wieder zu öffnen und beorderte zum Schutze derselben Soldaten des Litauischen Regiments und das 6. Reserve-Pionierbataillon.

In der Nacht vom 6. zum 7. November wurden alle Truppenteile, die der bolschewistischen Militärorganisation angehörten, in Kampfbereitschaft gesetzt, jedem Truppenteil wurde ein Kommissar des Revolutionären Kriegskomitees zugeteilt, die Rote Garde wurde mit Gewehren versehen, die Arbeiterbezirke mobilisiert, die Flotte zur Unterstützung der Landtruppen hinzugezogen, die Artillerie aus Finnland nach Petersburg in Marsch gesetzt. Im Verlauf des 7. November wurde der detaillierte Plan der Besetzung Petersburgs zur Ausführung gebracht: die revolutionären Truppen und die Rote Garde besetzten die zentralen Regierungsgebäude, das Winterpalais, das Telegraphen- und Telephonamt, die Reichsbank und die Bahnhöfe.

Auf Seiten der Regierung verblieben nur ganz wenige Truppen. Auf geringen Widerstand stießen die Bolschewiki am Winterpalais; im allgemeinen kostete der Oktoberaufstand in Petersburg nicht viel Opfer. Der Zweite Sowjetkongreß, der am 25. Oktober (7. November) begann, übernahm die vom Revolutionären Kriegskomitee, d. h. von den Arbeitern und Soldaten bereits eroberte Macht.

Zum ersten Male in der Welt wurde ein Sowjetstaat gebildet, d. h. ein Staat der Diktatur des Proletariats, die Macht der sich auf die ärmste Bauernschaft stützenden Arbeiter.

Welches waren die ersten Maßnahmen des ersten Sowjetstaates? Der Sowjetkongreß nahm vor allem zwei Dekrete an — das Dekret über den Frieden und das Landdekret.

Im Dekret über den Frieden schlug der Kongreß allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, unverzüglich Friedensverhandlungen einzuleiten und ungesäumt einen Waffenstillstand für drei Monate abzuschließen, um Friedensverhandlungen führen zu können. Außerdem wandte sich der Kongreß an die Arbeiter der drei führenden Länder der Welt: England, Deutschland und Frankreich, mit dem Aufruf, der Sowjetregierung zu helfen durch ihre Tätigkeit, die Sache des Friedens und der Befreiung der Werktätigen von Unterdrückung und Ausbeutung zu Ende zu führen.

In der Nacht wurde auch das Landdekret angenommen. Durch dieses Dekret wurde der gesamte Großgrundbesitz liquidiert; die Ländereien der Großgrundbesitzer, der Klöster und Kirchen, sowie die Apanageländereien gingen bis zur entsprechenden Beschlußfassung durch die Konstituierende

Versammlung in die Verfügung der Kreis- und Bezirks-Landkomitees und der Bezirkssowjets über. Damals wurde auch der Bauernukas angenommen, dem 242 lokale Bauerninstruktionen, deren Mehrzahl die Sozialisierung forderte, zugrunde gelegt wurden.

Die Bolschewistische Partei nahm in Berücksichtigung des Wunsches der gesamten Bauernschaft das Ausgleichsprinzip der Sozialisierung an, da, wie Lenin mit Recht bemerkte, dieser Ausgleich angesichts des Bestehens der Diktatur des Proletariats, der Arbeiterkontrolle, der Nationalisierung der Banken, der höchsten Arbeiter- und Bauern-Wirtschaftsinstitution (Oberster Volkswirtschaftsrat), d. h. des Organs, das die Volkswirtschaft reguliert, nichts befürchten lasse.

Damals wurde auch der erste Rat der Volkskommissare, zuerst ausschließlich aus Bolschewiki, gebildet, da die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Tagung des Sowjetkongresses verlassen hatten.

Das Proletariat der ganzen Welt begrüßte die Bildung des ersten Sowjetstaates.

Der anfänglich von Kerenski und der Bourgeoisie geleistete Widerstand wurde leicht gebrochen: die von Kerenski gesammelten Truppen gaben bei Zarskoje Selo nach kleineren Zusammenstößen den Kampf auf. Die Kosaken wichen unter dem Druck der revolutionären Truppen zurück und ihr von uns gefangen genommene General Krasnow wurde gegen sein Ehrenwort freigelassen.

Der von der konterrevolutionären Bourgeoisie in Petersburg organisierte Putsch der Junker wurde aufgedeckt und unterdrückt und das von der konterrevolutionären kadettischen Bourgeoisie geschaffene „Komitee zur Verteidigung des Vaterlandes und der Revolution“ erlitt damit eine Niederlage.

Die Erklärungen Plechanows, der versicherte, daß die Arbeiterklasse nicht reif genug sei, um die Macht zu übernehmen, ebenso wie die Erklärungen Martows, der die Bildung einer „Regierung der gesamten Demokratie“ vorschlug, flößten unserer Partei keine Furcht ein: das ZK lehnte jegliche Koalition mit den Menschewiki, Sozialrevolutionären und Bundisten, die die Oktoberrevolution nicht anerkannt hatten, ab.

Die in Petersburg Ende 1917 tagenden Kongresse der Eisenbahner und der Bauern unterstützten gleichfalls die Sowjetmacht, nachdem sich die sozialrevolutionären und menschewistischen Stimmen von der Mehrheit abgespalten hatten, und halfen mit, die leitenden Organe zur Verwaltung der Eisenbahnen und der Landwirtschaft zu organisieren.

In Moskau erfolgte die Uebernahme der Macht erst nach hartnäckigem Widerstand der konterrevolutionären Elemente, den man nur mit vieler Mühe und großen Opfern brechen konnte. In den anderen Orten Rußlands war der Uebergang der Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern schnell und schmerzlos. In den ersten Monaten der Oktoberrevolution vollzog die Sowjetherrschaft unter der klugen Führung der Partei ihren Siegeslauf durch das ganze Land.

Zwei von der Sowjetregierung in den ersten Wochen ihres Bestehens

durchgeführte Maßnahmen waren von größter Bedeutung, um die Volkswirtschaft vor dem Zerfall, verursacht durch den Krieg und den Widerstand der Bourgeoisie zu bewahren: es ist dies das Dekret über die Nationalisierung der Banken und die Errichtung des Obersten Volkswirtschaftsrates, Organe, die der Bourgeoisie den Boden unter den Füßen entzogen und die Wirtschaft des Landes regulierten.

Die Bourgeoisie empfing die neue Macht mit Wutgeheul und veranlaßte ihre ganze Intelligenz, in allen staatlichen, öffentlichen und wirtschaftlichen Institutionen die Arbeit niederzulegen. Dies brachte in die durch den Krieg ohnehin stark desorganisierte Wirtschaft noch größere Desorganisation. Die Partei wurde jedoch auch mit diesen Schwierigkeiten fertig: Zehntausende von Parteimitgliedern, Arbeiter und Bauern, ergossen sich mit einem Male in die militärischen, zivilen und wirtschaftlichen Organe und begannen, diese unter der Leitung der Partei zu organisieren.

Die Revolution hatte gesiegt, hatte die ersten Schwierigkeiten überwunden und ging an die Sammlung der Kräfte für den weiteren Kampf.

M. M. GORKITSCH:

DER OKTOBER UND DIE KJI.

Ueber den Einfluß der Oktoberrevolution auf die Entwicklung der Kommunistischen Jugendinternationale schreiben, heißt, über die gesamte Geschichte und alle Grundfragen der internationalen kommunistischen Jugendbewegung zu schreiben. Der Einfluß der russischen Revolution auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung der Arbeiterjugend war und ist so stark, so bedeutend und so entscheidend, daß es keine Frage, kein Problem gibt, in dem sich dieser Einfluß nicht stark geäußert hätte. In entscheidenden Momenten und an allen großen Wendepunkten in der Entwicklung dieser internationalen Organisation der revolutionären Jugend hat immer der Einfluß der russischen Bewegung, der russischen Revolution und der russischen Jugend die Oberhand bekommen, und hauptsächlich diesem Umstande ist es zu verdanken, daß richtige Beschlüsse rasch gefaßt wurden. Dieser entscheidende Einfluß kann in folgenden fünf Etappen am besten verfolgt werden: erstens Bedeutung der Revolution 1905 für die Entwicklung der internationalen Arbeiterjugendbewegung; zweitens Beeinflussung der Jugendinternationale durch den bolschewistischen Flügel der russischen Arbeiterbewegung während des letzten imperialistischen Krieges; drittens Einfluß der Februarrevolution auf die Entwicklung und Stellungnahme der Jugendinternationale; viertens die Oktoberrevolution und die Gründung der KJI und endlich fünftens die entscheidende Rolle des KJV der SU in der gesamten KJI seit ihrer Gründung.

I.

Vor der Revolution von 1905 gab es besondere Jugendorganisationen nur in wenigen Ländern. Erst die Revolution von 1905 brachte in ganz Europa

einen raschen Aufschwung der internationalen Arbeiterjugendbewegung. In einer ganzen Reihe von Ländern wurden Jugendorganisationen gegründet (Bulgarien, Ungarn), und in anderen Ländern wird der Vereinigungs- und Revolutionierungsprozeß innerhalb der bestehenden Jugendorganisationen als direkte Folge des Einflusses der russischen Revolution und der durch sie in ganz Europa hervorgerufenen revolutionären Welle vollzogen. Das wichtigste Moment dieses Einflusses ist unzweifelhaft die erste internationale Jugendkonferenz, die 1907 in Stuttgart stattfand. Die Revolution von 1905 hatte einen starken Einfluß nicht nur auf die Bildung selbständiger Jugendorganisationen in einzelnen Ländern, sondern auch auf das politische Gesicht der internationalen Jugendbewegung, auf ihre Ideologie und auf ihre Stellungnahme zu den wichtigsten strittigen Fragen der Arbeiterbewegung der damaligen Zeit.

In der Frage des Kampfes gegen den bürgerlichen Militarismus hat sich der Stuttgarter Kongreß vollkommen mit der bekannten Stellungnahme des Stuttgarter Kongresses der Sozialistischen Internationale, zu deren Zustandebringen Lenin und Rosa Luxemburg (die in die Unterkommission dieses Kongresses zu dieser Frage als Vertreter der russischen Bolschewiki gewählt wurden) viel beigetragen haben, vollkommen solidarisiert.

Die erste russische Revolution hatte zur Folge einen bisher nie dagewesenen Aufschwung der revolutionären Jugendbewegung in einzelnen Ländern, und dieser Aufschwung war die Basis, auf der die ersten praktischen Schritte zur internationalen Vereinigung dieser Bewegung, zur Gründung der Jugendinternationale unternommen wurden.

II.

Während des Krieges hat die Jugendinternationale die Fahne des revolutionären Sozialismus hochgehalten. Ihr internationales Organ, die „Jugendinternationale“, an der die besten Vertreter der Internationalen Linken mitarbeiteten (Lenin, Sinowjew, Liebknecht, Radek u. a.), wurde in 80 000 bis 100 000 Exemplaren gedruckt. Am Anfang des Krieges war die Position der Jugendinternationale in einzelnen taktischen Fragen unklar und verschwommen. Die bekannte Berner Konferenz (Ostern 1915) hat trotz der besten revolutionären Absichten der versammelten Delegierten in zwei wichtigen Grundfragen des konsequent revolutionären Kampfes gegen den Krieg — erstens in der Frage der Abrüstung und zweitens in der Frage der Verbindung des Kampfes für die Herstellung der Internationale mit dem Kampfe gegen die Sozialreformisten und die Zentristen — verschwommene und zweideutige Beschlüsse gefaßt. Die Vertreter des bolschewistischen ZK hatten daher der Konferenz ihre eigene Resolution vorgelegt. In einem Artikel hat Lenin einen solchen Standpunkt als einen „Schritt auf dem Platze“ charakterisiert und diese Beschlüsse offen einer bolschewistischen Kritik unterworfen. Lenin schrieb über die sozialistische Jugend in dieser Zeit folgendes:

„ . . . Bei einer solchen Lage in Europa hat der Verband der Sozialistischen Jugendorganisationen eine große, danksagende, aber deshalb auch schwere Aufgabe, für den revolutionären Internationalismus, für den wahren Sozialismus, gegen den herrschenden Opportunismus, der auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie übergegangen ist, zu kämpfen. In der „Jugendinternationale“ ist eine Reihe von guten Artikeln zum Schutz des revolutionären Internationalismus veröffentlicht, und die gesamte Ausgabe ist mit einem vorzüglichen Geiste durchdrungen des heißen

Hasses gegen die Verräter des Sozialismus, die in dem gegenwärtigen Kriege das „Vaterland verteidigen“, und mit dem ehrlichen Bestreben, die internationale Arbeiterbewegung von dem zersetzenden Chauvinismus und Opportunismus zu reinigen. . . .“

Die Fehler und Unklarheiten der sozialistischen Jugend hat Lenin, obwohl dem Inhalt nach scharf, aber der Form nach sehr mild und überzeugend, behandelt:

... . . . Theoretische Klarheit und Festigkeit gibt es in dem Jugendorgan noch nicht. Aber zu dem Mangel an theoretischer Klarheit solcher Menschen muß man sich ganz anders verhalten, als wir uns verhalten — und verhalten müssen — gegenüber der theoretischen Verwirrung in den Köpfen und gegenüber dem Fehlen der revolutionären Konsequenz in den Herzen unserer „Okisten“, „Sozialrevolutionäre“, Tolstoianer, Anarchisten, alleuropäischen Kautskyaner („Zentrum“) u. a. m. Eine Sache sind — erwachsene Leute, die das Proletariat verwirren und darauf Anspruch erheben, die anderen zu führen und sie zu belehren: gegen sie muß ein erbarmungsloser Kampf geführt werden. Eine andere Sache aber sind die Jugendorganisationen, die offen erklären, daß sie noch lernen und daß ihre Grundaufgabe ist — Arbeiter für die Sozialistische Partei vorzubereiten. Solchen Menschen muß allseitig geholfen werden, zu ihren Fehlern muß man sich möglichst geduldig verhalten und sich bemühen, ihre Fehler allmählich und überwiegend auf dem Wege der Ueberzeugung und nicht des Kampfes zu verbessern. Es kommt oft vor, daß die Vertreter der erwachsenen und der alten Generation es nicht verstehen, in der richtigen Weise an die Jugend heranzukommen, die gezwungen ist, sich dem Sozialismus anders zu nähern, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in den Umständen, wie ihre Väter. . . .“

Erst nach einer solchen Einführung geht Lenin über zur Kritik der „Jugendinternationale“ in einzelnen Fragen.

Lenin war bestrebt, diese Abweichung mit dem Mittel der kameradschaftlichen Beeinflussung und Ueberzeugung zu verbessern. Das ist am besten aus dem Schlußabsatz seines Artikels: „Bemerkungen über die Jugendinternationale“ ersichtlich:

„Noch einmal: diese Fehler müssen widerlegt und aufgeklärt werden, indem wir mit allen unsern Kräften die Berührung und Annäherung an die Organisationen der Jugend suchen, ihnen auf jede mögliche Weise helfen, und indem wir an sie verständig herankommen. . . .“

Die Stellungnahme der Jugendinternationale während des Krieges war durch die Stellungnahme der russischen Bolschewiki stark beeinflußt. Die scharfe Kritik ihrer Schwankungen in einzelnen Fragen durch Lenin hat zur Klärung dieser Fragen innerhalb der Jugendinternationale, zu ihrer richtigen Haltung, zu ihren Taten (Jugendtage, Arbeit in der Armee) nicht nur viel beigetragen, sondern sie war dabei entscheidend.

III.

Der Sieg der Februarrevolution in Rußland war ein wichtiges Ereignis auch in dem Leben und der Entwicklung der Jugendinternationale.

In einer ganzen Reihe von Fragen hat die Februarrevolution auf die richtige bolschewistische Stellungnahme gewirkt, und zwar:

- a) Voller Sieg der revolutionären Taktik innerhalb der Jugendbewegung.
- b) Notwendigkeit der Unterstützung der russischen Revolution.
- c) Unterstützung und Organisierung der Revolution in anderen Ländern als Hilfe für die russische Revolution (in erster Reihe in Deutschland).
- d) Entschiedener Bruch mit den Sozialpatrioten und keine Schwankung

in der Frage der Ablehnung der Teilnahme an der bekannten sozialpatriotischen Stockholmer Konferenz.

- e) Konsequentes Lossagen von allen Schwankungen und Unklarheiten in der Frage der Bekämpfung des Krieges.

Mit einem Worte: dank der Wirkung der Februarrevolution ist es der Jugendinternationale gelungen, in allen Fragen des Kampfes gegen den Krieg und für die Revolution sich von ihren Unklarheiten und Schwankungen völlig zu befreien.

IV.

Der Einfluß der Oktoberrevolution selbst auf die Jugendinternationale kann in folgenden Fragen am besten geschildert werden:

Ungעהurer Aufschwung der sozialistischen Jugendbewegung und ein rascher Prozeß der Linksschwenkung innerhalb der Jugendorganisationen in jenen Ländern, wo sich die Jugendbewegung unter der Vormundschaft der reformistischen Führer befand. Beide Prozesse haben sich nach dem Sieg der Oktoberrevolution in allen Ländern sehr rasch vollzogen.

Gründung der Kommunistischen Jugendinternationale. Sie war eine unmittelbare Folge der revolutionären Welle, die nach dem Oktobersiege entstanden ist. Mitten in den revolutionären Kämpfen des Proletariats um die Macht, die unter dem Einfluß der Oktoberrevolution in einzelnen Ländern geführt wurden (Ungarn, Bayern, Deutschland usw.), fand der erste (Berliner) Kongreß der KJI statt, auf dem eine lebendige Kampfinternationale als internationales, leitendes Organ der revolutionären Jugendbewegung der ganzen Welt geschaffen wurde.

Restlose Ueberwindung aller Illusionen innerhalb der KJI über die Zentristen und insbesondere über die zentristischen Jugendorganisationen. In dieser Frage gab es auf dem Berliner Kongreß wenig Schwankungen. Zu diesem Kongreß wurden schon z. B. die österreichischen zentristischen Jugendorganisationen überhaupt nicht eingeladen. Die Ueberwindung der Illusionen dieser Art wurde in den Beschlüssen richtig begründet.

Das erste Programm der KJI, das auf dem Berliner Kongreß der KJI angenommen wurde, hat als Grundlage die Erfahrungen der Kämpfe des russischen Proletariats und des Sieges der proletarischen Revolution.

Die Aufgaben der Kommunistischen Jugendverbände nach der Uebernahme der Macht wurden ebenfalls vollkommen auf Grund der Erfahrungen der Jugendorganisationen der Länder, wo die proletarische Revolution gesiegt hatte, festgesetzt.

Eintritt der KJI in die Komintern. Dieser Beschluß des Berliner Kongresses kennzeichnet auch die ungeheure Wirkung der Oktoberrevolution auf den Prozeß der internationalen revolutionären Vereinigung aller revolutionären Kräfte.

Wie die russische Revolution von 1905 die ersten internationalen Verbindungen der revolutionären Jugendbewegung gebracht hatte, so war der Sieg der Oktoberrevolution von 1917 eine Grundlage, auf der die Kommunistische Jugendinternationale als Kampforganisation der Arbeiterjugend aller Länder geschaffen wurde.

V.

Es wäre vollkommen unrichtig, zu denken, daß durch die oben geschilderten Tatsachen und Beschlüsse die ganze unmittelbare Beeinflussung des Oktobersieges auf die internationale Jugendbewegung geschildert ist. Dieser Einfluß der Oktoberrevolution dauerte eine ganze Periode nach dem Berliner Kongreß und dauert in einem gewissen Sinne gegenwärtig noch an. Wir haben im Auge das „Geschenk“, das die internationale kommunistische Jugendbewegung von dem Siege der Oktoberrevolution bekommen hat: das ist der Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion, seine reiche Erfahrung, seine leitende Rolle in der KJI.

Nehmen wir ein beliebiges Tätigkeitsgebiet der KJI und einzelner kommunistischer Jugendverbände — und überall, auf jedem Schritt werden wir Folgen oder Kennzeichen dieser Beeinflussung durch die Oktoberrevolution auf unsere Bewegung begegnen. Bolschewistische Organisationsformen, besondere Formen und Methoden der Beeinflussung der Massen der arbeitenden Jugend, Ausbreitung der KJI im Weltmaßstabe, bolschewistisches Verhältnis zur kommunistischen Partei, Ueberwindung des Avantgardismus, Arbeit unter der Bauernjugend, unter der Jugend der national und kolonial unterdrückten Völker, Erfahrungen der Arbeit unter den Soldaten und Matrosen, Formen der Erziehungsarbeit und Rolle der Erziehung in unseren Organisationen, illegale Tätigkeit unter den Verhältnissen des weißen Terrors usw. usw. Alles das sind Gebiete und Fragen, in denen die KJI die wichtigsten Erfahrungen von ihren russischen Brüdern bekam. Der Prozeß der restlosen Uebernahme aller Erfahrungen des KJV der SU, besonders seiner Erfahrungen in der Arbeit unter den Massen der Arbeiter- und Bauernjugend, wird in der KJI, besonders in ihren einzelnen Sektionen, noch lange dauern. Je schneller sich dieser Prozeß der Aneignung der Erfahrungen der Oktoberrevolution in den einzelnen Ländern vollziehen wird, desto reifer werden die Bedingungen für den Sieg des Oktobers in jedem einzelnen Lande sein.

Diese leitende Rolle des russischen Verbandes in der KJI und der russischen Partei in der KI wird von unsern Feinden, von Sozialdemokraten jeder Färbung, als eine Unterordnung der internationalen kommunistischen Bewegung unter die Interessen des Sowjetstaates und der Sowjetregierung bezeichnet. Das Geschwätz über die russische Alleinherrschaft in den zentralen Instanzen unserer Bewegung, über die „diktatorische Rolle russischer Emisäre“ bei den Zentralkomitees der einzelnen Länder ist allen bekannt. Der heutige Vorsitzende der Sozialistischen Jugendinternationale, Karl Heinz, als er Führer der 2½-Jugendinternationale war, schrieb über diese Frage sogar eine besondere Broschüre, deren Kern in folgendem Satz besteht:

„Die Kommunistische Jugendinternationale hat sich bedingungslos in den Dienst der bolschewistischen Politik gestellt . . .“ (Karl Heinz: „Entwicklung der KJI“, Leipzig 1922, Seite 31.)

Vor allem muß bei Betrachtung dieser Frage betont werden, daß eine Gegenüberstellung der Politik und der Interessen der KI und des Sowjetstaates vollkommen deplaziert ist. Die grundlegenden Interessen dieser beiden Organe der proletarischen Revolution sind dieselben. Jede Stärkung des Sowjetstaates bedeutet eine Stärkung der Komintern, und umgekehrt.

Die Sozialdemokraten verstehen unter dem Begriffe „Sowjetregierung“ die proletarische Revolution und durch ihre Vorwürfe über die Unterwerfung der KI unter den bolschewistischen Geist erstreben sie eine Begrenzung der KI und der kommunistischen Bewegung nur auf die Fragen einzelner Länder und eine „Trennung“ der KI von der proletarischen Revolution. Ihre kleinbürgerliche, gegenrevolutionäre Denkweise kann nicht verstehen, daß diese beiden Begriffe nur zwei fest zusammengefügte Teile ein und derselben einheitlichen Aufgabe — des Kampfes für die proletarische Revolution — sind. Daher diese Gegenüberstellung.

Was den leitenden Einfluß des russischen Teiles in der internationalen kommunistischen Bewegung inhaltlich betrifft, so müssen wir hier wiederholen, was schon oft gesagt wurde, und was jedem, sogar oberflächlichen Kenner des Marxismus bekannt sein muß: Das geographische Zentrum, die Achse der Revolution, befindet sich gegenwärtig in Rußland. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lag das Schwergewicht der Revolution in Frankreich, 1848 in Deutschland und seit 1905 und besonders seit dem Oktobersiege von 1917 liegt es in Rußland. Daher kommt auch die leitende, die zentrale Rolle Rußlands in der Revolution, wie in den kapitalistischen, so auch in den kolonial unterdrückten und national abhängigen Ländern (China usw.). Diese Tatsache wurde schon am Anfang dieses Jahrhunderts von allen Marxisten als etwas, das man nicht erst zu beweisen braucht, betrachtet. Schon im Jahre 1902 schrieb der heutige Renegat Kautsky einen Artikel über die Frage der russischen Revolution, in dem er über diese Frage folgendes ausführt:

„Gegenwärtig (im Gegensatz zum Jahre 1848) kann man annehmen, daß nicht nur die Slawen in die Reihe der revolutionären Völker getreten sind, sondern daß sich auch der Schwerpunkt des revolutionären Gedankens und der revolutionären Tat immer mehr und mehr zu den Slawen verschiebt. Das revolutionäre Zentrum verschiebt sich von Westen nach Osten. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts lag es in Frankreich, zeitweise in England. Im Jahre 1848 trat Deutschland in die Reihe der revolutionären Nationen. Das neue Jahrhundert beginnt mit solchen Ereignissen, die uns auf den Gedanken bringen, daß wir einer weiteren Verschiebung des revolutionären Zentrums entgegengehen, nämlich seiner Verschiebung nach Rußland . . . Rußland, das soviel revolutionäre Initiative aus dem Westen geschöpft hat, ist jetzt vielleicht selbst bereit, für diesen zu einer Quelle der revolutionären Energie zu werden. Die entfachte russische revolutionäre Bewegung wird vielleicht zu einem mächtigen Mittel werden, um jenen Geist des feigen Philistertums und der nüchternen Politikasterei auszutreiben, die sich in unsern Reihen breit zu machen beginnen, und wird von neuem die Kampfeslust und die leidenschaftliche Hingabe an unsere großen Ideale zur hellen Flamme auflodern lassen.“ (Zitiert aus: Lenin, „Die Kinderkrankheit des ‚Radikalismus‘ im Kommunismus“, Seite 6/7.)

Diese besondere Rolle der russischen Revolution und diesen leitenden Einfluß der „Russen“ in der KI und der KJI hat Lenin marxistisch in seinem Buche „Die Kinderkrankheit des ‚Radikalismus‘ im Kommunismus“ begründet.

„Andererseits hat der auf dieser granitenen theoretischen Basis entstandene Bolschewismus eine fünfzehnjährige (1903/1917) praktische Geschichte durchgemacht, die in bezug auf Reichtum der Erfahrung nicht ihresgleichen hat. Denn kein einziges Land hat in diesen fünfzehn Jahren auch nur annähernd so viel durchgemacht, wie Rußland im Sinne der revolutionären Erfahrung, der Schnelligkeit und des Wechsels der verschiedenen Formen der Bewegung; der legalen und illegalen, der friedlichen und stürmischen, der unterirdischen und offenen, der kleinen Konventikel und der Massenbewegung, der parlamentarischen und der terroristischen. In keinem Lande war

in einem so kurzen Zeitraum ein solcher Reichtum konzentriert an Formen, Schattierungen und Methoden des Kampfes aller Klassen der zeitgenössischen Gesellschaft, dabei eines Kampfes, der infolge der Rückständigkeit des Landes und des ungeheuren Joches des Zarismus besonders schnell heranreifte, sich besonders gierig und erfolgreich das entsprechende ‚letzte Wort‘ der amerikanischen und europäischen politischen Erfahrungen aneignete.“ (Lenin: „Die Kinderkrankheit des ‚Radikalismus‘ im Kommunismus“, Seite 11.)

Lenin hat ständig betont, daß diese führende Rolle des russischen Bolschewismus nur eine provisorische ist. Sobald die Revolution in einem Lande in Westeuropa siegen wird, wird das Schwergewicht der Revolution in dieses Land übertragen werden, und im Vergleich mit diesem Lande wird Rußland wieder ein „rückständiges“ (im sozialistischen Sinne) Land sein:

„... Ebenso wäre es ein Fehler, außer acht zu lassen, daß nach dem Siege der proletarischen Revolution auch nur in einem der vorgeschrittenen Länder aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintreten wird, nämlich: daß Rußland bald danach nicht ein vorbildliches, sondern wieder ein rückständiges (im sozialistischen und im ‚Sowjet‘-Sinne) Land werden wird.

Aber im gegebenen historischen Augenblick stehen nun einmal die Dinge so, daß das russische Vorbild allen Ländern etwas überaus Wesentliches aus ihrer unvermeidlichen und nicht fernen Zukunft zeigt.“ (Lenin: „Die Kinderkrankheit des ‚Radikalismus‘ im Kommunismus“, Seite 5.)

Eine ungeheuer große Bedeutung hat der Oktober für die KJI auch deshalb, weil durch den Sieg der Oktoberrevolution zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit die bekannten Grundsätze Karl Marx' über die sozialistische Umorganisation der Jugendarbeit zur praktischen Verwirklichung gekommen sind. Die Erfahrungen, die auf diesem Gebiete in der Sowjetunion bestehen, sind die Grundlage der programmatischen Forderungen der KJI über die sozialistische Organisation der Jugendziehung. Diese und alle anderen Errungenschaften der arbeitenden Jugend in der Sowjetunion haben für die Tätigkeit der KJI unter der Jugend der kapitalistischen Länder ungeheuer große Bedeutung.

Die ganze Geschichte der KJI ist aufs innigste mit der russischen Revolution verbunden. Die hundertprozentige Ausnutzung dieses Einflusses und der Erfahrungen des siegreichen Kampfes des russischen Proletariats ist eine Garantie und gleichzeitig eine der wichtigsten Vorbedingungen für die siegreiche Beendigung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

PROTOKOLLE DES ZK. DER SDAPR. (B)

(Veröffentlicht in den Nrn. 8/9 der Zeitschrift „Proletarische Revolution“)

Vorbemerkung der Redaktion: Die in der vorliegenden Nummer der „Proletarischen Revolution“ erscheinenden Protokolle, die durch den Genossen W. Rachmetow zum Druck vorbereitet wurden, bilden einen Teil der von dem Istpart (Kommission zum Studium der Geschichte der Oktoberrevolution und der Geschichte der KPSU) des ZK der KPSU (B) herausgegebenen „Protokolle des ZK der SDAPR (B)“, das auf dem 6. Parteitag (August 1917 bis März 1918) gewählt wurde.

In der Originalschrift stellen die Protokolle ein gebundenes Heft dar, in dem zuerst von der Genossin Stassowa und nachher von unbekannter Hand die Protokolle des ZK für das Jahr 1917 niedergeschrieben sind. Sie enthalten in kurzer Fassung die Beschlüsse des ZK, der volle Text der Resolutionen und Beschlüsse fehlt meistens und kommt nur als Anmerkung in den Fällen vor, wo diese Beschlüsse in der Presse veröffentlicht worden waren.

Im Originaltext sind Abkürzungen gebracht, statt der Namen steht öfters nur der erste Buchstabe. Alle Verbesserungen und Dechiffrierungen, die von dem Istpart des ZK der KPSU (B) gemacht wurden, gleichwie die entzifferten Pseudonyme, sind in eckigen Klammern gedruckt. Die Korrekturen, Streichungen usw., die im Heft gemacht waren, sind in den Anmerkungen genannt. Die Numerierung der Protokolle geschah durch die Redaktion. Die Protokolle werden vollständig ohne Lücken abgedruckt, die sogenannten „Konflikte-Angelegenheiten“ ausgeschlossen (im Jahre 1917 existierte keine ZKK und Konflikte jeglicher Art wurden im Zentralkomitee besprochen).

Die vorliegenden Protokolle umfassen die Zeitspanne vom 17. (4.) August 1917 bis zum 26. (13.) September. Wir nennen dieses letztere Datum aus dem Grunde, weil auf der nächsten Sitzung am 28. (15.) September das ZK während der Besprechung der berühmten Briefe Lenins schon eine andere Tätigkeitsperiode einleitete — die Periode der unmittelbaren Vorbereitung zur Organisation des Aufstandes. Die Hauptfragen, die protokolliert wurden, drehen sich um die Staatskonferenz, um den Kornilow-Putsch und um die Vorbereitung der demokratischen Beratung. Leider sind keine Protokolle unmittelbar aus den Kornilow-Tagen vorhanden. Eine gewisse Vorstellung aber über die Tätigkeit des ZK während der Kornilow-Tage kann man sich nach den in der „Prawda“ gedruckten Aufrufen, Resolutionen und Artikeln bilden, die die energische Tätigkeit des ZK zwecks Organisation der revolutionären Massen zur Abwehr des Kornilowschen Abenteuers illustrieren. Soweit man urteilen kann, hielt das ZK in den Tagen des Kornilowschen Aufstandes nur gelegentliche, womöglich unprotokolliert gebliebene Sitzungen ab. Nur eine kurze Bemerkung im Protokoll vom 12. September (30. August) über die „vom Genossen Kamenew verkündete Generaldiskussion“ deutet auf diejenigen Uneinigheiten hin, die damals im ZK vorhanden waren und ungefähr eineinhalb Monate später noch vor dem Oktober zu scharfen prinzipiellen Differenzen sich entwickelten.

Protokolle des Zentralkomitees der SDAPR (B) August bis September 1917

Protokoll Nr. 1

Die Plenarsitzung des ZK [17.] 4. August 1917

Anwesend: Stalin, Smilga, Bucharin, Dserschinski, Rykow, Joffe, Dschaparidse, Bubnow, Sokolnikow, Oppokow, Muranow, Swerdlow, Sergejew, Miljutin, Nogin, Stassowa, Kisseljow.

Tagesordnung:

1. Der Tätigkeitsplan des ZK im Anschluß an den Rechenschaftsbericht des alten ZK.
2. Die Konstituierung.
3. Die Redaktion und die literarischen Fragen.
4. Die Stockholmer Konferenz.
5. Die Verteidigungskonferenz.
6. Die Moskauer Konferenz.

Am Anfang der Sitzung wurde durch die Mitglieder des alten (bisherigen) ZK ein Bericht über seine Tätigkeit gegeben.

Gen. N[ogin] teilte mit, daß über K[amenew] Gerüchte vorhanden seien, daß er zu der Provokation Beziehungen habe und daß diese Gerüchte dem ZEK bekannt sind¹.

Das ZK beauftragt Gen. N[ogin], in dem ZEK anzufragen, was von ihm unternommen würde, um die Gerüchte über K[amenew] nachzuprüfen, da K[amenew] ein Mitglied des ZEK sei. Nach Erhalt der Antwort wird das ZK über diese Angelegenheit entscheiden.

Daraufhin wurde die Liste der Mitglieder des ZK, die auf dem Parteitag gewählt wurden, mitgeteilt, auch die der Kandidaten und die Reihenfolge ihres Eintritts als Mitglieder².

Die Anwesenden konstituierten sich als ZK und begannen ihre Arbeit.

Ferner wurde die Frage des engeren ZK besprochen und einstimmig entschieden. Es wurde beantragt, das engere ZK aus 11 oder 9 Personen zu bilden.

Für den ersten Vorschlag stimmten 9 Personen, für den zweiten 5. Es wird beschlossen, daß das engere ZK aus 11 Personen³ besteht.

Es wird beschlossen, daß das engere ZK seine Tätigkeit auf dem Prinzip einer strengen Einteilung der Funktionen aufbaut (Stalins Vorschlag).

Zwischen dem engeren ZK und den Bezirken wird der engste Kontakt in Form von periodischen, regelmäßigen, schriftlichen, gegenseitigen Rechenschaftsberichten festgelegt.

Das Plenum des ZK versammelt sich einmal im Monat.

Alle in S.-P[eters]b[urg] anwesenden Mitglieder beteiligen sich an den Sitzungen mit beschließender Stimme. Es wird beschlossen, eine Gruppe Instruktoren zu organisieren zwecks Durchführung bestimmter Kampagnen.

Die Zusammenstellung dieser Gruppe wird dem engeren ZK überlassen.

Die Mitglieder des ZK bearbeiten die Bezirke gemäß der Beschlüsse des ZK (einstimmig angenommen).

Ferner wurde die Frage über die Zeitung und die Zeitschrift auf die Tagesordnung gesetzt.

Es wird einstimmig beschlossen, daß „Der Arbeiter und der Soldat“ ein Organ des ZK⁴ sei.

Man beschließt, die Redaktion aus drei Mitgliedern zu bilden, ein Vertreter des P[etersburger] K[omitees], ein Vertreter der M[ilitär] O[rganisation].

Man beschließt, daß bis auf weiteres weder das PK noch die M[ilitär] O[rganisation] ein eigenes Presseorgan haben werden⁵.

Gen. B* schlägt vor, die politische Linie des ZK soll von der Redaktion streng eingehalten werden (einstimmig angenommen):

Es wird beschlossen, daß die Wochenschrift „Wperjod“ („Vorwärts“) Parteiorgan bleibt und das engere ZK wird beauftragt, diese Frage mit der Gruppe „Wperjod“ zu besprechen.

Es wird beschlossen, daß für alle Unkosten des „Arbeiter und Soldat“ das ZK zuständig sein soll.

Die „Rabotniza“ („Arbeiterin“)⁷ bleibt das zentrale Frauenorgan.

Es wird beschlossen, das Pressebüro aufzulösen, das Ausschnittbüro beizubehalten; die Regulierung der Wechselbeziehungen dieses letzteren mit dem zentr[alen] Organ wird dem engeren ZK überlassen.

Der Redaktion wird ein Mitarbeiterkollegium angegliedert.

In die Redaktion sind gewählt⁸:

Ko	— 15
Kow	— 12
Min	— 12**

Im Fall seiner Befreiung gehört T[rotzki] zur Redaktion (dafür 10, dagegen 11).

Die Ergänzung der Redaktion und die Ersetzung der Mitglieder im Fall des Austritts der Gen[ossen] wird dem engeren ZK übertragen.

Die Frage der Stellung zur Stockholmer Konferenz wird nicht besprochen, da der von dem Parteitag bestätigte Beschluß der Aprilkonferenz vorliegt⁹.

Auf die Tagesordnung wird die Frage der Stellung des ZK zur Verteidigungskonferenz gesetzt¹⁰.

Nach Diskussion wird über folgende Vorschläge abgestimmt:

1. Die Parteigruppen gehen nicht auf die Konferenz, sondern schicken eine begründete Absage (abgelehnt).

2. Die eingeladenen Gruppen gehen auf die Konferenz und organisieren sich dort (dafür 4 Stimmen).

3. Die Parteigruppen versuchen alles Mögliche, um eine Ablehnung zu erzielen, wollen aber die außerparteilichen Gruppen trotzdem gehen, so organisieren sich die B[olschewi]ki auf der Konferenz und verlassen demonstrativ den Saal (dafür 8, dagegen 6).

4. Das ZK beauftragt seine Mitglieder, die in Moskau sind, alle Bolschewiki zu organisieren, damit sie demonstrativ die Sitzung verlassen können (da angenommen wird, daß die Konferenz in Moskau tagen wird).

Zum Schluß wird Gen. Bucharin beauftragt, ein Manifest im Namen der Partei zu schreiben entsprechend dem dem ZK zur Erledigung übergebenen Parteitagbeschuß.

A n m e r k u n g e n .

¹ Der „Fall Kamenew“ gehörte zu den Verleumdungen der Bourgeoisie gegenüber unserer Partei. Am 23. (10.) August erschien in allen bürgerlichen Zeitungen ein Bericht angeblich vom Justizministerium, daß Kamenew ein Mitarbeiter der Kiewer „Ochraha“ gewesen sei. Ähnliche Gerüchte zirkulierten schon früher. Das Allrussische Zentral-

* Bucharin (?)

** So steht das im Text. S. Anmerk. 8.

Exekutiv-Komitee bildete eine spezielle Kommission, die aus Dan, Liber und Gotz bestand, um diese Frage nachzuprüfen.

Auf Veranlassung des ZK (s. unten, das Protokoll vom 8. August) veröffentlichte Kamenew in den Zeitungen am 25. (12.) August folgende Erklärung:

„Die in einigen Zeitungen seitens des Justizministeriums publizierte Mitteilung, veranlaßt mich, folgendes zu erklären:

1. Jede Mitteilung über meine Beziehungen zur politischen Polizei, irgendwo, irgendwann, in irgendwelcher Form — ist Lüge und Verleumdung.

2. Nachdem N. S. Tschcheidse mich von dem Brief in Kenntnis setzte, den ein Mitglied des ZEK des Arbeiter- und Soldatendeputiertenrates erhalten hatte und der die Angaben des Gendarmerieobersten Balabin enthielt, habe ich selbst dem Präsidium des EK vorgeschlagen, unverzüglich eine Kommission zu bilden, um diese ganze Sache zu untersuchen. Ich habe sofort die Frage aufgeworfen, ob das Präsidium mein provisorisches Fernbleiben von der politischen Arbeit nicht für notwendig halte. Ich erhielt die Antwort, daß das gar nicht in Frage käme.

3. In der veröffentlichten „Mitteilung des Justizministeriums“, die auf bloßen Angaben der Spitzel und der Gendarmerie beruht, kann man schon vor Beendigung der Arbeit der Untersuchungskommission einen politischen Schachzug erkennen, der nicht nur gegen mich, sondern auch gegen die Partei, zu der ich seit 15 Jahren gehöre und gegen die Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte, deren Präsidiumsmitglied ich bin, gerichtet ist. Indem ich meine Ehre und die Ehre der politischen Organisationen, in denen ich gearbeitet habe, schützen wollte, habe ich sofort dem Generalstaatsanwalt eine Eingabe gemacht, mit der Bitte, die ungeprüften, mich entehrenden Anzeigen der zaristischen Gendarmen zu untersuchen und die Schuldigen vor Gericht zu ziehen.

4. Um die Arbeit der Kommission zu erleichtern und die politischen Institutionen, in denen ich tätig bin, vor jeglichen verleumderischen Angriffen zu schützen, will ich jegliche öffentliche Tätigkeit bis zur Beendigung der Arbeiten der Untersuchungskommission aufgeben. Ich bin sicher, daß die Kommission des ZEK sehr bald die Lügen der Herren Gendarmen und ihrer Helfer ans Licht bringen wird.

J. K a m e n e w.“

Am 13. September (31. August) publizierte das Präsidium des ZEK, nach wiederholten Aufforderungen des ZK der Partei, folgenden Beschluß:

„Die Kommission zur Untersuchung der Beschuldigungen gegen Rosenfeld (Kamenew) wegen Provokation, überreichte dem Präsidium des ZEK der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte folgende Erklärung:

„Werte Genossen, nachdem wir, gemäß Eurem Auftrag, die Materialien zur Sache Rosenfelds (Kamenews) geprüft haben, sind wir zu dem einstimmigen Schluß gekommen, daß diese Materialien nicht den geringsten Anhaltspunkt zur Beschuldigung des Gen. Kamenew geben, daß er in Diensten der „Ochrana“ gestanden habe.

Alle Materialien beweisen mit Bestimmtheit, daß die Quelle dieses Ressorts — die Angaben der „Ochrana“-Beamten — auf eine zufällige oder böswillige Verwechslung verschiedener Personen zurückzuführen sind. Man hat Kamenew Handlungen unterschoben, die begangen wurden von Leuten, die im Laufe der Untersuchung eindeutig identifiziert und schon vorher als Provokateure entlarvt wurden.

F. D a n, M. L i b e n, R. G o t z.“

„Dieser Beschluß wird durch das Präsidium des ZEK der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt. Tschcheidse.“

Durch diese Erklärung des Präsidiums des ZEK wurde der „Fall“ des Gen. Kamenew erledigt.

² Auf dem 6. Parteitag der SDAPR (B) (8.—16. August 1917 (26. VII. bis 3. VIII.) wurde ein ZK aus 21 Mitgliedern und 10 Kandidaten gewählt. Als Mitglieder des ZK wurden gewählt die Genossen: Artem (Sergejew, F. A.), Bersin, J. A., Bucharin, N. I., Bubnow, A., G., Dserschinski, F. E., Sinowjew, G. E., Kamenew, L. B., Kollontai, A. M., Krestinskij, N. N., Lenin, W. I., Miljutin, W. N., Muranow, M. K., Nogin, W. P., Rykow, A. J., Swerdlow, J. M., Smilga, J. P., Stalin, J. W., Trotzki, L. D., Sokolnikow, G., Uritzki, M. S., Schaumjan, S.. Von den 10 Kandidaten sind nur 8 bekannt: die Genossen Lomow, G. J., Joffe, A. A., Stassowa, E. D., Jakowlewa, W. N., Dschaparidse, P. A.

(Aljoscha), Kisseljow, A. S., Preobraschenski, E. A., Skrypnik, N. A. Da einige Mitglieder des ZK sich an der Arbeit des ZK nicht beteiligen konnten, da die einen, zum Beispiel die Gen. Lenin und Sinowjew, sich verborgen hielten, die anderen, wie die Gen. Kamenew, Kollontai und Trotzki, im Gefängnis saßen, so würde an ihre Stelle eine Reihe Kandidaten in das ZK. aufgenommen.

³ Ueber das engere ZK siehe unten im Protokoll des ZK vom 18. (5.) August 1917.

⁴ „Der Arbeiter und der Soldat“, eine bolschewistische Tageszeitung, welche die in den Julitagen zerstörte „Prawda“ ersetzte. „Der Arbeiter und der Soldat“ wurde als Organ der Militär-Organisation der SDAPR (B) betrachtet. Diese Zeitung existierte vom 5. August (23. VII.) 1917 bis zum 22. (9.) August. Am 23. (10.) August wurde sie von der Provisorischen Regierung verboten.

⁵ Die Militär-Organisation der SDAPR (B) war bald nach der Februarrevolution, laut eines Beschlusses des ZK für die Arbeit unter den Truppenteilen der Petersburger Garnison gebildet. Nach den Apriltagen dehnte die Militär-Organisation ihre Arbeit auch auf die Provinz aus und bildete sich zu einer allrussischen Organisation aus, indem sie den Namen „MO beim ZK und PK der SDAPR (B)“ erhielt. Ihr Presseorgan war die „Soldaten-Prawda“, mit einer Auflage von etwa 50 000 Exemplaren. Im Juni fand eine Allrussische Konferenz der MO statt, auf der 26 000 Soldatenmitglieder der Partei vertreten waren. Die Konferenz wählte ein Allrussisches Zentralbüro der MO.

Die MO besaß in ihrer Tätigkeit eine gewisse Autonomie: sie besaß ihre Zellen, mit denen sie direkt, ohne Vermittlung der allgemeinen Parteiorganisationen verbunden war. Einige von ihren Mitgliedern wollten sogar eine von dem IK getrennte Kasse gründen. Durch eine Reihe Beschlüsse des ZK wurde die MO mit der allgemeinen Parteiorganisation vereinigt (s. die Protokolle des ZK vom 16., 20., 23., 31. August).

⁶ „Wperjod“ — war bis August 1917 das Organ des Petersburger Meschrayonzi-Komitees der vereinigten Sozialdemokraten (Internationalisten). Die Organisation entstand vor dem Krieg. Offiziell hatte sie einen außerfraktionellen Charakter, indem sie frühere Plechanow-Leute, Menschewiki und teilweise von der Partei abgesprungene Bolschewiki vereinigte. Im August 1917, während des 6. Parteitages der SDAPR traten die Meschrayonzen in die bolschewistische Partei ein. Die erste Nummer der Zeitschrift „Wperjod“ erschien 1917 am 15. (2.) Juni. Die Redaktion bestand aus den Genossen Joffe, Tschudnowski, Urizki, Manuilski, Jurenaw, Trotzki, Prigorski und Kubyschkin (nach den Angaben von Gen. Jurenaw im Dezember 1926).

Seit der Nummer 9 vom 15. (2.) September 1917, hatte die Zeitschrift den Untertitel „Wochenschrift des Zentralkomitees der SDAPR“. Ueber das Redaktionskollegium siehe unten, in den Protokollen des ZK vom 8. und 20. August.

⁷ Die „Rabotniza“ — eine Wochenschrift, Organ des ZK der SDAPR (B). Die Wochenschrift befaßt sich mit den Fragen der Arbeit unter den Frauen. Sie erschien zum ersten Male im Jahre 1914, wurde aber nach Kriegsbeginn verboten. Sie erschien wieder 1917. Die Nummer 1—2 erschien am 23. (10.) Mai. Seit 1917 bis 1923 erschien die „Rabotniza“ nicht regelmäßig. Seit Januar 1923 wird die Zeitschrift regelmäßig herausgegeben.

⁸ Anscheinend bedeutet Ko[ba] = Stalin, Kow = Sokolnikow, Min = Mi[ljuti]n. Den Anhaltspunkt für diese Dechiffrierung gaben die Protokolle des ZK vom 8. und 20. August. In dem Protokoll vom 20. August steht, daß die Redaktion des „Wperjod“ aus Stalin, Sokolnikow, Miljutin, Manuilski und Urizki besteht, und im Protokoll vom 8. August — daß die Redaktion des „Wperjod“ von Urizki, Manuilski und den drei Mitgliedern des ZK gebildet ist. Auf diese Weise stellt es sich heraus, daß diese Drei des ZK — Stalin, Sokolnikow und Miljutin waren.

⁹ Die Stockholmer Konferenz sollte auf Initiative des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates im Sommer 1917 stattfinden. Zur Teilnahme waren alle proletarischen Parteien und Gruppierungen eingeladen, die auf der Plattform „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ standen. Die Bolschewiki lehnten die Teilnahme ab und erklärten, daß die Partei nur mit denjenigen Arbeiterparteien beraten würde, die den revolutionären Standpunkt vertreten und in ihrem Lande für den Uebergang der Staatsmacht in die Hände des Proletariats kämpfen. Der farblosen Stockholmer Konferenz stellten die Bolschewiki die Losung der Gründung der III. Internationale entgegen. In diesem Sinne waren die Resolutionen der bolschewistischen Aprilkonferenz und des 6. Parteitages der SDAPR verfaßt. Die Stockholmer Konferenz wurde einigemal verschoben und kam zum Schluß doch nicht zustande, da die französischen, englischen und belgischen Kompro-

mißler, die die Idee der Weiterführung des Krieges unterstützten, sich weigerten, an der Konferenz, auf der die deutschen Sozialdemokraten anwesend sein sollten, teilzunehmen.

¹⁰ „Die Landesverteidigungskonferenz“ fand in Petersburg am 20.—21. (7.—8.) August 1917 statt. Sie wurde durch das AZEK einberufen, die um „die Frage der Verteidigung eine mächtige demokratische Organisation bilden“ sollte. (Worte Tschcheidses in der Eröffnungsrede.) Auf der Beratung waren ungefähr 600 Personen anwesend — Vertreter der Sowjets, Genossenschaften, Gewerkschaften, Stadtdumas und anderer Organisationen. Die Bolschewiki begnügten sich mit der Vorlesung ihrer Deklaration und verließen die Sitzung.

Die Deklaration ist in der Nr. 15 des „Arbeiter und Bauer“ vom 9. August 1917 abgedruckt. (Siehe W. Wladimirowa „Die Revolution 1917, Bd. IV, Seite 302—304.)

Protokoll Nr. 2.

Plenarsitzung des ZK [18.] 5. August 1917

Anwesend waren: Oppokow, Dserschinski, Smilga, Sokolnikow, Stalin, Sergejew, Muranow, Joffe, Dschaparidse, Bucharin, Nogin, Miljutin, Bubnow, Swerdlow, Kisseljow, Rykow, Stassowa.

Tagesordnung:

1. Das engere ZK.
2. Das Manifest.
3. Die Moskauer Beratung.
4. Die Einteilung der Kräfte.
5. Die Kampagne betreffs der Verleumdung.
6. Die Kampagne betreffs der Konstituante.
7. Die Vollziehung der Beschlüsse des Parteitages.
8. Die Arbeit in dem PK.
9. Beurlaubungen.

Genosse N[ogin] berichtet, daß Gotz im Falle K[amene]w eine offizielle Antwort erteilt hat, daß eine Kommission zur Untersuchung der Gerüchte gewählt worden ist, und daß die Kommission bis jetzt nichts Belastendes gefunden hat.

Das ZK beschließt, die Beteiligung eines Mitgliedes des ZK an der Untersuchungskommission zu fordern und wählt den Genossen D[schaparidse]¹.

Ferner wird beschlossen, Genossen K[amenew] alles mitzuteilen und ihm den Vorschlag zu machen, die Arbeit provisorisch einzustellen.

Es wird das engere ZK in folgender Zusammensetzung gewählt:

Stalin, Sokolnikow, Dserschinski, Miljutin, Urizki, Joffe, Swerdlow, Muranow, Bubnow, Stassowa, Schaumjak (und bis zur Ankunft dieses letzteren Smilga).

Die Verteilung der Funktionen nach den Gebieten.

Für das Moskauer Gebiet — vier Mitglieder des ZK (Nogin, Oppokow, Bucharin, Rykow).

Für den Ural — ein Mitglied (Krestinski). Es wird beschlossen, ihn schriftlich von seiner Wahl und dem Beschluß, ihn mit der Arbeit im Uralgebiet zu betrauen, in Kenntnis zu setzen.

Für das Donezbecken: Sergejew.

Für den Kaukasus — abwechselnd zwei: Dschaparidse und Schaumjan.

Für Finnland — einer: Smilga.

Die Organisierung und Bearbeitung der sonstigen Gebiete (Wolgagebiet, die nordwestlichen Gebiete, Sibirien) wird dem engeren ZK übertragen.

Das Manifest wird nicht angenommen; es wird beschlossen, es umzuarbeiten².

Die Moskauer Beratung³.

Nach der Debatte wird abgestimmt:

1. Für den Boykott — 4 Stimmen.
2. Gegen die Aufforderung zum Boykott — 7 Stimmen.
3. Sich an der Sitzung zu beteiligen, eine Fraktion zu organisieren, die eine Deklaration verfassen wird, und sobald die Sitzung eröffnet und das Präsidium gewählt sein wird (bevor die Arbeiten der Beratung beginnen werden) — den Saal zu verlassen — einstimmig angenommen.

Für die Durchführung der Kampagne beschließt das ZK herauszugeben:

1. ein Flugblatt⁴;
2. eine Resolution⁵;
3. eine Reihe Artikel im „Arbeiter und Soldat“⁶.

Was die Organisationen betrifft, so muß sich ihre Tätigkeit in Form von Versammlungen, Kundgebungen, Streiks äußern — jede Organisation muß sich in der Wahl der Form ihres Auftretens nach den örtlichen Bedingungen richten.

Gen. D[schaparidse] erörtert die Frage betreffs der Unterstützung der muselmanischen Organisation. Es wird beschlossen, daß das ZK dieser Organisation zur Unterstützung 5000 Rubel versprechen, aber mit Rücksicht auf den schlechten Zustand der Kasse im Augenblick nur 1000 auszahlen soll und den Rest — sobald als möglich.

Es wird beschlossen — mit Rücksicht auf den Wunsch der Kasaner Organisation, auf die Verkehrsmöglichkeiten usw. — die Kasaner Organis[ation] dem Moskauer Gebiet zuzuteilen.

Das Gehalt der Mitglieder des ZK wird in der Höhe von 500 Rubel für Verheiratete und 400 Rubel für Unverheiratete in S.-P[eters]b[urg] festgesetzt; der Bezug von Gehältern aus zwei Funktionen ist nicht gestattet; das Gehalt wird möglichst von den örtlichen Organisationen bezogen, wenn die Mittel dort nicht ausreichen, dann werden sie von der Kasse des ZK ergänzt.

Anmerkungen.

¹ Betreffs des Falles Kamenew — siehe Anmerkung ¹ zum Protokoll des ZK vom 17. (4.) August. (Siehe auch die Resolutionen des ZK in der Anmerkung zum Protokoll vom 21. (8.) August.

² Es handelt sich um das Manifest des 6. Parteitages der SDAPR (B).

³ Die Moskauer Staatsberatung tagte am 25.—28. (12.—15.) August und war das Zentrum für die Organisation der konterrevolutionären Kräfte. Auf den verschiedenen offiziellen und inoffiziellen Sitzungen wurde das konterrevolutionäre Auftreten Kornilows vorbereitet. Die Bolschewiki wurden nicht zugelassen und begnügten sich mit der Publikation ihrer Deklaration in den Zeitungen und ihrer Uebergabe an das Präsidium des Komitees. Den Text der Deklaration siehe bei Wladimirowa „Die Revolution 1917“, Band IV, Seite 307—308.

⁴ Der Aufruf des ZK betreffend die Moskauer Beratung erschien ursprünglich in der Kronstadter Zeitung „Proletarskoje Djelo“ („Die proletarische Sache“). Seinen Text siehe bei Wladimirowa, Band IV, Seite 305—306.

⁵ Die Resolution betreffend die Moskauer Beratung wurde auf der nächsten Sitzung des ZK angenommen. Siehe unten, Anmerkung zum Protokoll des ZK vom 19. (6.) August.

⁶ In dem Zentralorgan unserer Partei wurden folgende Artikel über die Moskauer Beratung gedruckt: „Gegen die Moskauer Beratung“ in der Nr. 14 des „Arbeiter und Soldat“; „Wohin führt die Moskauer Beratung“, „Moskau streikt“, „Das Petrograder Proletariat und die Moskauer Beratung“, „Die Moskauer Beratung und die Konstituante“ in der Nr. 1 des „Proletarier“; „Zwei Wege“ und „Die Wahrheit wird herauskommen“ in der Nr. 2 und „Die Resultate der Beratung“ in der Nr. 4 des „Proletarier“.

Protokoll Nr. 3.

Die Sitzung des engeren Ausschusses [des ZK]
[19.] 6. August 1917

Anwesend: Stalin, Smilga, Dserschinski, Sokolnikow, Muranow, Miljutin, Swerdlow, Stassowa, Urizki.

Tagesordnung:

1. PK.
2. Die Konferenz der Betriebskomitees.
3. Die Versicherungskonferenz.
4. Beratung über die Verteidigungskonferenz.
5. Die Moskauer Beratung.
6. Ueber die Gefangenen.
7. Die Einteilung der Funktionen.
8. Helsingfors.

Man beschließt, das PK mit der Stellung zur Moskauer Beratung bekanntzumachen, da das PK auf seiner Sitzung am Tage vorher den Beschluß der Boykottierung der Beratung angenommen hatte, in dem Glauben, damit die Linie des ZK durchzuführen.

Auf die Konferenz der Betriebskomitees¹, die am 7. August eröffnet wird, wird Miljutin kommandiert, der die ganze Arbeit leiten und einen Bericht über die gegenwärtige Lage geben soll.

Auf den Versicherungskongreß wird Smilga delegiert (Eröffnung am 10. August)².

Da die Verteidigungskonferenz³ in S. P[eters]b[urg] stattfinden wird, so wird Gen. Gļebow (ZB der Gewerkschaftsverbände) beauftragt, die Kampagne nach den vom ZK beschlossenen Richtlinien zu führen, die Unterhandlungen mit ihm werden Swerdlow anvertraut.

Zunächst wird die Einteilung der Funktionen der Mitglieder des engeren ZK besprochen.

Die Redaktion ist schon gebildet.

Ueber die Zeitschrift⁴:

Die finanzielle Seite wird Gen. Saweljew anvertraut, die Redaktion muß das Kollegium bilden.

In das PK werden Urizki und Smilga (bis zur Ankunft Bubnows) delegiert. Der letztere wird durch ein Telegramm aufgefordert, schnellstens einzutreffen.

Die Organisationsarbeit wird dem Sekretariat übergeben, dem 5 Mitglieder des ZK angehören müssen.

Zum Kassierer wird einstimmig Muranow gewählt.

Dem Sekretariat gehören an: Dserschinski, Joffe, Swerdlow, Muranow und Stassowa.

Beim ZK wird eine Gruppe gebildet, die die Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung leitet; aus dieser Gruppe tritt ein Mitglied in das ZK mit beratender Stimme ein. Swerdlow wird beauftragt, diese Gruppe zu organisieren.

Mehrere (drei) Mitglieder des ZK werden beauftragt, eine Kommission für die Wahlen in die Konstituante zu bilden, der Vertreter der bolschewistischen Fraktion, des ZEK, der Gewerkschaftsverbände und der nationalen Sektionen unserer Partei angehören sollen.

In diese Kommission werden vom ZK Urizki, Sokolnikow und Stalin⁶ gewählt.

Stalin wird beauftragt, mit Gotz betreffs der Untersuchungskommission in K[amen]ews Angelegenheit zu sprechen⁶.

Die Resolution die Moskauer Beratung betreffend wird angenommen⁷.

Es wird beschlossen, alle wirtschaftlichen Angelegenheiten dem Orgbüro zu übergeben, das aus seiner Mitte einen Genossen bestimmen wird, der diese Arbeit übernimmt (Joffe wurde dazu bestimmt).

Wegen Helsingfors beschließt man, Smilga zu beauftragen, alles mögliche zu tun, um nach Helsingfors zu fahren. Sobald er eine Erlaubnis vom Stab erhält, soll er fahren⁸.

Die sonstigen Fragen werden auf die nächste Sitzung vertagt.

A n m e r k u n g e n .

¹ Die zweite Konferenz der Petersburger Betriebskomitees tagte vom 20.—25. (7.—12.) August 1917. Auf der Konferenz waren etwa 400 Delegierte anwesend, größtenteils Mitglieder unserer Partei. Die Konferenz hat sich ganz nach den bolschewistischen Losungen orientiert.

² Wahrscheinlich handelt es sich um die Petersburger Versicherungs-Konferenz vom 3.—5. September (21.—23.) August 1917.

³ „Die Verteidigungskonferenz“ siehe Anmerkung 10 zum Protokoll des ZK vom 17. (4.) August.

⁴ Es handelt sich um die erneute Herausgabe der Zeitschrift „Proswechtschenje“ („Die Aufklärung“), die 1914 verboten wurde. In der Periode vor dem Oktober ist nur eine Doppelnummer (Nr. 2) dieser Zeitschrift erschienen, nach der das Erscheinen eingestellt wurde.

⁵ Die Kommission betreffs der Konstituante trug die durch das ZK empfohlenen Kandidaten zur Konstituante in ihre Listen ein und erledigte die ganzen Vorbereitungsarbeiten zur Wahlkampagne.

⁶ Fall Kamenew — siehe Anmerkung 1 zum Protokoll des ZK vom 17. (4.) August.

⁷ Die Resolution über die Moskauer Beratung wurde in dem „Arbeiter und Soldat“ vom 21. (8.) August 1917 publiziert. Ihr Text — siehe Wladimirowa, Band IV, S. 302—304.

⁸ Ueber Helsingfors teilte uns Gen. Smilga folgendes mit:

Nach dem 6. Parteitag beschloß das ZK, Gen. Smilga als Mitglied des ZK nach Finnland zu schicken, um dort die Parteiarbeit der russischen Organisationen zu leiten. Das war sehr wichtig, mit Rücksicht auf die große Rolle, die die baltische Flotte und die in Finnland liegenden Garnisonen für die Vorbereitung der Oktoberrevolution spielten. Bald nach seiner Ankunft wurde Gen. Smilga zum Vorsitzenden des Gebietskomitees für die „Vereinigung der Armee, der Flotte und der Arbeiter Finnlands“ gewählt.

Protokoll Nr. 4.

Die Sitzung des engeren ZK [21.] 8. August 1917

Anwesend: Bucharin, Joffe, Smilga, Dserschinski, Miljutin, Swerdlow, Urizki, Stalin, Stassowa, Muranow.

Tagesordnung:

1. Verteidigungskonferenz.
2. Zeitschrift.
3. Urlaubsfrage.
4. Das PK.
5. Der Hungerstreik in Kresty.
6. K[amen]ew.

Zu Punkt 1 wird beschlossen, daß die bolschewistische Partei auf der Verteidigungskonferenz mit einer Erklärung auftreten soll. Die Ausführung dieses Beschlusses wird Swerdlow¹ anvertraut.

Man beschließt, der Zeitschrift den Titel „Die Aufklärung“² zu geben. Der Vorschlag, sie „Kommunist“ zu nennen, bekommt eine Stimme weniger.

Die Einteilung der Zeitschrift, der Kostenanschlag und die Liste der Mitarbeiter werden angenommen.

Es wird über die „Wperjod“-Angelegenheit³ berichtet. Die Zeitschrift wird ganz dem ZK unterstellt. Die Redaktion soll aus denselben drei Redakteuren des ZK + Urizki und Besrabotny [Manuiski] gebildet werden.

Urlaubsfrage:

Es wird beschlossen, Stassowa sofort einen Urlaub bis zum 1. September zu geben und die Besprechung des Urlaubs für Miljutin bis zur Ankunft Bubnows zu verschieben.

Urizki und Smilga berichten über die Arbeit des PK:

1. Die Gemeindewahlkampagne: es ist eine Liste von 60 Mitgliedern für die zentrale Stadtduma⁴ aufgestellt; weiter ist der Text für drei Aufrufe (an die Arbeiter, an die Soldaten und an die Frauen⁵) ausgearbeitet; es wird beschlossen, am Sonntag, den 13., in allen Stadtvierteln Wahlversammlungen zu organisieren.

2. Die Rechenschaftsberichte werden von dem ZK sobald als möglich zusammengestellt; die Sache ist dadurch erschwert, daß die Materialien von der Gegenspionage aufgefangen wurden.

3. In die Redaktion ist Wolodarski⁶ gewählt.

4. Das PK beschließt, eine Genossenschaft mit Anteilscheinen zu bilden, um eine Druckerei zu kaufen und ein eigenes Presseorgan herauszugeben.

5. Das PK bittet bei dem ZK um die Erlaubnis, den Fall B—w* zu bearbeiten.

6. Das PK soll reorganisiert werden — die Stadtkonferenz wird in Bälde einberufen werden.

Der Plan der Gemeindewahlkampagne des ZK, desgleichen die vom PK vorgeschlagene Liste (außer einem Mitglied, T—w*, wird angenommen.

* Die Namen sind nicht dechiffriert worden.

Das Gesuch des PK betreffs des Falles B—w wird genehmigt mit der Bemerkung, daß es erwünscht wäre, eine entsprechende Prüfung der Sache der B—wa und S—s* vorzunehmen.

Der Beschluß des ZK (des Plenums) darüber, daß **provisorisch** nur ein Organ „Der Arbeiter und Soldat“ erscheinen soll, wird bestätigt.

Es wird über den bevorstehenden Hungerstreik in Kresty berichtet und daß Trotzki gegen diesen Plan ist. Es wird beschlossen, in Erfahrung zu bringen, ob der Streik schon begonnen hat, und, im positiven Fall, unter Mitwirkung des PK in den Betrieben und Fabriken eine Protestresolution gegen die Behandlung der Gefangenen seitens der Behörden einzubringen (ein entsprechender Aufruf in der Zeitung)⁷.

Hat der Streik noch nicht begonnen, dann soll in der Zeitung ein Aufruf erscheinen, nicht in den Hungerstreik zu treten; die Protestkampagne ist aber auf jeden Fall durchzuführen.

Man beschließt, eine Rechtsanwälte-Kommission zu bilden für die Verteidigung bei den bevorstehenden politischen Prozessen.

Fall K[amene]w:

Er wird von der Arbeit suspendiert⁸. Es wird beschlossen, sein Verhalten während seines Auftretens im ZEK gemäß seiner Bitte nicht eher zu besprechen, als bis er seine Erklärungen dazu abgegeben hat.

Was unsere Stellung zur Stockholmer Konferenz anbetrifft, so wird man sie aus der morgen, den 9., in dem „Arbeiter und Soldat“ erscheinenden Artikel klar ersehen.

Während der Debatte wurde K[amene]ws Verhalten L[enin] und S[inowjew] gegenüber erörtert (betr. des Ausbleibens).

Anmerkungen.

¹ Die Verteidigungskonferenz — siehe Anmerkung 10 zum Protokoll des ZK vom 17. (4.) August.

² „Die Aufklärung“ — siehe Anmerkung 4 zum Protokoll des ZK vom 19. (6.) August.

³ „Wperjod“ — siehe Anmerkung 6 zum Protokoll des ZK vom 17. (4.) August.

⁴ Die Liste der bolschewistischen Kandidaten in die zentrale Stadtduma — siehe „Der Proletarier“ Nr. 4, 30. (17.) August 1917.

⁵ Die Aufrufe sind in Nr. 7 des „Proletarier“ vom 3. September (22. August) 1917 erschienen.

⁶ Laut Beschluß des ZK gehörte der Redaktion des Zentralorgans ein Vertreter des ZK der SDAPR an. Dieser Vertreter war Genosse Wolodarski.

⁷ In den „Kresty“ waren wegen der „Sache vom 3.—5. Juli“ verhaftete Bolschewiki gefangen gehalten, ohne daß man ihnen eine Anklage zustellte. Der Protestaufruf gegen das Verhalten der Behörden, das einen Hungerstreik zur Folge hatte, erschien in dem „Arbeiter und Soldat“ vom 22. (9.) August in der Nr. 15. Der Text lautet:

An die Arbeiter Petrograds!

Laut dem Bericht der „Nowaja Schisn“ haben die politischen Gefangenen der „Kresty“ den Hungerstreik erklärt. Genossen, Arbeiter! Auch im republikanischen Rußland werden politische Gefangene monatelang ohne Anklageschrift in Haft gehalten, wodurch die Verhaftung als eine gewöhnliche Racheaktion erscheint. Wir haben gegen die Gemeinheiten des zaristischen Regime, gekämpft und werden auch gegen die Gemeinheiten der Regierung der „Rettung der Revolution“ kämpfen

Genossen, Arbeiter! Organisiert Protestversammlungen und faßt Resolutionen. Die ganze Welt soll die schmachvollen Taten der Gefängnisaufseher und unsern Protest gegen

* Die Namen sind nicht dechiffriert worden.

die Verhöhnungen, denen im „freien Rußland“ die politischen Gefangenen ausgesetzt sind, erfahren.

* Wir zitieren den Text der Resolution des ZK der SDAPR (B) zum Fall Kamenew, die in der „Nowaja Schisn“ abgedruckt war („Der Arbeiter und Soldat“ war bereits verboten und der „Proletarier“ erschien noch nicht):

„Im Anschluß an die in der Presse erschienenen Mitteilungen des Justizministeriums betreffs der ihm zur Verfügung stehenden Angaben über die Angehörigkeit des Gen. J. B. K a m e n e w zur Ochrana, erklärt das ZK der SDAPR, daß es dem Gen. Kamenew sein volles Vertrauen ausspricht und die gegen ihn gerichtete Anklage als böswürdige Verleumdung und Fortsetzung der schon längst begonnenen Hetze gegen die SDAPR betrachtet, daß das ZK gegen die Veröffentlichung der Anzeigen der Gendarmen gegen den Genossen, dessen zehnjährige Arbeit seine Anhänglichkeit zur proletarischen Bewegung bewiesen hat, protestiert, eine strenge Untersuchung des Zustandekommens der Veröffentlichung dieser Anzeigen fordert, und auf einer beschleunigten Untersuchung der Sache besteht, zu welchem Zweck das ZK in die betreffende Kommission ein Mitglied des ZK kommandiert.“

* Während der Sitzung des AZEK vom 19. (6.) August, nach der Besprechung der Rede des Menschewik Rosanow über die Stockholmer Konferenz, trat Genosse Kamenew mit einer Rede auf, in der er auf die Notwendigkeit, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen, hinwies. Unter anderem sagte er, daß die bolschewistische Partei sich früher gegen die Beteiligung geäußert habe, aber daß es jetzt nötig sei, „diesen Beschluß nachzuprüfen“. Gegen diese Rede wurde während derselben Sitzung seitens des Bolschewiks Kurajew protestiert, indem dieser im Namen der Partei offiziell erklärte, daß die Partei keinen Grund hätte, ihren Beschluß nachzuprüfen, sondern sich im Gegenteil auf diesen Beschluß definitiv festgelegt habe.

Dieses Auftreten des Genossen Kamenew gab Anlaß zu einem Brief Lenins an die Redaktion des „Proletariers“ (siehe Gesammelte Werke, Bd. XIV, T. 2, S. 56 bis 58).

In Nr. 15 des „Arbeiters und Soldat“ vom 22. (9.) August erschien der Artikel „Noch etwas über Stockholm“, indem gegen Kamenew heftig polemisiert und der Boykott der Stockholmer Konferenz verteidigt wird.

Protokoll Nr. 5.

Die Sitzung des engeren Ausschusses [des ZK]

[26.] 13. August 1917

[Die Liste der Anwesenden fehlt im Original.]

T a g e s o r d n u n g :

1. Uebergabe der Druckerei.
2. Ueber die Zeitung „Der Soldat“.
3. Ueber die Liquidation der Geschäfte des „Arbeiter und Soldat“.

Es wird beschlossen, die Druckerei, desgleichen den Verlag „Priboj“ in andere Hände zu übergeben, mit Rücksicht auf die Möglichkeit ihrer Konfiskation. Es ist erwünscht, die Druckerei den Gewerkschaftsverbänden zu übergeben. Swerdlow wird beauftragt, diese Angelegenheit zu erledigen.

Es wird beschlossen, der Zeitung „Soldat“¹ den Namen „Proletarier“² zu geben und sie dem ZK zu übergeben, damit sie zum Zentralorgan wird. Zu diesem Entschluß ist man auf Grund der Erwägungen über die technischen Möglichkeiten, den „Proletarier“ in der Druckerei „Trud“ zu drucken, gekommen. Die Ausführung wird Stalin anvertraut.

Betreffs der Liquidation „Arbeiter und Soldat“³ wird beschlossen, einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über alle Einnahmen und Ausgaben zu verlangen, und den Rest des Geldes der Kasse des ZK zu übergeben.

A n m e r k u n g e n.

¹ „Der Soldat“ erschien seit dem 26. (13.) August als Organ der Militärorganisation statt des von der Provisorischen Regierung verbotenen „Arbeiter und Soldat“. Die Redaktion bestand aus den Genossen Podwoiski, Iljin-Schenewski und Newski.

Die Bestimmung des ZK betreffs des Nichtweitererscheinens des „Soldat“ wurde nicht ausgeführt. Die Zeitung erschien bis zur Oktoberrevolution. Nach dem Uebergang der Macht an die Sowjets, wurde sie durch die „Soldaten-Prawda“ ersetzt. Siehe unten die Protokolle vom 16. August und 6. September.

² „Der Proletarier“, das Zentralorgan der SDAPR, der den durch die Provisorische Regierung verbotenen „Arbeiter und Soldat“ ersetzte, erschien vom 26. (13.) August bis zum 5./IX. (23./VIII.) 1917. Im ganzen erschienen 9 Nummern. Am 6. September (24. August) 1917 wurde er von der Provisorischen Regierung verboten.

³ „Der Arbeiter und Soldat“ wurde von der Provisorischen Regierung am 23. (10.) August verboten.

Protokoll Nr. 6.

Sitzung des engeren ZK

[27.] 14. August 1917

[Die Liste der Anwesenden ist im Original nicht vorhanden.]

T a g e s o r d n u n g :

Nachrichten aus Moskau.

Aus Moskau ist Genosse Jurowski eingetroffen, der berichtet, daß auf der Versammlung des Moskauer Komitees über die Bildung eines Provisorischen Revolutionskomitees aus 7 Personen in Moskau berichtet wurde. Es setzt sich zusammen aus: 2 Bolschewiki, 2 Menschewiki, 2 Sozialrevolutionären und 1 vom Stab¹.

Er berichtete über die voraussichtliche Durchführung der Pläne des konterrevolutionären Militärbüros mit Kornilow, Grusinow u. a.² an der Spitze, über die Möglichkeit einer Verhaftung der Führer des Büros, über die durch die Eisenbahner erzwungene Einstellung des Aufmarsches der Kosaken gegen Moskau usw.

Im Zusammenhang mit diesem Berichte hat das ZK beschlossen, eine Informationsverbindung mit den Sozialrevolutionären und den Resten des ZEK³ anzuknüpfen, wobei von vornherein erklärt wurde, daß die Bildung des Informationsbüros keine der beteiligten Parteien zu etwas verpflichtet.

Gleichzeitig wurde beschlossen, Genossen Bubnow nach Moskau zu schicken, um ausführliche Auskunft über die Geschehnisse einzuholen.

In das Informationsbüro werden Swerdlow und Dserschinski delegiert.

A n m e r k u n g e n.

¹ Bestimmte konterrevolutionäre Kreise versuchten die Staatsberatung in Moskau für eine konterrevolutionäre Verschwörung auszunutzen. Ausführliche konterrevolutionäre Pläne wurden besonders auf der „privaten Beratung der Männer des öffentlichen Lebens“ in Moskau am 21. bis 23. (8. bis 11.) August 1917, festgelegt.

Zur Bekämpfung des geplanten Auftretens der Konterrevolution, wurde ein geheimes Revolutionskomitee des Sowjets gebildet, das die ganze Arbeit zur Vorbereitung eines bewaffneten Widerstandes für den Fall einer konterrevolutionären Aktion leitete. Wie bekannt, begann der Kornilow-Aufstand zwei Wochen später.

Einzelheiten siehe bei Ignatow „Der Moskauer Sowjet“, Seite 307.

² Es handelt sich um das „Büro für die Organisierung der öffentlichen Kräfte“, das auf der schon erwähnten privaten Beratung gewählt war. Dieses Büro bildete in der ersten Hälfte August 1917 das legale Zentrum der Konterrevolution.

³ Die meisten Mitglieder des AZEK befanden sich während dieser Tage auf der Staatsberatung in Moskau. Die in Petersburg zurückgebliebenen Mitglieder des AZEK versammelten sich einige Male und bildeten aus ihrer Mitte ein Informationsbüro im Anschluß an die Gerüchte über ein geplantes Auftreten der Konterrevolution.

Sitzung des engeren ZK

[29.] 16. August 1917

[Die Liste der Anwesenden ist im Original nicht vorhanden.]

Tagesordnung:

1. Die Stockholmer Konferenz
2. Zimmerwald.
3. Die Versicherungskonferenz.
4. Die Militärorganisation.
5. „Der Soldat“.

Betreffs der Stockholmer Konferenz wird der frühere Beschluß, daß man sich an ihr nicht beteiligen soll, bestätigt. Unsere Stellung bleibt ablehnend. Im Anschluß an den Plan des ZEK, eine Versammlungskampagne anläßlich der Stockholmer Konferenz durchzuführen, wird beschlossen, eine Resolution zu verfassen, nach der sich unsere Agitatoren in ihren künftigen Reden richten sollen. Stalin, Sokolnikow und Urizki werden mit der Abfassung der Resolution beauftragt.¹

Aus Gründen technischer Art wird beschlossen, auf die Zimmerwald-Konferenz² keinen Delegierten zu schicken. Das ZK soll durch Radek und Orlovski [Worowski] vertreten werden, wobei sie den bestimmten Auftrag bekommen, im Fall, daß die Mehrheit beschließen wird, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen, Zimmerwald zu verlassen.

Man beschließt: Skrypnik ist für die Durchführung der Versicherungskonferenz³ verantwortlich, und vom ZK einen Delegierten zu schicken, der über die augenblickliche Lage berichten soll.

Es werden zwei Erklärungen des Zentralbüros der Militärorganisation vorgelesen (die Erklärungen werden dem Archiv des ZK übergeben)⁴: 1. den „Soldat“ betreffend, und 2. ein Protest gegen das Verhalten Smilgas und Stalins dem Büro gegenüber.

Betreffs des Büros wird beschlossen, daß das Militärbüro eine Organisation darstellt, die die Arbeit unter den Soldaten leitet. Dabei wird bestimmt: laut Parteistatut darf neben der führenden Parteiorganisation keine andere Parteiorganisation existieren. Das trifft auf die örtlichen Organisationen ebenso wie die allrussischen zu. Aus diesem Grund kann auch das Allrussische Büro der Militärorganisation kein selbständiges politisches Zentrum bilden.

Die Ausgabe einer Soldatenzeitung wurde als erwünscht bezeichnet. Als solche bleibt der „Soldat“. Die Ausgabe dieser Zeitung wird von dem ZK der gegenwärtigen Redaktion überlassen und ein Mitglied des ZK wird mit Vetorecht angegliedert. Die Redaktion wird vom ZK ernannt. Das Militärbüro kann diese oder jene Liste der Redakteure dem ZK zur Bestätigung vor-

legen. Die Unterhandlungen mit dem Militärbüro und die Organisation einer regelmäßigen Verbindung zwischen dem Büro und dem ZK werden Swerdlow und Dserschinski übertragen. Sie werden mit der provisorischen Kontrolle der Redaktion des „Soldat“ beauftragt.

A n m e r k u n g e n .

¹ Ueber die Stockholmer Konferenz siehe Anmerkung 1 zum Protokoll des ZK vom 21. (8.) August.

² Es handelt sich um die dritte Zimmerwalder Konferenz, die vom 5. bis 14. September (23. August bis 1. September) 1917 in Stockholm tagte. Radek hat sich an ihr als Vertreter Polens beteiligt. Seitens Rußlands war dort außer Genossen Worowski (Orlowski) auch Genosse Semaschko (Alexandrow) anwesend.

³ Ueber die Versicherungskonferenz siehe Anmerkung 2 zum Protokoll des ZK vom 19. (6.) August.

⁴ Die Erklärungen des Zentralbüros der Militärorganisationen sind im Archiv des ZK nicht vorhanden. Wahrscheinlich war das ein Protest gegen die Beschlüsse des ZK vom 17. (4.) und 26. (13.) August.

Ueber die Militärorganisation siehe Anmerkung 5 zum Protokoll des ZK vom 17. (4.) August.

Protokoll Nr. 8.

S i t z u n g d e s e n g e r e n Z K

[2. September] 20. August 1917

[Die Liste der Anwesenden ist im Original nicht vorhanden.]

T a g e s o r d n u n g :

1. Literarische Angelegenheiten.
2. Resolution über die Moskauer Beratung für den Petrograder Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat.
3. Ueber die Mitarbeit an der „Nowaja Schisn“.
4. Die Sammlungen des ZEK am 28. und 29. August.
5. Ueber Rjasanows Erklärung.
6. Kongreß der Arbeitersektionen der Räte.
7. Manifest an die Arbeiter aller Länder.
8. Kommission betr. der Konstituante.
9. Militärorganisation.

I. a) „D e r P r o l e t a r i e r“.

E r w e i t e r t e s M i t a r b e i t e r - K o l l e g i u m .

Es wird beschlossen, die Zeitung in Rubriken einzuteilen und ihre Leitung Genossen zu übergeben, die in das Kollegium eintreten sollen.

Folgende Rubriken werden vorgeschlagen:

1. Gewerkschaften: Gen. Glebow.
2. Ernährung: Gen. Wladimirow.
3. Literatur: Gen. Lunatscharski.
4. Kommunales: Gen. Urizki.
5. Politische Rundschau: Gen. Besrabotny [Manuilski].
6. Reportage: Gen. Karachan.
7. Parteileben: Gen. Swerdlow.

8. Aus dem Reich: Gen. Joffe.
9. Soldatenangelegenheiten: Gen. Menschinski oder Gen. Newski.
10. Bauernangelegenheiten: Gen. Newski.
11. Betriebs- und Versicherungsangelegenheiten: Gen. Skrypnik.
12. Ausland: Gen. Urizki.

Außerdem wird beschlossen, einen Vertreter des PK mit beschließender Stimme der Redaktion einzugliedern.

b) „Der Soldat“.

Genosse Bubnow wurde in die Redaktion mit Vetorecht delegiert.

c) „Wperjod“.

Die Redaktion besteht aus 5 Personen (Genossen Stalin, Sokolnikow, Miljutin, Besrabotny [Manuilski] und Urizki).

„Wperjod“ ist das populär-propagandistische Organ des ZK; Diskussionen werden nicht zugelassen.

d) „Proswechtschenije“ („Die Aufklärung“).

In die Redaktion werden die Genossen Stalin, Sokolnikow, Miljutin, Lunatscharski, Saweljew und Rjasanow gewählt, wobei Rjasanow darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Zeitschrift die Linie der Zimmerwalder Linken verfolgen wird.

e) „Priboj“.

„Priboj“ wird durch die Redaktion des „Wperjod“ geleitet, wobei das ganze Redaktionskollegium nur in dem Fall die Broschüren besprechen muß, wenn zwei von den Mitgliedern in der Abschätzung des Materials nicht einig werden konnten.

Ueber die Druckerei — außerhalb der Tagesordnung.

Genosse Joffe wird beauftragt, die Angelegenheiten der Druckerei und Expedition in Ordnung zu bringen und auf der nächsten Sitzung des ZK den Rechenschaftsbericht zu erstatten.

II. Resolution über die Moskauer Beratung für den
PA und SDR².

Der Entwurf der Resolution der Fraktion wird vorgelesen; die Genossen Sokolnikow, Stalin und Dserschinski werden beauftragt, den Entwurf umzuarbeiten und in endgültiger Fassung der Fraktion vorzulegen.

III. Ueber die Mitarbeit an der „Nowaja Schisn“³.

Es wird beschlossen, die mitarbeitenden Mitglieder der Partei zu veranlassen, ihren Austritt aus der Redaktion mitzuteilen.

IV. Die Sammlungen des ZEK am 28. und 29., an der
Halbjahresfeier der Revolution.

Dserschinski macht Mitteilungen darüber.

Es wird beschlossen, eine aktive Anteilnahme an den Sammlungen abzu-

lehnen, mit dem Hinweis auf das Verhalten des ZEK zu den Bolschewiki und auf die Verletzung der Beschlüsse des Rätekongresses.

V. Rjasanows Erklärung darüber, daß Lenin und Sinowjew vor Gericht erscheinen werden⁵.

Gen. Urizki wird beauftragt, Gen. Rjasanow darauf hinzuweisen, daß er zu dieser Erklärung nicht ermächtigt war.

VI. Das Manifest an die Arbeiter aller Länder.

Wird vorgelesen und dem Verfasser zwecks Umarbeitung übergeben. Die sonstigen Fragen werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Anmerkungen.

¹ „Priboj“ war im Jahre 1917 der Verlag des ZK und des PK der SDAPR (B).

² Die Resolution über die Moskauer Beratung wurde von der bolschewistischen Fraktion während der Sitzung des Rates am 21. August vorgeschlagen. Ihren Text siehe bei Wladimirowa B. IV, S. 332—333.

³ „Nowaja Schisn“ — eine von Gorki, Luchanow und Djesnizki (Strojew) u. a. in den Jahren 1917—1918 herausgegebene Zeitung. Mitarbeiter waren auch einige Bolschewiki: Lunatscharski, Rjasanow u. a. „Nowaja Schisn“ war ein Organ der Gruppe der Sozialdemokraten-Internationalisten. Die politische Linie der „Nowaja Schisn“ war von der bolschewistischen sehr verschieden: sie war für die Einheitsfront mit den rechten Sozialisten, für die Bildung eines „demokratischen Ministeriums“, gegen die Losung „alle Macht den Sowjets“ usw.

Ueber den Austritt der Bolschewiki aus der „Nowaja Schisn“ siehe unten, das Protokoll des ZK vom 12. September (30. August).

⁴ Die Sammlungen an der Halbjahresfeier der Revolution wurden durch das AZEK zwecks der Auffüllung der Kasse der Sowjets veranstaltet (s. das nächste Protokoll).

⁵ Es handelt sich um folgendes: auf der Sitzung des Petrograder Sowjets am 19. August, während der Besprechung der Verhaftungen der Bolschewiki erklärte Rjasanow: „Das Fernbleiben Lenins und Sinowjews wird die Durchführung der Gerichtsverhandlung nicht beeinträchtigen, wenn sie zu gegebener Zeit vor Gericht erscheinen.“ (Nach dem Bericht der „Nowaja Schisn“ Nr. 106.)

Protokoll Nr. 9.

Sitzung des engeren ZK

[5. September] 23. August 1917

[Die Liste der Anwesenden fehlt im Original.]

Tagesordnung:

1. Beteiligung an dem Organisationsbüro für Sammlungen.
2. Die gerichtliche Verfolgung der „Rjetsch“ wegen Verleumdung.
3. Die Militärorganisation.
4. Die Landsmannschaften.
5. Der allrussische Kongreß der Arbeitersektionen der Räte.
6. Das Plenum des ZK.
7. Ueber Gen. Kamenew.

I. Die Teilnahme am Organisationsbüro für die Halbjahresfeier der Revolution und die Organisation von Sammlungen¹

Was die Sammlungen betrifft, so wird der auf der letzten Sitzung angenommene Beschluß bestätigt; man beschließt, in das Büro einen Delegierten zu schicken (Gen. Swerdlow), der dort die Freiheit der Losungen und der Aktionen der Partei verteidigen soll.

II. Es wird beschlossen, „Rjetsch“ wegen Verleumdung nicht zu verklagen²

III. Die Militärorganisation³

Rechenschaft über die Geldmittel wird abgelegt; Gen. Swerdlow gibt einen Bericht.

Der früher angenommene Beschluß über die MO wird bestätigt.

IV. Die Landsmannschaften

Man beschließt, den Organisationsplan dem Büro des ZK zur gründlichen Durcharbeitung zu übergeben und den örtlichen Organisationen durch Rundschreiben die Wichtigkeit der Arbeit unter den Bauern klar zu machen.

V. Der Allrussische Kongreß der Arbeitersektionen Zur nächsten Sitzung vertagt.

VI. Das Plenum des ZK

Es wird beschlossen, es zum 3. September einzuberufen.

VII. Ueber Gen. Kamenew

Man beschließt, dem ZEK offiziell mitzuteilen, daß, wenn die Untersuchungskommission des ZEK bis zum 29. August Gen. Kamenew nicht rehabilitiert, das ZK der SDAPR dann genötigt sein wird, Gen. Kamenew vorzuschlagen, seine Erklärung betreffend sein Zurücktreten von der öffentlichen Betätigung zurückzunehmen.

Anmerkungen.

¹ Wir zitieren den Text der Resolution, die in Nr. 1 des „Arbeiter“ veröffentlicht wurde:

„Das ZK unserer Partei erhielt am 22. August den Vorschlag, in das Komitee für die Organisation von Sammlungen anlässlich der Halbjahresfeier der Revolution einzutreten. Nachdem dieser Vorschlag nachgeprüft und folgendes konstatiert wurde:

1. nämlich, daß das ZEK die Verhaftung der Bolschewiki, der Mitglieder des ZEK, gebilligt hat, und sie in dieser Weise der Konterrevolution preisgab;

2. daß das ZEK die Rechte der Vertreter des Proletariates verletzt hat, indem es aus der Delegation auf der Moskauer Beratung die Bolschewiki, Mitglieder des ZEK, ausschloß und offen bewies, daß es den Vertretern der revolutionären Partei des Proletariates den Mund stopfen will und ihren Protest gegen die konterrevolutionäre Moskauer Versammlung nicht zustande kommen ließ;

3. daß das ZEK ohne Rücksicht auf den Willen und gegen den Willen des revolutionären Proletariates handelte, indem es ohne Einverständnis seitens des Petrograder Proletariates und trotz der aktiven Proteste seitens des ganzen Moskauer Proletariates sich an der Konferenz mit der Bourgeoisie beteiligte;

4. daß das ZEK die Einführung der Todesstrafe stillschweigend billigte, und so — während der Petrograder, der Moskauer Provinzrat und eine Reihe weiterer Provinzräte sich gegen den konterrevolutionären Terror erhoben, das Leben der Soldaten der Willkür der konterrevolutionären Gewalttäter preisgab — legt das Zentralkomitee der SDAPR (B)

Protest ein gegen die oben erwähnten Handlungen und gegen die ganze Politik, infolge deren die Avantgarde des Proletariats sich von dem ZEK abgewendet hat; da eine Anteilnahme an der Kommission für die Organisation der Sammlungen ein Vertrauensvotum für die gegenwärtige Mehrheit und die gegenwärtige Politik des ZEK bedeuten würde, beschließt das ZK die Delegation seiner Vertreter in die Kommission für die Sammlungen am 27.—28. August zugunsten des ZEK abzulehnen.“

² Um den vorbereiteten Verschwörungsplan Kornilows zu verhüllen, verbreitete die bürgerliche Presse Gerüchte über einen von den Bolschewiken geplanten bewaffneten Aufstand. Insbesondere teilte die „Rjetsch“ in einer Nummer mit, daß die bolschewistische Fraktion des Petersburger Sowjets die Initiative dieses Aufstandes übernommen hätte.

³ Ueber die „Militärorganisation“ siehe das Protokoll des ZK vom 17. (4.), 29. (16.) August und 2. September (20. August).

Protokoll Nr. 10.

Sitzung des Zentralkomitees

[12. September] 30. August 1917.

Anwesend: Miljutin, Rykow, Joffe, Swerdlow, Bubnow, Dserschinski, Sokolnikow, Stalin, Kamenew, Muranow und Stassowa.

Der Antrag des Gen. G. S[inowjew], das ZK solle seine Rückkehr zur Parteiarbeit beschließen, wird gehört.

Es wird beschlossen, überall Versammlungen zu veranstalten, die Resolutionen annehmen sollen mit der Forderung, die anlässlich der Ereignisse vom 3.—5. Juli Verhafteten freizulassen und die verfolgten Führer der Arbeiterklasse — Lenin, Sinowjew a. a. — auf ihre Posten zurückkehren zu lassen. Ferner werden die zum Komitee der Bekämpfung der Konterrevolution¹ gehörenden Mitglieder des ZK verpflichtet, auch in diesem Komitee die Frage über die Ereignisse des 3.—5. Juli zu erörtern. Im Zusammenhang mit diesen letzten Fragen wurde besprochen, ob man nicht aus dem Komitee ausscheiden soll. Ein diesbezüglicher Beschluß wird nicht gefaßt. Das kann nur geschehen im Zusammenhang mit der Frage der Bewaffnung der Arbeiter und der Machtfrage. Gen. Sinowjew wird benachrichtigt, daß das ZK sich bemühen wird, seine Arbeit in der Partei und in der Zeitung zu unterstützen.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage.
2. Die Duma-Fraktion.
3. Rjasanow.
4. „Nowaja Schisn“.
5. Die Litauer.

Punkt 1 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Betreffs der Petrograder Zentralduma wird beschlossen, mit einer Deklaration aufzutreten, die außer der prinzipiellen Position noch einen konkreten Vorschlag — betr. die Befreiung der Verhafteten und die Rückkehr der Verfolgten vom 3.—5. Juli auf ihre Posten — enthalten soll.

Was die Kadetten anbetrifft, so wird beschlossen, sie zu boykottieren, d. h. ihre Teilnahme an irgendwelchen Vollzugsorganen zu verhindern.

Der Dumafraktion wird im allgemeinen Autonomie zugestanden, indem die Gesamtleitung den zur Fraktion gehörenden Mitgliedern des ZK übergeben wird².

3. Das unzulässige Verhalten des Gen. Rjasanow auf der Vereinigten Sitzung der Gewerkschaftsverbände und der Betriebskomitees wird besprochen, desgleichen wird sein Verhalten im allgemeinen, das für die Partei schädlich ist, charakterisiert.

Es wird beschlossen, Rjasanow durch Gen. Miljutin mitzuteilen, daß die Partei sein Verhalten auf der Vereinigten Sitzung³ rügt und ihn darauf aufmerksam macht, daß das Auftreten gegen die Partei seitens der Mitglieder der Partei unzulässig ist.

4. Auf Veranlassung einiger Mitarbeiter⁴ wird die Frage über die Mitarbeit in der „Nowaja Schisn“ nochmals besprochen.

Es wird beschlossen, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage eine Versammlung der Mitarbeiter veranstaltet werden soll, auf der die Genossen Urizki und Miljutin anwesend sein werden und auf der die Sachlage geklärt werden soll; es wird den Mitarbeitern nochmals nahegelegt, ihre Namen der Zeitung nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

A n m e r k u n g e n .

¹ „Das Komitee zur Bekämpfung der Konterrevolution“ „leitete“ während der Kornilow-Tage den Kampf gegen die Konterrevolution. Da es größtenteils aus Opportunisten bestand, war seine Haltung in der Bekämpfung des Kornilow-Abenteuers nicht entschlossen genug. Dadurch ist das Mißtrauen des ZK der SDAPR (B) ihm gegenüber begründet. Ueber die Macht und die Bewaffnung der Arbeiter siehe unten die Resolution über die Macht, die vom ZK angenommen wurde.

² In der Petrograder Zentralduma waren die Sitze nach den Wahlen im August 1917 folgendermaßen verteilt: Bolschewiken ein Drittel, Sozialrevolutionäre mehr als die Hälfte, Kadetten weniger als ein Viertel.

Die erste Sitzung fand am 14. (1.) September statt. Die Bolschewiki gaben eine Erklärung ab. (Den Text siehe in dem „Rabotschij Putj“ („Arbeiterweg“) Nr. 1 vom 16. (3.) September.

Ueber das Dumapräsidium siehe unten das Protokoll des ZK vom 16. (3.) September.

³ Es handelt sich um die vom AZEK am 3. September (21. August) einberufene Sitzung der Vertreter der Gewerkschaften und der Betriebskomitees. Auf der Tagesordnung stand die Frage über die Bewachung der Betriebe durch die Arbeiter. Aber die auf der Sitzung in überwiegender Anzahl anwesenden Bolschewiki schlugen vor, sich mit der Frage einer ernstesten Bekämpfung der Konterrevolution zu befassen: der Entfernung der konterrevolutionären Generale, der Bewaffnung der Arbeiter usw. Rjasanow bestand darauf, daß die Sitzung geschlossen wurde, ohne daß eine entsprechende Resolution angenommen wurde.

⁴ Ueber die „Nowaja Schisn“ und den Austritt der Bolschewiki siehe Protokoll des ZK vom 2. September (20. August).

Protokoll Nr. 11.

Sitzung des Erweiterten ZK

[13. September] 31. August 1917.

Anwesend waren die Vertreter der bolschewistischen Fraktion des ZEK, des PA und SR und des Politischen Büros, außerdem Urizki, Dserschinski, Swerdlow, Stalin, Bubnow, Oppokaw, Muranow, Miljutin, Rykow, Sokolnikow, Joffe, Kamenew und Stassowa.

T a g e s o r d n u n g :

1. Besprechung der Deklaration über die Macht. Nach der Verlesung des Resolutionsentwurfes wurde durch Gen. Kamenew eine Generaldiskussion eröffnet, an der sich alle Anwesenden beteiligten. Die folgende Resolution wurde angenommen. Siehe „Rabotschij“¹.

A n m e r k u n g e n.

¹ Wir zitieren den Text der Deklaration nach der Zeitung „Rabotschij“ („Arbeiter“) Nr. 10, 14. (1.) September 1917

„Ueber die Macht“

(Resolution, vorgelegt von der bolschewistischen Fraktion auf der Sitzung des ZEK am 31. August):

Mit Rücksicht auf den konterrevolutionären Aufstand des Generals Kornilow, der von den Parteien und Gruppen, deren Vertreter zur Provisorischen Regierung (mit der Kadettenpartei an der Spitze) gehört haben, vorbereitet und unterstützt wurde, erklärt das ZEK, daß von nun an jede Schwankung in der Organisation der Macht aufhören soll. Nicht nur sollen von der Macht die Vertreter der Kadettenpartei, die sich ganz offen am Aufstand beteiligt hatte, und der Besitzenden im allgemeinen ferngehalten werden, sondern die ganze Politik des Paktierens und der Unverantwortlichkeit, die es möglich machen konnte, das Oberste Kommando und den Apparat der Staatsmacht zum Herd einer Verschwörung gegen die Revolution umzuwandeln, muß von Grund auf umgeändert werden.

Ferner sind weder die außerordentlichen Vollmachten der Provisorischen Regierung noch ihre Unverantwortlichkeit weiter zu dulden. Der einzige Ausweg ist die Bildung einer Macht aus den Vertretern des revolutionären Proletariats und der Bauernschaft, deren Tätigkeit sich nach folgenden Grundlinien richten soll:

1. Ausrufung der demokratischen Republik.
2. Sofortige Abschaffung des Privateigentums an dem den Gutsbesitzern gehörenden Grund und Boden ohne Entschädigung und seine Uebergabe an die Bauernkomitees bis zur Entscheidung durch die Konstituante, wobei die ärmsten Bauern auch mit Inventar versorgt werden sollen.
3. Die Einführung einer Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Verteilung. Die Nationalisierung der wichtigsten Industriezweige, wie z. B. der Naphthaindustrie, des Bergbaus, der Montanindustrie; schärfste Besteuerung der großen Kapitalien und Besitztümer und die Beschlagnahme der Kriegsgewinne zwecks Rettung des Landes vor einem wirtschaftlichen Bankrott.
4. Die Annullierung der Geheimverträge und der sofortige Vorschlag eines allgemeinen demokratischen Friedens an die Völker aller kriegführenden Staaten.

Unverzüglich müssen folgende Maßnahmen dekretiert werden:

1. Die Einstellung aller gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen gerichteten Repressalien. Die sofortige Aufhebung der Todesstrafe an der Front und die Wiederherstellung der unbeschränkten Agitationsfreiheit und aller demokratischen Organisationen in der Armee. Die Säuberung der Armee von den konterrevolutionären Offizieren.
2. Die Kommissare und andere Funktionäre müssen durch die örtlichen Organisationen gewählt werden.
3. Die Verwirklichung der Selbstbestimmungsrechte der in Rußland lebenden Nationen, in erster Linie die Befriedigung der Forderungen Finnlands und der Ukraine.
4. Die Auflösung des Staatsrates und der Staatsduma. Die unverzügliche Einberufung der Konstituante.
5. Die Aufhebung aller Standesprivilegien (des Adels usw.), die völlige Gleichberechtigung aller Bürger.

Protokoll Nr. 12.

Sitzung des ZK

[13. September] 31. August, abends.

Anwesend: Muranow, Dserschinski, Bubnow, Rykow, Sinowjew, Miljutin, Swerdlow, Oppokow, Urizki, Stassowa.

Tagesordnung:

1. Vorbereitung des Plenums.
2. Bericht des Organisationsbüros.
3. Zimmerwalder Konferenz.
4. Kommission betr. der Konstituante.
5. Kommunkommission.
6. Litauer.
7. Politik.
8. Ueber die Moskauer.

I. Betreffs der ersten Frage wird folgende Tagesordnung aufgestellt:

1. Die Beurteilung der Lage (Referenten: Kamenew und Stalin).
2. Die Kommunkampagne (Referent: Joffe).
3. Die Konstituante (Referent: Miljutin).
4. Berichte: a) des Organisationsbüros (Swerdlow); b) des literarischen Kollegiums (Sokolnikow).
5. Die Verteilung der Kräfte (Urizki).
6. Organisationsfragen, Bezirke usw. (Oppokow).

II. Aus den Mitteilungen des Organisationskomitees geht hervor, daß der Zustand der Kasse des ZK ziemlich schlecht ist (Barmittel etwa 30 000), daß die einzelnen Parteiunternehmungen die Abrechnungen schlecht erledigen und daß es deswegen schwierig ist, die Mittel des ZK festzustellen. Die Militärorganisation stellt im gegenwärtigen Augenblick keine selbständige politische Organisation dar, sondern eine Militärkommission beim ZK. Die Tätigkeit der Militärkommission wird allmählich mit der allgemeinen Parteiarbeit eng verschmolzen. Die Arbeit in der Militärorganisation wird von dem ZK geleitet: im „Soldat“ arbeitet Gen. Bubnow, im allgemeinen wird die Arbeit von Gen. Dserschinski und Swerdlow geleitet. Die Auflage des „Arbeiter“ ist 50 000 Exemplare, die des „Soldat“ 15—18 Tausend.

Das ZK wird beauftragt, eine Gruppe zur Vereinheitlichung der Arbeit in den Gewerkschaftsverbänden zu bilden; Vorbereitungen in dieser Richtung sind schon erfolgt, die Gruppe ist schon gebildet, aber noch nicht endgültig zusammengestellt. Es wird eine Kommunalgruppe gegründet und es werden Maßnahmen zur Bildung einer Versicherungsgruppe getroffen. Auf dem Versicherungskongreß wurde vom ZK durch Gen. Smilga ein Referat gehalten, auf der Konferenz der Betriebskomitees wurde die ganze Arbeit durch das ZK, vertreten durch Gen. Miljutin, durchgeführt. Es wurden Maßnahmen getroffen, um die Verbindungen mit der Provinz zu festigen

und zu erweitern, was aber durch den schlecht funktionierenden Postdienst gehindert wird.

Im Anschluß an diesen Bericht entsteht eine Debatte, in der darauf hingewiesen wird, daß die Tätigkeit des ZK auf das ganze Reich ausgedehnt werden muß, da bis jetzt, aus rein technischen Gründen, die Arbeit des ZK sich hauptsächlich auf Petersburg konzentriert hat. Um das durchführen zu können, ist es notwendig, ein Kollegium von Emissären zu bilden, besonders wichtig ist das für die Organisation der nordwestlichen und südlichen Gebiete und des Wolgagebietes, die sehr schwach organisiert sind.

Man beschließt, das Organisationsbüro zu beauftragen, eine Gruppe von Emissären zu bilden und über die Resultate der Arbeit dem ZK zu berichten

Protokoll Nr. 13.

Sitzung des ZK

(16.) 3. September 1917.

Anwesend: Muranow, Kamenew, Swerdlow, Joffe, Urizki, Bubnow, Miljutin und Stassowa.

Tagesordnung:

1. Die Moskauer Beratung*.
2. Die Stadtduma.
3. Ueber das Material der Schlüsselburger Werke.

Betreffs der Demokratischen Beratung, die am 12. September¹ einberufen wird, wird beschlossen, an alle größeren Organisationen folgendes Telegramm zu senden:

„Da es wichtig ist, daß auf dem vom Zentralexekutivkomitee zum 12. September einberufenen Beratung die Stimmung der Arbeiter, Soldaten und Bauern möglichst vollständig zur Geltung kommen soll, schlagen wir unserer Partei vor, dafür zu sorgen, daß unsere Vertretung möglichst vollzählig ist.“

Außerdem wird beschlossen, an alle Organisationen ein Rundschreiben zu schicken, daß unsere Stellung zur Beratung ausführlicher schildern soll².

Betreffs der Stadtduma wurde die Frage über die Kandidaten zu den Vizebürgermeisterposten und der Magistratsmitglieder³ besprochen. Von uns sind Lunatscharski und Joffe nominiert, und es wird beschlossen, die Kandidatur Nikitskis zu unterstützen.

Es wird beschlossen, daß die Sitze im Präsidium (15 Sitze, den Bürgermeister miteingerechnet) proportionell zwischen den sozialistischen Fraktionen geteilt werden sollen, und daß die ganze Sache der Fraktion übergeben werden soll. Es wird beschlossen, der Fraktion als Kandidaten für den Magistrat 1. Joffe, 2. Teodorowitsch, 3. Schlichter, 4. Axelrod, 5. Piljowski, 6. Manuilski, 7. Towbina, 8. Kobosew und 9. Chanin vorzuschlagen.

* Scheinbar ein Fehler. Es handelt sich um die Demokratische Beratung, die in Petersburg stattfand.

Die Angelegenheit der Schlüsselburger Werke wird der Militärorganisation übergeben.

Zum Schluß wird ein Brief Lenins verlesen⁴.

A n m e r k u n g e n.

¹ Die Demokratische Beratung, 27. (14.) September bis 5. Oktober (22. September), wurde vom AZEK einberufen, zur Beschlußfassung über die Frage der Macht und der Koalition mit der Bourgeoisie. An ihr beteiligten sich über 1500 Vertreter der „Demokratie“ — der „Semstvos“, der Genossenschaften usw. Die Delegierten der Sowjeis waren in der Minderheit. Während der Beratung trat der Zerfall der Kerenski-Politik klar zutage: zuerst wurde eine Koalition mit der Bourgeoisie für annehmbar erklärt, dann die Koalition mit den Kadetten abgelehnt. Ein Ausweg aus der Sackgasse wurde in der Bildung des sogenannten „Vorparlaments“ gefunden, das auf der „Demokratischen Beratung“ gewählt wurde, vor dem die Regierung verantwortlich war und das über die Macht entscheiden sollte.

In der bolschewistischen Partei gab es heftige Debatten über die Stellung zur Demokratischen Beratung und zum Vorparlament. Zuerst wurde beschlossen, daran teilzunehmen; später, unter dem Einfluß von Lenins Briefen, entschloß man sich, das Vorparlament zu verlassen.

² Das Rundschreiben des ZK über die Stellung zur Demokratischen Beratung ist im Archiv des ZK nicht vorhanden. Es steht nicht fest, ob das Rundschreiben verschickt worden ist.

³ Ueber die Stadtduma siehe Protokoll des ZK vom 12. September (30. August), Anmerkung Nr. 2.

In der Petersburger Zentralduma hatten die Bolschewiki ein Drittel der Sitze, die Sozialrevolutionäre etwas über die Hälfte, die Kadetten weniger als ein Viertel. In dieser Weise hatten die Sozialrevolutionäre die Wahl, einen Block entweder mit den Bolschewiki oder den Kadetten zu bilden. Die Bolschewiki schlugen vor, den Kadetten im Präsidium keinen einzigen Sitz zu geben, die drei Kandidaturen zu den Posten der Bürgermeister sollten nach ihrem Vorschlag zwischen ihnen und den Menschewiki geteilt werden. Die Menschewiki schlugen Nikitski vor, die Bolschewiki Joffe und Lunatscharski.

Die Sozialrevolutionäre lehnten den Block mit den Bolschewiki ab und schlossen einen Block mit den Kadetten. Zu Vizebürgermeistern wurden Lunatscharski, Knipowitsch (Kadett) und Prof. Artemjew („parteiloser Sozialist“) gewählt.

⁴ Es handelt sich um Lenins Brief, der von der Taktik der Partei im Kornilow-Aufstand handelt.

Der Brief ist in den Gesammelten Werken Lenins veröffentlicht (B. XIV, T. 2, S. 95—97).

Protokoll Nr. 14.

Sitzung des ZK

[19.] 6. September 1917.

[Die Namen der Teilnehmer sind im Original nicht vorhanden.]

Das literarische Kollegium.

Die Redaktion des Zentralorgans: 1. Stalin, 2. Sokolnikow, 3. Trotzki, 4. Kamenew und 5. ein Vertreter des ZK (angenommen)¹.

Es wird beschlossen, die Herausgabe des „Wperjod“ einzustellen.

„Pros weschtschenje“ („Die Aufklärung“). Die Redaktion aus 6 Personen wird bestätigt: Miljutin, Lunatscharski, Urizki, Trotzki, Kamenew und Wetrow [M. Saweljew].

Gen. Bubnow verbleibt im „Soldat“.

„Priboj“ wird durch die Redaktion der „Aufklärung“ mitgeleitet. Sind

2 Mitglieder der Redaktion über das Material einig geworden, so wird es angenommen.

Gen. Sokolnikow schlägt vor, die wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Druckereiangelegenheiten zu ordnen und einer Person die verantwortliche Leitung zu übergeben.

Die Genossen Dserschinski und Kamenew werden beauftragt, mit Bontsch und Kedrow zu sprechen.

Ueber die Beratung.

Es wird beschlossen, Lenin und Sinowjew als Kandidaten vorzuschlagen; wenn der Petersburger Rat zuerst tagen sollte, dann dort, wenn das ZK, dann im ZK; ferner für den Petersburger Rat Bubnow, Sokolnikow und Sadowski².

Vom ZEK (Lenin und Sinowjew), Kamenew, Trotzki, Lunatscharski, Stalin, Dserschinski, Miljutin (?), Swerdlow, Kollontai, Krylenko, Krassikow, Laschewitsch, Posern, Wolodarski, Teodorowitsch, Nogin, Jurenaw, Grünberg, Kurajew, Karachan, Sof*, Saluzki.

Ueber Sinowjew und Lenin.

a) Im ZEK soll die Frage betreffs Immunität der Delegierten der Beratung erörtert werden³.

b) Man soll sich mit Lenin und Sinowjew in Verbindung setzen und, wenn sie damit einverstanden sein sollten, im ZEK die Frage über ihre Entlassung gegen Kaution besprechen.

c) Nur über beide zusammen soll gesprochen werden, eine Trennung ist unzulässig.

Ueber das Plenum des ZK.

Man beschließt, es auf den 12. einzuberufen.

Ueber die augenblickliche Lage.

Die Redaktion des Zentralorgans wird beauftragt: 1. eine Resolution über die augenblickliche Lage, 2. eine Deklaration zur Annahme in den Versammlungen auszuarbeiten.

Ueber Gen. Joffe.

Ueber die Delegation in das ZEK. Gen. Kamenew wird damit beauftragt.

Ueber die Organisierung von Delegationen aus den Betrieben und den Regimentern für die Beratung⁴.

Der Brief des Moskauer Gebietsbüros, der diesen Vorschlag enthält, wird vorgelesen.

Es wird beschlossen, dieselbe Agitation in Petersburg und in den größeren Zentren Rußlands vorzunehmen.

Ueber die Herausgabe eines Presseorgans durch die Konferenz der Rayons⁵.

Es wird vorgeschlagen, mit der Herausgabe einstweilen zu warten, bis die Frage über den Petersburger Rat endgültig geklärt ist; die technischen Vorbereitungsarbeiten zur Herausgabe sollen weitergeführt werden. Gen. Joffe wird beauftragt, sich an der Konferenz der Rayons zu beteiligen.

* Im Original „Saw“.

Ueber das Präsidium der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte⁹.

Es wird angenommen: das ZK beschließt, daß das Präsidium koalitionsmäßig, proportional zusammengesetzt sein soll, so daß auf diese Weise das neue Präsidium außer den 7 Vertretern der Menschewiki und Sozialrevolutionäre noch 7 Vertreter der Bolschewiki haben wird.

Dieser Beschluß muß an das Pressebüro gegeben werden.

Ueber die „Nowaja Schisn“⁷.

Der frühere Beschluß wird bestätigt; vorher sollen aber die Mitarbeiter, Mitglieder unserer Partei, versuchen, die Redaktion der „Nowaja Schisn“ zu veranlassen, während der Wahlen in die Konstituante nur unsere Liste zu unterstützen und keine andere aufzustellen.

Die Gen. Urizki und Miljutin werden beauftragt, mit den Mitarbeitern der „Nowaja Schisn“ zu sprechen.

Ueber Larin.

Gen. Trotzki berichtet, daß Larin in die Partei eingetreten sei; das ZK beschließt, Larin 1. in der Kommunalgruppe beim ZK und 2. in der Redaktion des entstehenden Kommunalorgans zu verwenden.

[8 Zeilen sind ausgelassen.]

Ueber die gegenwärtige Lage in der Stadtduma⁸.

Den Fraktionen wird vorgeschlagen, eine Liste von Mitgliedern des Magistrats, bestehend aus 8 Personen, aufzustellen, und, falls nur einer von den 8 durch die Sozialrevolutionäre abgelehnt werden sollte, müssen die gewählten Mitglieder des Magistrats und Gen. Lunatscharski als Vizebürgermeister zurücktreten.

Anmerkungen.

¹ Der Vertreter des PK in der Redaktion des Zentralorgans der SDAPR war Genosse Wolodarski. Siehe Protokoll des ZK vom 21. (8.) August.

² Lenin und Sinowjew waren von dem Petersburger Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat auf die Demokratische Beratung delegiert. Der dritte bolschewistische Delegierte war Gen. Sadowski.

³ Die Frage der Immunität der Gen. Lenin und Sinowjew war im AZEK offiziell nicht besprochen worden. Nachdem das Ministerium des Innern erfahren hatte, daß Lenin und Sinowjew gewählt seien, wurde der Befehl ausgegeben, sie beim Eintritt in das Sitzungsgebäude, aber nicht im Sitzungssaal selbst zu verhaften.

Aus diesem Grunde teilte die bolschewistische Fraktion dem Organisationskomitee der Demokratischen Beratung mit, daß sie statt Lenin und Sinowjew zwei andere Genossen delegiere. Lenin und Sinowjew, so erklärte die Fraktion, sind aus demonstrativen Gründen gewählt worden.

⁴ Am 17. (4.) September 1917 beschloß das Moskauer Gebietsbüro der SDAPR (B), durch ein Telegramm den Bezirk zu veranlassen, zu dem Kongreß von den Fabriken, Betrieben und Regimentern Delegationen und unsere Forderungen enthaltende Resolutionen zu schicken, ebenfalls, im „Sozialdemokrat“ eine entsprechende Aufforderung erscheinen zu lassen und dem ZK über die Verbreiterung des Delegationssystems über Rußland zu schreiben (nach dem Protokoll des Büros).

⁵ Es handelt sich wahrscheinlich um die Konferenz der Rayonsowjets der Arbeiterdeputierten Petersburgs, die infolge des Absterbens menschewistischer Sowjets entstanden war. Die Bolschewiki hatten einen großen Einfluß in der Konferenz.

⁶ Gegen Ende August wurden die Bolschewiki im Petrograder Sowjet ausschlaggebend. Am 13. September (31. August) wurde im Sowjet betreffs des Kornilow-Aufstandes die von den Bolschewiki vorgeschlagene Resolution angenommen.

Die Neuwahlen des Präsidiums fanden am 25. September statt. Es wurden 4 Bolschewiki, 2 Sozialrevolutionäre und 1 Menschewik gewählt. Die Bolschewiki waren die Genossen Trotzki, Kamenew, Rykow und Fedorow.

⁷ Ueber die „Nowaja Schisn“ — siehe Protokolle des ZK vom 2. und 12. September (20. und 30. August).

⁸ Das ZK besprach die Frage der Petersburger Duma im Zusammenhang mit der Stellung, die die Sozialrevolutionäre während der Wahlen des Präsidiums angenommen hatten (siehe Anmerkung ³ zu dem vorangehenden Protokoll).

Auf der Sitzung am 11. September kamen die Menschewiki den Bolschewiki entgegen und nahmen die bolschewistische Liste der Dumamitglieder an.

Protokoll Nr. 15.

Sitzung des ZK

[26.] 13. September 1917*.

Anwesend: Trotzki, Kamenew**, Stalin, Swerdlow, Bubnow***, Oppokaw, Kollontai†, Urizki, Joffe, Schaumjan, Sokolnikow, Miljutin, Krestinski.

Tagessordnung††:

Bericht der Kommission zu den Wahlen in die Konstituante¹.

Eine Liste der Mitglieder wird nicht bestätigt, der Beschluß wird bis zu einer vollzähligeren Versammlung des ZK vertagt. Die Kommission wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen mit genauen Angaben über die Verteilung der Sitze in der Konstituante und über die Chancen unserer Partei in verschiedenen Bezirken.

Es wird beschlossen, nach der Demokratischen Beratung eine Besprechung mit den aus der Provinz eingetroffenen Mitgliedern des ZK² zu veranstalten.

Zur Ausarbeitung einer Deklaration und Resolution für die Demokratische Beratung wurde eine Kommission aus 5 Mitgliedern — Trotzki, Kamenew, Stalin, Miljutin und Rykow gewählt³.

Anmerkungen.

¹ Die Kommission für die Wahlen in die Konstituante — siehe Protokoll des ZK vom 19. (6.) August.

² Die Parteiberatung fand am 24. September statt. Sie besprach nur eine Frage — Bucharins Bericht über die augenblickliche Lage — und nahm dazu eine Resolution an.

³ Die Deklaration der Bolschewiki auf der Demokratischen Beratung wurde vom Gen. Trotzki am 28. (15.) September während der Sitzung der bolschewistischen Fraktion vorgelesen, und am 1. Oktober (18. September) auf der Beratung selbst.

Ihr Text — siehe bei Wladimirowa, Band IV, Seite 389—392.

* Ursprünglich „15“.

** Weiter ist zweimal durchstrichen: „Rykow, Nogin“.

*** Weiter ist durchstrichen: „Bucharin“.

† Weiter ist durchstrichen: „Dserschinski“.

†† Weiter ist durchstrichen: „Ueber die Briefe des Gen. Lenin“.

Soeben erschienen:

J. Stalin

Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiter- delegation

Die erste Delegation amerikanischer Arbeiter stellte an den Genossen Stalin eine Reihe von Fragen über die Diktatur des Proletariats, über das Außenhandelsmonopol, über das Monopol der KPSU, über das Verhältnis der KPSU zu religiösen Fragen usw. Genosse Stalin beantwortet die Fragen präzise und erschöpfend.

Das Buch ist wertvoll nicht nur deshalb, weil es die Ideologie amerikanischer Arbeiter widerspiegelt, sondern auch viele Fragen, die bei der Diskussion von sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern aufgeworfen werden, beantwortet.

66 Seiten.

Preis 0,40 M.

VERLAG CARL HOYM
HAMBURG BERLIN

Soeben erschienen:

N. Krylenko

Die Kriminalpolitik der Sowjetmacht

Eine Broschüre über das sowjetrussische
Strafrecht.

32 Seiten.

Preis 0,40 M.

N. Krylenko

Weißer und Roter Terror

36 Seiten.

Preis 0,20 M.

E. Schirwindt

Gefängnisse in der Sowjetunion

Die erste Abhandlung über den Strafvollzug
in der Sowjetunion.

36 Seiten.

5 Bilder.

Preis 0,30 M.

VERLAG FÜR LITERATUR
UND POLITIK
WIEN / BERLIN SW 48

Zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution

erschien

W I . S a r a b i a n o w

An der Schwelle des zweiten Jahrzehnts

Was das Buch enthält:

Eine genaue Darstellung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion. Eine ausführliche Schilderung des Zustandes der Industrie und Landwirtschaft vor und während des Krieges in Rußland. Eine genaue Analyse der Wirtschaftskräfte der Sowjetunion. Eine Darlegung, wie durch die Umkehr vom Kriegskommunismus zur Neuen Oekonomischen Politik die Sowjetrepubliken trotz ihrer Isolierung mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen konnten. Eine Würdigung der kulturellen Leistungen der Sowjetunion. Die Verfassung der Sowjetunion.

Wen das Buch angeht:

Jeden Arbeiter, jeden für ökonomische Fragen Interessierten, jeden, der Einblick in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion gewinnen will.

Warum es aber von allen gelesen werden wird:

Weil es der Verfasser versteht, die schwierigsten ökonomischen Probleme leichtfaßlich und anschaulich zu erläutern und in interessanter Weise die Kulturbedeutung der Sowjetunion dem Leser vor Augen zu führen.

Mit zahlreichen Statistiken, Diagrammen, Photographien und einer Karte der Sowjetunion.

320 Seiten

Preis Mk. 1.50^o

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
HAMBURG BERLIN NW 6